

# Kapitel

**Initiator\*innen:** Landesvorstand (dort beschlossen am: 28.09.2022)

**Titel:** Was wir als Gesellschaft brauchen

## Text

2128 Was wir als Gesellschaft brauchen

2129 Wo Menschen zusammenkommen, entsteht Gesellschaft. Gerade in Zeiten des Wandels  
2130 ist es wichtig, dass wir die vielen Orte stärken, die uns zusammenbringen und  
2131 Halt geben, in denen wir diskutieren und lernen, gemeinsam Neues schaffen,  
2132 Verantwortung übernehmen oder auch einfach Freizeit gestalten können.

2133 Wir Grüne wollen eine Stadtentwicklung, die Menschen im Alltag verbindet. Wo  
2134 gemeinsam genutzte Parks und Gärten, Sport- und Spielplätze, Clubs und Kneipen  
2135 entstehen, lernen sich Menschen kennen und kommen in Kontakt. Wir wollen  
2136 öffentliche Räume familienfreundlicher gestalten – mit genügend Freiraum für  
2137 Kinder und Erholungsraum für ältere Menschen. Jugendliche brauchen Räume, in  
2138 denen sie sich in ihrer Persönlichkeit entfalten, ohne dass sie verscheucht  
2139 werden, weil ihr Verhalten Lärm erzeugt.

2140 Kultur- oder Sportvereine, religiöse Gemeinden oder Nachbarschaftsinitiativen,  
2141 sie alle leben Solidarität und Gemeinschaft in großem Umfang. Sie bieten ihren  
2142 Mitgliedern Halt, unterstützen sich im Alltag, geben Hoffnung in Zeiten von  
2143 Trauer und gehören daher zu den wichtigen Pfeilern unserer Zivilgesellschaft,  
2144 sie tragen wesentlich zum Zusammenhalt und Teilhabe bei.

2145 Kunst und Kultur und Menschen an unseren Hochschulen sind Impulsgeber und halten  
2146 unserer Gesellschaft immer wieder den Spiegel vor. Kultur soll drinnen und  
2147 draußen stattfinden, spontan, laut oder leise, aber uns alle bewegen. Sie bildet  
2148 in ihren vielen Facetten gesellschaftliche Vielfalt ab.

2149 Gelebte Vielfalt ist eine Stärke unserer Gesellschaft im Land Bremen. Dennoch  
2150 müssen wir intensiveren Austausch suchen, um Vorbehalte und Vorurteile  
2151 abzubauen. Der Abbau von Diskriminierungen aller Art im Alltag ist eine wichtige  
2152 Voraussetzung für ein gleichberechtigtes Zusammenleben.

### 2153 **Geschützt, sicher, frei**

#### 2154 **Schutz überall wo man ihn braucht**

2155 Wir sorgen dafür, dass die Polizei so erreichbar ist, wie die Bremer\*innen es  
2156 benötigen – ob im Zentrum, am Bahnhof oder im Quartier, ob online oder offline.  
2157 Dies stellen wir sicher, indem wir die Revierstruktur erhalten, Polizei und  
2158 Ordnungsdienst personell stärken, die Onlinewache ausbauen und Online-Streifen  
2159 einführen.

#### 2160 **Sicherheit umfassend denken**

2161 Sicherheit beginnt beim Verständnis und der Prävention von Krisen. Ob gegen  
2162 Hochwasser oder IT-Angriffe. Wir wappnen Bremen mit umfassendem  
2163 Katastrophenschutz vor neuen Gefahren.

#### 2164 **Den liberalen Rechtsstaat erhalten und ausbauen**

2165 Wir stehen für starke Schutzrechte der Bürger\*innen gegenüber dem Staat und  
2166 wollen unnötige Kriminalisierungen zurückfahren. Mit uns gibt es keine  
2167 Elektroschockwaffen im Streifendienst, keine Staatstrojaner und keine Online-  
2168 Durchsuchung.

#### 2169 **Was wir bereits erfolgreich umgesetzt haben und jetzt weiter ausbauen wollen:**

- 2170 • Wir haben die Fahrradstaffel bei der Polizei eingesetzt und wollen diese  
2171 ausweiten.
- 2172 • Wir haben die Bodycams bei der Polizei eingeführt und wollen diese auf den  
2173 gesamten Streifendienst ausweiten.
- 2174 • Nachdem wir die Kontrollquittung eingeführt haben, wollen wir sie in der  
2175 nächsten Legislatur auf weitere Teile Bremens ausweiten und besonders für  
2176 Identitätsfeststellungen verbindlich machen.

2177 • Für die Aufarbeitung des Skandals um Rassismus, Queer- und  
2178 Frauenfeindlichkeit bei der Feuerwehr Bremen haben wir uns eingesetzt.  
2179 Jetzt wollen wir sicherstellen, dass daraus weitere Konsequenzen für die  
2180 Diversität in der Feuerwehr gezogen werden.

2181 • Die Planung des Rettungsdiensts haben wir verbessert, nun schaffen wir  
2182 wichtige Rettungs- und Notfalltransportwagen neu an.

### 2183 **Darüber hinaus unsere wichtigsten Projekte:**

2184 • Eine Studie zu strukturellem Rassismus bei der Polizei, um daraus wichtige  
2185 Schlüsse für die alltägliche Arbeit zu ziehen.  
2186 Eine zentrale IT-Sicherheitsstrategie für das Land Bremen, um der  
2187 steigenden Gefahr von Cyberkriminalität entgegenzutreten.  
2188 Bessere Ausstattung und Unterstützung für Freiwillige Feuerwehren und  
2189 Jugendfeuerwehren.

2190 • Organisierte Kriminalität konsequent zu bekämpfen z.B. indem wir Vermögen  
2191 daraus abschöpfen und mit einer Einschränkung von Barkäufen bei Immobilien  
2192 sowie einem Immobilienregister die Verfolgung von Geldwäsche in diesem  
2193 Bereich vereinfachen.

2194 • Eine Reform des Schutzgewahrsams: Menschen unter starkem Einfluss legaler  
2195 oder illegaler Drogen gute medizinische Betreuung

2196 • Ein Schwerpunktdezernat für die Verfolgung von Hass im Netz.

2197 • Das Fahren ohne Führerschein soll zu einer Ordnungswidrigkeit werden.  
2198 Ersatzfreiheitsstrafen in diesem Bereich schaffen wir ab.

2199 • Aufstocken der Verkehrsüberwachung auf 100 Vollzeitstellen, damit  
2200 Verkehrsvergehen besser geahndet werden.

2201 • Suchtprävention und digitale Teilhabe im Strafvollzug, damit die Chancen  
2202 für eine Resozialisierung und ein Halt im sozialen Leben nach der Haft  
2203 steigen.

### 2204 **Personell gut aufgestellte Polizei**

2205 Wir erkennen das Ziel an, die Zahl der **Polizeibeamt\*innen** in Bremen **bis 2025 auf**  
2206 **2900** zu erhöhen und wollen dieses auch erfüllen. Wir wollen auch die

2207 Ortspolizeibehörde Bremerhaven personell verstärken – die angemessene Zielzahl  
2208 für Bremerhaven liegt bei 560 Beamt\*innen. Die Stellen der **Kontaktpolizist\*innen**  
2209 wollen wir auf 110 erhöhen und verlässlich besetzen.

#### 2210 **Polizeireviere bleiben!**

2211 Wir sind gegen eine weitergehende Aufgabenreduzierung der Reviere und gegen den  
2212 weiteren Abbau der Revierstruktur zugunsten der Kommissariate. Deshalb wollen  
2213 wir ein Qualitätscontrolling für die Anzeigenaufnahme einführen, das regelmäßige  
2214 standardisierte Bewertungen zulässt. In den kommenden Jahren wollen wir  
2215 evaluieren, ob sich das neue Revierkonzept mit der Zentralisierung der  
2216 Anzeigenaufnahme bewährt hat.

#### 2217 **Mehr Polizei auf Fahrrad und zu Fuß**

2218 Polizist\*innen auf Fahrrädern sind nicht nur bei den Bürger\*innen beliebt,  
2219 sondern auch bei der Polizei selbst. Ihr Einsatz rechnet sich auch finanziell  
2220 sehr schnell, erhöht die Sensibilität für Gefahren denen Radfahrer\*innen und  
2221 Fußgänger\*innen ausgesetzt sind, sie fördern die Gesundheit und sind vor allem  
2222 klimakompatibel. Wir haben das Ziel, die Fahrradstreife auf die gesamte Stadt  
2223 auszuweiten. Wir wollen noch mehr Polizist\*innen zu Fuß und auf Fahrrädern, um  
2224 alle Bürger\*innen auf Augenhöhe anzusprechen und für mehr Sicherheit auf Bremens  
2225 Straßen zu sorgen.

#### 2226 **Zielgerichtete Personalpolitik**

2227 Dort, wo der Polizei neue Aufgaben zugeteilt werden oder die Komplexität von  
2228 polizeilichen Aufgaben steigt, soll mehr Geld für Personal zur Verfügung stehen,  
2229 z.B. für Expert\*innen mit speziellen Fähigkeiten im Bereich der Analyse und  
2230 Wissenschaft. Wir wollen den direkten Einstieg in die Kriminalpolizei nach  
2231 erfolgreichem Abschluss der Polizeiausbildung ermöglichen. Bei der Bekämpfung  
2232 von Kriminalität im Netz gibt es erheblichen Nachholbedarf. Zur Bekämpfung  
2233 braucht es zunehmend Spezialisierung insbesondere von Ermittler\*innen. Wir  
2234 wollen für die digitale Kriminalitätsbekämpfung eine Strategie entwickeln, damit  
2235 das Bundesland Bremen in Zukunft Vorreiter ist.

#### 2236 **Schluss mit den Aktenbergen**

2237 Wir stellen Personal zur Verfügung, das unbearbeitete Fälle konsequent  
2238 abarbeitet. Denn Bürger\*innen müssen sich sicher sein, dass die von ihnen  
2239 angezeigten Straftaten zeitnah geahndet werden, damit sie möglichst schnell zu  
2240 ihrem Recht kommen.

## 2241 **Überstundenabbau**

2242 Wir sind uns der hohen Überstundenkonten vieler Polizeibeamt\*innen, gerade bei  
2243 der Bereitschaftspolizei, bewusst. In den kommenden Jahren müssen sich diese  
2244 nach und nach leeren. Deshalb wollen wir die Polizeivollzugskräfte konsequent  
2245 von Aufgaben entlasten, die auch von Nicht-Beamt\*innen, z.B durch den  
2246 Ordnungsdienst oder zusätzliche Tarifbeschäftigte, erledigt werden können. Wir  
2247 wollen die Wiedereinführung des mittleren Polizeidienstes prüfen. Viele  
2248 Aufgaben, die klassisch dort lagen, wurden in andere Bereiche ausgelagert. Zudem  
2249 kann ein mittlerer Dienst Einstiegsmöglichkeiten für die Polizei schaffen und  
2250 die Vielfalt stärken.

## 2251 **Bodycams schützen**

2252 Wir wollen, dass auch der normale Einsatzdienst der Polizei Bodycams künftig  
2253 standardmäßig nutzt. Wir haben die Bereitschaftspolizei mit Bodycams  
2254 ausgestattet, die nur in Krisensituationen und nach Ankündigung aktiviert  
2255 werden, weil diese kleinen, am Körper getragenen Kameras in brenzligen  
2256 Situationen alle Beteiligten disziplinieren und Fehlverhalten dokumentieren. Das  
2257 trägt zum Schutz vor Übergriffen gegen und durch Polizeikräfte bei.

## 2258 **Kein Taser im Streifendienst**

2259 Wir stehen für ein klares "Nein" zum Einsatz des Tasers für den Streifendienst.  
2260 Neben dem Einsatz beim Sondereinsatzkommando (SEK) sind wir auch bei der  
2261 Ortspolizeibehörde Bremerhaven mit der Nutzung des Tasers ausnahmsweise  
2262 einverstanden, da die hiesige Polizei kein SEK hat, sofern dieser weiterhin  
2263 restriktiv geregelt ist und Schutzmaßnahmen vor missbräuchlichem Einsatz  
2264 ergriffen werden.

## 2265 **Vielfalt in der Polizei**

2266 Wir machen uns weiterhin dafür stark, dass die Polizei auf Diversität achtet und  
2267 in ihrer Öffentlichkeitsarbeit und im Personalmarketing gezielt Menschen mit  
2268 Migrationsgeschichte und queere Menschen anspricht, um sie für die Polizei zu  
2269 gewinnen. Vielfalt in der Polizei schafft auch nachweislich Sensibilität für  
2270 Diskriminierung und stärkt letztendlich das Vertrauen in Polizeiarbeit.  
2271 Sprachkompetenz und interkulturelle Sensibilität bei den Beamt\*innen machen  
2272 unser Land sicherer und müssen daher eine noch wichtigere Rolle in der Aus- und  
2273 Fortbildung spielen.

## 2274 **Polizeiarbeit heute auf morgen vorbereiten**

2275 Wir wollen die **digitale Transformation in der Polizeiarbeit** weiter voranbringen.  
2276 Dafür schaffen wir die nötige Technik an und für die Mitarbeiter\*innen der  
2277 Polizei die Möglichkeit, sich entsprechend der neuen Anforderungen  
2278 weiterzubilden. Die Ausbildung wollen wir weiter digitalisieren, sodass zum  
2279 Beispiel die Streifenwagen weiter mit **Smartphones und EC-Karten-Lesegeräten**  
2280 **ausgestattet werden**. Der Kontakt zwischen Polizei und Bürger\*innen wird  
2281 effizienter und einfacher.

## 2282 **Kampf gegen Organisierte Kriminalität**

2283 Wir werden im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität, Polizei,  
2284 Staatsanwaltschaft und Justizvollzug personell aufstocken. Immobilienkäufe  
2285 sollen zukünftig nicht mehr in Bargeld abgewickelt werden dürfen. Ein  
2286 **Immobilienregister**, das die wirtschaftlich Berechtigten offenlegt und die  
2287 Verschleierung von Besitzverhältnissen über Briefkastenfirmen beendet, kann  
2288 Geldwäsche unterbinden. Die Bauaufsichten sollen bei unklaren  
2289 Eigentumsverhältnissen berechtigt werden, vor Erteilung einer Baugenehmigung  
2290 Auskunft über die wirtschaftlich berechtigten Eigentümer zu verlangen. Den  
2291 erfolgreich eingeschlagenen Weg der **Vermögensabschöpfungen aus der Organisierten**  
2292 **Kriminalität** wollen wir weitergehen und wo möglich dafür nutzen, Opfergruppen zu  
2293 unterstützen.

## 2294 **Neuausrichtung des Schutzgewahrsams in Bremen**

2295 Alkoholisierte und Menschen unter dem Einfluss anderer Drogen gehören nicht in  
2296 den Polizeigewahrsam. Wir wollen eine zentrale Stelle mit umfangreicher  
2297 medizinischer Betreuung für Personen unter dem Einfluss von Alkohol und anderen  
2298 Drogen schaffen, wie es in Hamburg bereits der Fall ist.

## 2299 **Mehr Schutz bei Registerauskünften**

2300 Die Möglichkeit der Melderegisterauskunft und der Halterauskunft aus dem Kfz-  
2301 Register kann missbraucht werden, um Menschen zu bedrohen und einzuschüchtern.  
2302 Wir wollen Menschen, die aufgrund ihres ehrenamtlichen Engagements oder ihrer  
2303 beruflichen Tätigkeit besonders häufig derlei Bedrohungen ausgesetzt sind,  
2304 erleichtern, Auskunftssperren und Übermittlungssperren einzurichten. Denn wenn  
2305 diese Gruppen, die sich gesellschaftlich engagieren, nicht mehr trauen, sich  
2306 einzubringen, verlieren wir als gesamte Gesellschaft.

## 2307 **Schwerpunktdezernat Hate Speech**

2308 Bei Gewalttaten im digitalen Raum wollen wir die Strafverfolgung endlich auf die

2309 Höhe der Zeit bringen. Wir sorgen dafür, dass alle Polizist\*innen, die mit der  
2310 Anzeigenaufnahme befasst sind, regelmäßig hinsichtlich Hate Speech und dem  
2311 Umgang mit diesen Delikten geschult werden und überprüfen ihre Kenntnisse  
2312 stichprobenartig durch Qualitätskontrollen.

2313 Wir richten ein **Schwerpunktdezernat** zur konsequenten Verfolgung von Hass und  
2314 Hetze im Netz ein, das von speziell geschulten polizeilichen Ermittler\*innen  
2315 unterstützt wird.

### 2316 **Online-Wache ausweiten**

2317 Die Möglichkeit im Netz Anzeige auf einer Online-Wache zu erstatten, wollen wir  
2318 deutlich ausweiten – ebenso die telefonische Anzeigenaufnahme. Ziel ist, dort  
2319 barrierefrei, schnell und einfach Anzeige zu unterschiedlichen Straftaten zu  
2320 erstatten – insbesondere auch zu Hass und Hetze im Netz.

### 2321 **Frauen, BIPOC und queere Menschen im Netz stärker schützen**

2322 Wir setzen uns für eine Erweiterung der statistischen Erfassung von  
2323 Hasskriminalität bei den Staatsanwaltschaften ein, damit auch Hasskriminalität  
2324 gegen Frauen, inter\*, trans\* und nicht-binären Personen sowie gegen BIPOC oder  
2325 Migrant\*innen in der Statistik sichtbar wird. Wichtig in diesem Zusammenhang  
2326 ist, dass Personen, die Gewalt im Netz erfahren haben, unterstützt werden.  
2327 Deshalb wollen wir ein unabhängiges Beratungsangebot für Betroffene von Hass und  
2328 Hetze im Netz schaffen, an das sie sich schnell und unbürokratisch wenden  
2329 können. Denn Frauen\* und queere Menschen werden besonders oft zur Zielscheibe  
2330 von Hass und Gewalt im Netz, aus der regelmäßig auch Gewalt in der analogen Welt  
2331 resultiert.

### 2332 **Online-Streife**

2333 Ein wesentlicher Punkt, um die Verfolgung von Hass und Hetze im Netz  
2334 zurückzudrängen, ist die Einführung einer Online-Streife. Die Polizei muss auch  
2335 in den sozialen Netzwerken wie zum Beispiel in offenen Telegram-Kanälen,  
2336 Facebook-Gruppen und Kommentarspalten sichtbar einschreiten und für Opfer von  
2337 Straftaten ansprechbar sein.

### 2338 **Kampf gegen Kinderpornographie**

2339 Die Darstellungen von sexualisierter Gewalt an Kindern in Bild und Videos werden  
2340 wir intensiv bekämpfen. Die zeitliche Dauer, die Ermittler\*innen diesem Material

2341 ausgesetzt sind, wollen wir beschränken. Dafür wollen wir den Einsatz von  
2342 maschinellem Lernen zur Sichtung des Materials in diesem Deliktsfeld prüfen,  
2343 jedoch darf es nicht zu einer automatisierten Strafverfolgung kommen. Diese  
2344 Entscheidung muss weiterhin bei den Menschen in der Polizei und  
2345 Staatsanwaltschaft liegen. Außerdem wollen wir die Einführung einer Zulage für  
2346 polizeiliche Kräfte prüfen, die schwerpunktmäßig mit der psychisch äußerst  
2347 belastenden, aber notwendigen Sichtung des Materials im Zuge von Ermittlungen  
2348 betraut sind. Die Aufarbeitung des Erlebten soll den Ermittler\*innen zukünftig  
2349 häufiger angeboten werden, statt wie bisher einmal pro Quartal.

## 2350 **Schutz vor Diskriminierung ist Schutz von Freiheiten**

2351 Es gibt Bevölkerungsgruppen, die beängstigende oder verletzende Erfahrungen mit  
2352 der Polizei gemacht haben. Dies betrifft BIPOC, genauso wie queere Personen oder  
2353 Menschen, die sich in psychischen Ausnahmesituationen befinden. Wir wollen, dass  
2354 sich alle Menschen vertrauensvoll und angstfrei an die Polizei wenden können.  
2355 Mit Hilfe einer **Studie zu strukturellem Rassismus in Polizei und Feuerwehr**  
2356 wollen wir die Arbeit der Polizei verbessern und das Vertrauensverhältnis zu  
2357 Polizei und Feuerwehr verbessern. Den **Queerbeauftragten der Polizei** werden wir  
2358 mit einer vollen Stelle ausstatten und eine entsprechende Beauftragtenstelle bei  
2359 der Ortspolizeibehörde Bremerhaven schaffen. Auch für den Umgang mit Menschen in  
2360 psychischen Krisen werden wir gezielte Schulungen anbieten und ein  
2361 **multiprofessionelles Kriseninterventionsteam einführen.**

2362 Mit dem Verbot von anlasslosen Kontrollen und der Einführung der  
2363 Kontrollquittung haben wir den Grundrechtsschutz der Betroffenen in der  
2364 Neufassung des Bremer Polizeigesetz verbessert. Wir wollen den Gebrauch der  
2365 Quittungen auswerten und dann entscheiden, wie wir die **Kontrollquittungen auf**  
2366 **weitere Teile Bremens ausweiten** können. In jedem Fall erweitern wir die Pflicht,  
2367 eine Quittung über den Grund der Polizeikontrolle auszustellen, auf alle  
2368 polizeilichen Identitätsfeststellungen.

## 2369 **Wir wollen den Opferschutz ausbauen**

2370 Das **Opferschutzanlaufstellengesetz** wird den Opfern einen Anspruch auf  
2371 Beratungsangebote geben. Wir wollen die Möglichkeiten ausweiten, dass  
2372 Opferschutzeinrichtungen proaktiv auf die Betroffenen zugehen dürfen, statt sie  
2373 allzu oft alleinzulassen – denn viele Betroffene von Straftaten holen sich aus  
2374 Unwissenheit oder Unsicherheit bisher keine Hilfe. Dabei wollen wir einen  
2375 besonderen Fokus darauf legen, Menschen trotz sprachlicher oder anderer  
2376 Barrieren einen Zugang zur Opferhilfe zu verschaffen. Das Gesetz soll ein Teil  
2377 der Umsetzung der Istanbul-Konvention sein.

2378 **Feuerwehr modernisieren**

2379 **Arbeitsbedingungen verbessern**

2380 Wir werden sicherstellen, dass ausreichend Personal bei der Feuerwehr Bremen  
2381 vorhanden ist. Wir schaffen attraktive Arbeitsbedingungen und gewinnen auf diese  
2382 Weise besser Nachwuchs. Neben einer angemessenen Bezahlung setzen wir auf  
2383 familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, geringere Arbeitsbelastung, gute  
2384 Fortbildungsmöglichkeiten und modern ausgestattete Arbeitsmittel. Zudem machen  
2385 wir uns weiterhin für die Anerkennung von Feuerkrebs als Berufskrankheit stark,  
2386 da Krebs im Feuerwehrberuf häufig auftritt und zu Berufsunfähigkeit führt,  
2387 müssen Feuerwehrleute hier besser geschützt sein.

2388 Die herausragende Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren wollen wir mehr  
2389 unterstützen und legen daher im Bereich der Ausstattung nach. Unser Ziel ist  
2390 weiterhin, das Strukturkonzept umzusetzen und möglichst rasch alle Fahrzeuge zu  
2391 erneuern, die älter als zwanzig Jahre sind. In den **Jugendfeuerwehren** werden die  
2392 Retter\*innen und Brandschützer\*innen der Zukunft ausgebildet. Diese wichtige  
2393 Nachwuchsarbeit wollen wir zusätzlich unterstützen. Denn sie ist auch ein  
2394 bemerkenswerter Beitrag für die städtische Jugendarbeit.

2395 **Neue Feuerwache für den Bremer Süden**

2396 Wenn es brennt, muss die Feuerwehr innerhalb von höchstens acht Minuten Fahrzeit  
2397 mit zehn Feuerwehrleuten vor Ort sein. Damit das in allen Stadtteilen gelingt,  
2398 braucht es **mehr Feuerwachen**. Wir wollen den Bau einer neuen Feuerwache im Bremer  
2399 Süden für die Ortsteile Habenhausen, Kattenturm, Kattenesch und Arsten. Die  
2400 Bennisenwache wollen wir erhalten, um das Acht-Minuten-Ziel in der östlichen  
2401 Vorstadt, in Schwachhausen und in Hastedt nicht zu gefährden.

2402 **Öffentliche Profifeuerwerke ausweiten – Privates Böllern einschränken**

2403 Um die Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes in der  
2404 Silvesternacht zu entlasten, aber auch aus Gründen des Umwelt-, Gesundheits- und  
2405 Tierschutzes, wollen wir öffentliche professionelle Feuerwerke und Lasershows  
2406 organisieren sowie die **Verbote von Böllern** ausweiten.

2407 **Bessere Versorgung für Hinterbliebene**

2408 Die Versorgungsleistungen für Hinterbliebene von Feuerwehrleuten und Menschen aus  
2409 dem Katastrophenschutz müssen sich verbessern. Und sie müssen sich an den

2410 geänderten Lebenswirklichkeiten orientieren und auch für nicht-eheliche  
2411 Partnerschaften und die daraus hervorgegangenen Kinder gelten.

#### 2412 **Rettung naht – modernisiert und effizient**

2413 Den Rettungsdienst haben wir in den letzten Jahren durch die Erneuerung des  
2414 Hilfeleistungsgesetzes sowie durch die Neuaufstellung des  
2415 Rettungsdienstbedarfsplans gestärkt. In den nächsten Jahren werden wir die  
2416 notwendigen **Neuanschaffungen für Rettungs- und Notfalltransportwagen** tätigen.  
2417 Der Einsatz des HanseSani zur Vermeidung nicht notwendiger Kliniktransporte hat  
2418 sich bewährt. Ihn wollen wir verstetigen und ausweiten.

#### 2419 **Bunt, queer und feministisch – auch bei der Feuerwehr**

2420 Den Skandal um Rassismus, Queer- und Frauenfeindlichkeit bei der Feuerwehr  
2421 Bremen werden wir weiter konsequent aufarbeiten. Unabhängig von der sexuellen  
2422 Orientierung, Geschlecht oder Herkunft muss sich jede\*r darauf verlassen können,  
2423 dass die Feuerwehr hilft, wenn sie gebraucht wird. Diskriminierende Strukturen  
2424 anzusprechen ist keine Nestbeschmutzung. Den **Prozess “Feuerwehr 2025”** begleiten  
2425 wir konstruktiv, um die Feuerwehr Bremen zu einer der modernsten Feuerwehren  
2426 Deutschlands zu machen. Dazu gehört für uns auch, eine Kultur von Respekt und  
2427 Toleranz zu fördern. Die Feuerwehr muss eine Arbeitgeberin werden, die unsere  
2428 **gesellschaftliche Vielfalt abbildet**. Für eine wissenschaftliche Evaluation und  
2429 Begleitung des Reformprozesses werden wir Gelder bereitstellen.

#### 2430 **IT-Sicherheitsstrategie für das Land Bremen**

2431 Grundlage dieser Strategie ist die Informationssicherheitsleitlinie von 2017.  
2432 Die IT-Sicherheitsstrategie soll die Gefahren für Bürger\*innen, Verwaltung,  
2433 Wirtschaft und Infrastruktur durch steigende Cyberkriminalität gleichermaßen  
2434 berücksichtigen. Bis dahin wollen wir mit Nachdruck darauf hinwirken, dass in  
2435 allen senatorischen Behörden eigene **Informationssicherheitsleitlinien** erarbeitet  
2436 und umgesetzt werden.

#### 2437 **Ausbau des Sirennetzes**

2438 Zusätzlich zu den **App-Lösungen und Cell-Broadcast** werden wir das **Sirennetz** als  
2439 leicht verständliches Warnsystem ausbauen, sodass die Stadtgebiete Bremens und  
2440 Bremerhavens endlich vollständig abgedeckt sind. Alle sollen wissen, wie sie für  
2441 den Katastrophenfall vorsorgen und sich im Ernstfall zu verhalten haben.

## 2442 **Zentrum für Krisenprävention und Katastrophenschutz**

2443 Bremerhaven hat damit erste Erfahrungen gemacht und setzt gerade einen Plan zur  
2444 Optimierung um. Wir schaffen auch ein Bremer Zentrum für Krisenprävention und  
2445 Katastrophenschutz. Ob Pandemie, Migration, Klima und Umwelt – die  
2446 Herausforderungen sind vielfältig. **Schnelle Hilfe im Notfall braucht gebündelte**  
2447 **Kompetenzen und klare Zuständigkeiten**, sodass in außergewöhnlichen Notlagen  
2448 schnell und unbürokratisch gehandelt wird. Dies gilt auch für die IT-Sicherheit.  
2449 Hierfür muss die Digitalkompetenz in den Sicherheitsbehörden verbessert werden.  
2450 Die Sicherheitsstrategie zum Schutz kritischer Infrastrukturen in Bremen und  
2451 Bremerhaven werden wir auf Optimierungspotenziale prüfen. In der  
2452 Katastrophenschutzplanung muss sich Bremen neben Hochwassern und  
2453 Starkregenereignissen auch in Zukunft auf die Möglichkeit eines großflächigen,  
2454 lang anhaltenden Stromausfalls oder eines Angriffs auf die digitale  
2455 Infrastruktur vorbereiten.

## 2456 **Verteidigung der Demokratie - Kampf gegen Extremismus**

2457 Anschläge auf Jugendzentren, staatliche Institutionen und Gebäude, Aufzüge von  
2458 Verschwörungsideolog\*innen, fanatische Evangelikale und islamistische Hetze: In  
2459 Krisenzeiten gewinnen politische Extreme an Zulauf. Wir Grüne lehnen Gewalt als  
2460 Mittel zur Erreichung politischer Ziele ab. Wir stärken Prävention, schaffen  
2461 mehr Wissen über Radikalisierung und Extremismus und verteidigen die Demokratie,  
2462 wo sie in Bedrängnis gerät.

2463 Die Grünen sind eine antifaschistische Partei und treten den Angriffen von  
2464 rechten Faschist\*innen entschieden entgegen. Eine missbräuchliche Nutzung des  
2465 Begriffs Antifaschismus durch autoritäre Gruppierungen lehnen wir in Tradition  
2466 von Bündnis 90 ab.

2467 Die extreme Rechte ist die größte Gefahr für die Demokratie. In der laufenden  
2468 Legislatur haben wir deshalb die Finanzierung der Jugendarbeit gegen  
2469 Rechtsextremismus sowie die Zuwendungen an die Jugendverbände erhöht und die  
2470 Mittel für das Beratungsnetzwerk gegen Rechts verdoppelt. In den Schulen wollen  
2471 wir die Lehrkräfte sensibilisieren, Radikalisierungstendenzen zu erkennen und  
2472 richtig auf sie zu reagieren. Wir wollen ihnen vor allem Hilfe anbieten und mehr  
2473 externe Unterstützung in die Schulen holen.

2474 Auch linksradikaler Gewalt treten wir in jeder Form von politisch motivierter  
2475 Gewalt konsequent mit den Mitteln des Rechtsstaates entgegen.

## 2476 **Gegen jeden Antisemitismus**

2477 In den vergangenen Jahren haben antisemitische Straftaten deutschlandweit und  
2478 auch in Bremen deutlich zugenommen. Wir Grüne **stehen konsequent gegen jeden**  
2479 **Antisemitismus ohne Wenn und Aber!** Jüdische Menschen müssen in Bremen sicher  
2480 leben und sich im öffentlichen Raum immer und überall frei bewegen können –  
2481 selbstverständlich und insbesondere auch, wenn sie offen jüdische Symbole  
2482 tragen. Wir werden alles tun, damit dies möglich wird. Dazu gehört das Wissen  
2483 über alle Formen des Antisemitismus bei Polizei und Staatsanwaltschaft zu  
2484 stärken, die Zuständigkeit für antisemitische Straftaten klarer zuzuschneiden  
2485 und die Präventionsarbeit zu Antisemitismus deutlich auszuweiten.

#### 2486 **Landesinstitut für Demokratieforschung**

2487 Aufbauend auf die guten Erfahrungen des Instituts für Demokratie und  
2488 Zivilgesellschaft in Jena wollen wir prüfen, ob auch ein **Institut für**  
2489 **Demokratieforschung** eingerichtet werden könnte, um Phänomene wie  
2490 Demokratiefeindlichkeit, Rechtsextremismus, Islamismus sowie politische oder  
2491 religiöse Radikalisierungsprozesse besser zu erforschen und die Ergebnisse mit  
2492 Sicherheitsbehörden, Jugendämtern, Schulen und anderen zivilgesellschaftlichen  
2493 Akteuren zu teilen.

#### 2494 **Verfassungsschutz reformieren**

2495 Das Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts zum Verfassungsschutz wollen  
2496 wir in Bremen konsequent umsetzen und dem Verfassungsschutz keine weiteren  
2497 Befugnisse zuteilen. Beim Verfassungsschutz wollen wir die Abschaffung des V-  
2498 Leute Systems in seiner heutigen Form durchsetzen. Wir wollen nicht, dass die zu  
2499 beobachtenden Milieus querfinanziert und schwere Straftaten aus diesen Szenen  
2500 gedeckt werden. Die Kontrollgremien müssen gestärkt werden und deren Mitglieder  
2501 müssen sich analog zu den Landesämtern für Verfassungsschutz bundesweit  
2502 vernetzen können. Die Ausnahmeregel für den Verfassungsschutz wollen wir aus dem  
2503 Informationsfreiheitsgesetz streichen.

#### 2504 **Das Bahnhofsumfeld – sicher und sozial**

2505 Die Aufenthaltsqualität und das Sicherheitsgefühl im Umfeld des Bremer  
2506 Hauptbahnhofs müssen wiederhergestellt werden. Wenn Haltestellen offensichtlich  
2507 zum dauerhaften Aufenthalt zweckentfremdet werden, dann muss rechtlich geprüft  
2508 werden, ob Polizei und Ordnungsdienst dagegen vorgehen dürfen, ohne das  
2509 Grundrecht der Freizügigkeit zu verletzen.

#### 2510 **Erfolgsstory Ordnungsdienst fortschreiben**

2511 Wir wollen den Ordnungsdienst auf 150 Vollzeitstellen und die  
2512 Verkehrsüberwachung auf 100 Vollzeitstellen aufstocken.

2513 In der laufenden Wahlperiode haben wir in Bremen einen Ordnungsdienst  
2514 eingeführt, damit auch die vielen kleinen, aber wichtigen Regeln des  
2515 Zusammenlebens besser eingehalten werden – ein voller Erfolg. Denn der  
2516 Ordnungsdienst ist beliebt, weil er seine Befugnisse bürgerfreundlich nutzt,  
2517 sichtbar und ansprechbar ist, weil er Polizei und andere Behörden entlastet, gut  
2518 geschult und professionell ist.

2519 Die gemeinsamen Kontrollen von Polizei und Ordnungsdienst am Hauptbahnhof haben  
2520 sich bewährt und sollen vermehrt zur Anwendung kommen.

#### 2521 **Nicht-Kriminelles entkriminalisieren**

2522 Wir Grüne wollen, dass sich die Justiz und Strafverfolgungsbehörden mit den  
2523 wirklich wichtigen Dingen befassen und stehen deshalb für eine  
2524 Entkriminalisierung von Bagatelldelikten. Damit Angebote wie Drug-Checking  
2525 funktionieren können, bedarf es verlässlicher Bagatelgrenzen für die jeweiligen  
2526 Substanzen. Wir wollen das Fahren ohne Fahrschein zu einer Ordnungswidrigkeit  
2527 herabstufen und Ersatzfreiheitsstrafen für dieses Vergehen abschaffen, denn sie  
2528 sind unverhältnismäßig, teuer und sozial ungerecht. Kann jemand sein Ticket  
2529 nicht bezahlen, bedarf es Schuldnerberatung statt Freiheitsstrafen.

2530 Wir befürworten die Einrichtung eines staatlich kontrollierten Marktes für die  
2531 Abgabe von Cannabis. Das Vermummungsverbot, der unerlaubte Aufenthalt, die  
2532 Beihilfe dazu oder Containern oder der sogenannte Blasphemie-Paragraph 166  
2533 gehören nicht ins Strafrecht.

#### 2534 **Kein Überwachungsstaat mit uns, sondern Freiheit in öffentlichen und privaten 2535 Räumen**

2536 Als Datenschutz-Partei lehnen wir unberechtigte Eingriffe in die Privatsphäre ab  
2537 und konnten die Einführung von Staatstrojanern und Online-Durchsuchungen  
2538 abwenden. Der Datenschutzskandal bei der Polizei von 2021 hat gezeigt, dass der  
2539 Datenschutz der Polizei bisher nicht ausreichend funktionierte. Die weitere  
2540 Aufarbeitung des Datenschutzskandals werden wir parlamentarisch und mit Mitteln  
2541 der Zivilgesellschaft intensiv begleiten und nachhalten. Den Einsatz  
2542 biometrischer Überwachungssysteme wird es mit uns nicht geben. Wir arbeiten in  
2543 Fragen des Datenschutzes eng mit der Landesbeauftragten für Datenschutz  
2544 zusammen.

2545 **Keine Online-Durchsuchung – keine Staatstrojaner**

2546 Den **Einsatz von Online-Durchsuchung und Staatstrojanern lehnen wir ab**. Denn  
2547 diese Instrumente stellen ein großes Sicherheitsrisiko für Bürger\*innen und  
2548 Unternehmen dar, weil sie Sicherheitslücken der Smartphones ausnutzen - Lücken,  
2549 die auch von Kriminellen ausgenutzt werden können, um an Passwörter und  
2550 persönliche Daten zu gelangen. Statt sie zu nutzen, sollten diese  
2551 Sicherheitslücken gemeldet werden.

2552 **Justiz auf der Höhe der Zeit**

2553 **Personalquote in der Justiz vollständig erfüllen**

2554 Die Grundlage für eine verlässlich funktionierende Justiz ist das Personal. Die  
2555 Gerichte in Bremen und Bremerhaven werden wir daher personell besser ausstatten,  
2556 sodass Urteile schneller und sorgfältiger gefällt werden und der anhaltende  
2557 Verfahrensstau zügig abgearbeitet wird. Unser Ziel ist weiterhin, die  
2558 Personalquote durch zusätzliche Verstetigungen unbefristeter Stellen zu 100  
2559 Prozent zu erreichen und ausreichend Richter\*innen, Staatsanwält\*innen und  
2560 Justizbedienstete zu beschäftigen.

2561 **Diversität in Studium, Ausbildung und berufliche Fortbildung**

2562 Die kritische Rechtswissenschaft halten wir nach wie vor für sehr wichtig und  
2563 setzen uns dafür ein, dass Diversity-Kompetenz als juristische Kernkompetenz  
2564 anerkannt wird und Jurastudium und Referat um Lehrinhalte zu Diversität  
2565 erweitert werden. Vor Gericht sollen alle Menschen gleich sein. Das funktioniert  
2566 besser, wenn unsere Justiz die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt. Dies  
2567 wollen wir durch Einstellungsverfahren und entsprechende Fortbildungsangebote  
2568 fördern und ermöglichen **zukünftig auch Teilzeit-Referendariate**.

2569 **Frauen (feministische) Förderung in der Justiz stärken**

2570 Die Förderung von Frauen und nicht-binären Personen in der Justiz werden wir mit  
2571 einem Geschlechterförderplan **weiter stärken und** Fragen der gleichberechtigten  
2572 Berücksichtigung aller Geschlechter bei Beurteilungen, Beförderungen und der  
2573 Besetzung von Gremien regeln. Zudem schaffen wir Transparenz im  
2574 Beurteilungssystem im Hinblick auf die diskriminierende Wirkung.

2575 **Wir brauchen eine kindgerechte Justiz**

2576 Ein weiterer Schwerpunkt Grüner Justizpolitik der nächsten Jahre wird die  
2577 Gewährleistung einer **kindgerechten Justiz** sein. Hier braucht es beispielsweise  
2578 bessere Fortbildungsangebote für Richter\*innen in Straf- und  
2579 Familienrechtsverfahren.

#### 2580 **Psychosoziale Prozessbegleitung ausbauen**

2581 Wir wollen das Angebot der psychosozialen Prozessbegleitung ausbauen, denn ein  
2582 gerichtlicher Prozess kann für Opfer nicht nur finanzielle, sondern vor allem  
2583 emotionale Belastungen bedeuten.

#### 2584 **Legal Tech**

2585 Damit sind juristische Onlineverfahren gemeint, die ohne großen Aufwand  
2586 Beschwerden bündeln und an entsprechende Stellen herantragen, etwa wenn es um  
2587 Entschädigung für verspätete Flüge geht oder um die Umgehung der  
2588 Mietpreisbremse. Wir wollen prüfen, ob deren Einsatz zu besseren Rechts- und  
2589 Verbraucher\*innenschutz führt.

#### 2590 **„Wir im Rechtsstaat“**

2591 Menschen in schwierigen Lebenslagen und Migrant\*innen nutzen das Rechtssystem  
2592 deutlich seltener. Mit einem **Rechtsbildungsprogramm** wollen wir mehr Augenhöhe  
2593 schaffen. Wir wollen uns dabei an dem Berliner Projekt “Wir im Rechtsstaat”  
2594 orientieren, bei dem Richter\*innen und Staatsanwält\*innen, die Bildungseinheiten  
2595 leiten, denn so kann gegenseitiges Lernen auf Augenhöhe funktionieren

#### 2596 **Einführung eines Landesresozialisierungsgesetzes**

2597 Um die Perspektiven von Haftentlassenen zu verbessern, werden wir ein solches  
2598 Gesetz einführen. Denn wenn Straftäter\*innen nach der Haft keine neuen  
2599 Straftaten begehen, ist das der beste Schutz nicht nur für sie, sondern für uns  
2600 alle. Der Strafvollzug hat neben der Strafe für die Tat die Aufgabe, die  
2601 Gefangenen auf ein straffreies Leben nach der Haft vorzubereiten. Das  
2602 Landesresozialisierungsgesetz wird die vielen Akteur\*innen in diesem Bereich  
2603 besser ausstatten, unterstützen und vernetzen.

#### 2604 **Digitale Teilhabe im Gefängnis**

2605 Während der Pandemie haben wir in der JVA gute Erfahrungen mit dem Einsatz von  
2606 Videotelefonie gemacht. Diese wollen wir auch zukünftig verstärkt einsetzen. Wir

2607 schaffen einen "digitalen Freigang" und bieten den Gefangenen digitale Teilhabe  
2608 unter kontrollierten Bedingungen. Das heißt, wir ermöglichen Gefangenen, bei  
2609 denen dies zu verantworten ist, Zugang zu Internet und E-Mail, um den Kontakt  
2610 mit ihren Familien zu verbessern, digitale Bildungsangebote zu nutzen und sich  
2611 am Ende der Haft um einen Job zu bewerben. Nur so funktioniert Resozialisierung  
2612 und wird die „zweite Chance“ auch eine echte Chance.

### 2613 **Haftstrafen vermeiden**

2614 Bei geringfügigen Delikten wollen wir Haftstrafen vermeiden. Der offene Vollzug  
2615 ist am besten geeignet, um die Gefangenen zu resozialisieren und die schädlichen  
2616 Folgen der Haft zu minimieren. Insbesondere im Jugendstrafvollzug wollen wir ihn  
2617 daher weiter stärken und weitere freie Formen des Vollzugs erproben.

### 2618 **Suchtprävention und medizinische Versorgung im Strafvollzug**

2619 Wir wollen, dass in der Substitution auch der Einsatz von sauberen Spritzen  
2620 aufgenommen wird, um eine Infektion mit HIV im Vollzug zu verhindern und den  
2621 Vollzugsbediensteten größeren Schutz zu geben. Außerdem sollen die Möglichkeit  
2622 der Opioid-Substitution und die Diamorphin-Therapie für Betroffene sowie eine  
2623 nahtlose Anschlussversorgung und medizinisch-psychologische Betreuung nach der  
2624 Haftentlassung verbessert werden.

2625 Für Strafgefangene, die nicht in eine Klinik verlegt werden können, wollen wir  
2626 eigene Behandlungskapazitäten in den Justizvollzugsanstalten Bremen und  
2627 Bremerhaven aufbauen und ein Übergabemanagement zur kontinuierlichen  
2628 Weiterbehandlung bei der Entlassung aus der Haft schaffen.

### 2629 **Weitere Modernisierung der Landesverfassung**

2630 Unser Ziel bleibt weiterhin die Streichung des Begriffs "Rasse", denn es gibt  
2631 keine unterschiedlichen Menschenrassen. Stattdessen wollen wir den Schutz vor  
2632 rassistischer Diskriminierung verankern. Und wir werden endlich die Möglichkeit  
2633 für Bürger\*innen schaffen, ihre Grundrechte aus der Landesverfassung vor dem  
2634 Staatsgerichtshof einzuklagen.

### 2635 **Migrantischen Gemeinschaften Raum geben**

### 2636 **Migrationsgesellschaft braucht Integrationsgesellschaft**

2637 Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, ob in Betrieben, Schulen,

2638 Behörden oder Ehrenamt: Wir lassen niemanden mit dieser Herausforderung alleine.

### 2639 **Gut und schnell ankommen**

2640 Gut und schnell ankommen sind wichtige Schritte in eine neue Zukunft. Mit einer  
2641 schnellen Berufsanerkennung, Beratungsangeboten, spezialisierten Sprachkursen,  
2642 raschen Verfahren zur Einbürgerung und Integration am Arbeitsmarkt stärkt die  
2643 Migration unsere Gesellschaft.

### 2644 **Sicherer Hafen für Geflüchtete**

2645 Wir stehen für einen würdevollen Umgang mit Geflüchteten bei der Ankunft und  
2646 auch bei der etwaigen Abreise. Daher lehnen wir Abschiebungen in Kriegs- und  
2647 Krisengebiete oder Kälteregeonen und ebenso die Abschiebehaft ab.

### 2648 **Migrations- und Integrationspolitik ist Querschnittsaufgabe**

2649 Deshalb finden sich in nahezu allen Kapiteln dieses Programms auf die jeweiligen  
2650 Politikfelder bezogene Maßnahmen, die konkrete Schritte sind, diese  
2651 Querschnittsaufgabe zum Erfolg zu führen.

### 2652 **Was wir bereits erfolgreich umgesetzt haben und jetzt weiter ausbauen wollen:**

- 2653 • Wir haben das Programm "Ankommen im Quartier" verstärkt, nun wollen wir es  
2654 mit besserer Kinderbetreuung, fest beschäftigten Lehrkräften und mehr  
2655 Lernstunden verstetigen.
- 2656 • Wir stehen weiterhin zu Bremen als sicherer Hafen und zu den  
2657 Landesaufnahmeprogrammen, die Bremen aufgelegt hat.
- 2658 • Die Landesaufnahmeprogramme zum Familiennachzug wollen wir neu auflegen  
2659 und zugänglicher machen.
- 2660 • Die Einbürgerungskampagne wollen wir verstetigen und mit mehr Personal für  
2661 eine raschere Antragsbearbeitung sorgen.

### 2662 **Darüber hinaus unsere wichtigsten Projekte:**

- 2663 • In der Erstaufnahmeeinrichtung soll eine unabhängige  
2664 Asylverfahrensberatung eingerichtet werden.

- 2665
- Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen wollen wir verbessern und gleichzeitig die Vermittlung von Sprachkursen und anschließend die Vermittlung von Arbeitsplätzen verbessern.
- 2666
- 2667

2668 Unsere Gesellschaft ändert sich beständig und das betrifft uns alle. Die  
2669 Aufgabe, die sich für unser Zusammenleben stellt, ist also nicht, jemanden in  
2670 etwas Vorhandenes zu "integrieren", sondern gesellschaftliche Teilhabe für alle,  
2671 also auch für Geflüchtete und andere Einwander\*innen, zu ermöglichen und  
2672 Vielfalt in der Migrationsgesellschaft zu organisieren. Dafür setzen wir einen  
2673 klaren rechtsstaatlichen Rahmen, der die Grundlage für gelingende Teilhabe  
2674 bietet. Zudem folgen wir dem Leitbild einer offenen Gesellschaft, die Vielfalt  
2675 und Toleranz lebt und die notwendigen Anstrengungen vieler auf allen Gebieten  
2676 zusammenführt.

## 2677 **Landesamt für Migration**

2678 Wir prüfen, ein **Landesamt für Migration als eigenständige Migrationsbehörde**  
2679 **einzurichten**. In dieser Behörde sollen alle nötigen Kompetenzen für eine  
2680 gelingende Einwanderung – vom Aufenthaltsrecht über die Versorgung und  
2681 Unterbringung bis zum Integrationskurs – gebündelt werden. Hier werden die neuen  
2682 Einwohner\*innen Bremens und Bremerhavens in Zukunft besser willkommen heißen  
2683 und auf ihrem Weg in unseren Städten anzukommen unterstützt.

## 2684 **Programm „Ankommen im Quartier“ verstetigen**

2685 Wir sehen es als großen Erfolg, in der laufenden Legislatur das Programm  
2686 „Ankommen im Quartier“ (AiQ) verstärkt zu haben. Die Beratungsstellen begleiten  
2687 und unterstützen Geflüchtete, die bereits im eigenen Wohnraum leben, bei  
2688 Zugängen zu Gesundheit, Bildung, Existenzsicherung, Arbeit und Ausbildung,  
2689 Wohnung und Angeboten für Kinder. Wir wollen den Menschen ein selbstbestimmtes  
2690 Leben in unserer Mitte erleichtern. Das Angebot an kommunalen Sprachkursen  
2691 wollen wir deshalb fortsetzen, ihre Qualität sicherstellen und Lerngruppen für  
2692 unterschiedliche Niveaus anbieten. Die Integrationskurse wollen wir besser  
2693 organisieren und für einheitliche Standards, mehr Lernstunden, individuelle  
2694 Förderung, qualifizierte Kinderbetreuung und eine stabile Beschäftigung der  
2695 Lehrkräfte sorgen.

## 2696 **Von der Erstaufnahme in den eigenen Wohnraum**

2697 In der Pandemie haben wir gelernt, dass in Sammelunterkünften ausreichend Platz  
2698 und Privatsphäre Standard sein müssen. Wir wollen die Umbaumaßnahmen in der  
2699 Erstaufnahmeeinrichtung in der Lindenstraße so schnell wie möglich abschließen.

2700 Unser Ziel ist, dass Alleinreisende maximal zu zweit in einem Zimmer  
2701 untergebracht werden sollen.

## 2702 **Hilfe für besonders schutzbedürftige Geflüchtete**

2703 Insbesondere Schwangere und Alleinerziehende mit Kindern werden wir zukünftig  
2704 schneller in die dafür vorgesehenen Unterkünfte oder in private Unterkünfte  
2705 vermitteln. Unbegleitete Minderjährige, allein fliehende Frauen, Traumatisierte,  
2706 Geflüchtete mit Behinderungen, Ältere, LGBTIAQ\*, Familien, Personen mit  
2707 psychischen Erkrankungen bekommen zügig nach ihrer Ankunft die notwendige  
2708 Beratung sowie die spezifische Betreuung und Unterbringung, die sie benötigen.

## 2709 **Unabhängige Asylverfahrensberatung**

2710 In der Erstaufnahmeeinrichtung wollen wir eine Asylverfahrensberatung durch  
2711 einen unabhängigen Träger ermöglichen, der die Asylsuchenden von Anfang an über  
2712 ihre Rechte und Pflichten sowie Möglichkeiten informiert und auch  
2713 schutzbedürftige Personen über ihre Rechte aufklärt. Die Stelle zur  
2714 psychologischen Erstberatung und psychiatrischen Screenings in der  
2715 Landeserstaufnahmestelle (LAsT) werden wir weiter institutionell fördern. Das  
2716 Merkmal der Vulnerabilität werden wir statistisch erfassen.

2717 Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Stärkung der Anerkennung  
2718 geschlechtsspezifischer Verfolgung, die Anerkennung von Menschenhandel als  
2719 Asylgrund und eine kultursensible Beratung für von Menschenhandel betroffene  
2720 Menschen ein.

2721 Leider landen viele Menschen, die aus anderen EU-Staaten zum Arbeiten und Leben  
2722 zu uns kommen, zeitweise in Arbeits- und Obdachlosigkeit. Unsere sozialen  
2723 Sicherungssysteme sind ihnen größtenteils verschlossen. Daher werden wir uns auf  
2724 EU-Ebene dafür einsetzen, dass auch EU-Migrant\*innen ein Mindestmaß an sozialer  
2725 Sicherung erfahren.

## 2726 **Bremen bleibt sicherer Hafen**

2727 Bremen hat sich zum sicheren Hafen erklärt, immer wieder seine  
2728 Aufnahmebereitschaft betont und eigene Landesaufnahmeprogramme, Initiativen zur  
2729 Aufnahme Geflüchteter gestartet. Dazu stehen wir jetzt und in Zukunft. Wir  
2730 wollen, dass sich Bremen noch stärker aktiv in Netzwerken wie "Solidarity  
2731 Cities" und „Städte Sicherer Häfen“ beteiligt.

2732 Bei Menschen, die nach einem abgelehnten Asylantrag nicht bei uns bleiben  
2733 können, setzen wir in bewährter Weise auf eine freiwillige Ausreise. Zwangsweise  
2734 Rückführungen sollen in Bremen weiterhin die Ausnahme bleiben und auch  
2735 bundesweit eingeschränkt werden. Abschiebungen aus Schulen, Hochschulen oder  
2736 Betrieben darf es für die gesamte Familie ebenso wenig geben wie Abschiebungen  
2737 in Kriegs- oder Krisengebiete wie Afghanistan oder Syrien – beides ist mit uns  
2738 nicht zu machen. Außerdem kämpfen wir für einen generellen Winterabschiebestopp  
2739 in Kälteregeonen. Die Abschiebehaft lehnen wir ab. Auf Bundesebene unterstützen  
2740 wir ein Einwanderungsgesetz, das den sogenannten „Spurwechsel“ vom Asylsystem  
2741 hin zur regulären Zuwanderung ermöglicht. Per Stichtagsregelung wollen wir  
2742 papierlosen Menschen, die Bremen bereits seit Jahren ihre Heimat nennen, eine  
2743 sichere Bleibeperspektive geben.

#### 2744 **Leitfaden für das Migrationsamt und die Ausländerbehörde Bremerhaven**

2745 Der Leitfaden soll die Sachbearbeiter\*innen anleiten, teilhabe- und  
2746 gewaltschutzorientiert vorzugehen und ein Bleiberecht zu ermöglichen, wann immer  
2747 dies rechtlich möglich ist. Auch beim Thema Familiennachzug sollen die Behörden  
2748 ihren Ermessensspielraum zugunsten der Antragsteller\*innen nutzen.

#### 2749 **Weitere Landesaufnahmeprogramme**

2750 Das Landesaufnahmeprogramm für **Familiennachzüge aus Syrien sowie Afghanistan**  
2751 werden wir neu und verbessert auflegen und bisherige Einschränkungen wie die  
2752 Altersbeschränkung und Verpflichtungserklärung überprüfen. Darüber hinaus  
2753 unterstützen wir das Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks der  
2754 Vereinten Nationen, das die Umsiedlung besonders gefährdeter Geflüchteter  
2755 organisiert und sie mit dauerhaften Aufenthaltserlaubnissen ausstattet. Wir  
2756 wollen, dass die **Einbürgerungskampagne** verstetigt wird. Ziel ist, die  
2757 Einbürgerungsquote zu erhöhen und Wartezeiten zu minimieren. Deshalb prüfen wir,  
2758 wie wir dazu neue Stellen schaffen können. Menschen, die aufgrund ihrer  
2759 Aufenthaltsdauer in Bremen die Voraussetzungen zur Einbürgerung erfüllen, sollen  
2760 automatisch angeschrieben und persönlich kontaktiert werden.

#### 2761 **Bremer Weiterbildungschecks**

2762 Durch eine Erhöhung der maximalen Fördersumme und Ausweitung der Förderung auf  
2763 Fahrt- und Lebenshaltungskosten wollen wir die **Möglichkeiten,**  
2764 **Qualifizierungsangebote in Anspruch zu nehmen, ausweiten.** Das Ziel ist, dass die  
2765 Anerkennung beruflicher Qualifikationen nicht am Geldbeutel des Einzelnen  
2766 scheitert.

2767 Für Zugewanderte ist wirtschaftliche Teilhabe ein zentraler Aspekt, um Fuß zu  
2768 fassen und anzukommen. Für diese Menschen, aber auch für die vom  
2769 Fachkräftemangel betroffenen Betriebe gilt: **Wer Qualifikationen mitbringt, muss**  
2770 **diese auch schnell nutzen können**, wer Nachqualifizierung benötigt, soll diese  
2771 einfach bekommen und Betriebe bekommen Unterstützung bei der Beschäftigung von  
2772 Zugewanderten. Die Anerkennungs Voraussetzungen in den landesrechtlich geregelten  
2773 Berufen wollen wir verbessern, die Anerkennungsberatung personell aufstocken und  
2774 die Landesagentur für berufliche Weiterbildung zu einer strategischen  
2775 Vermittlerin für Nachqualifizierungs- und Sprachkursangeboten sowie  
2776 Finanzierungsmöglichkeiten für ausländische Arbeitskräfte entwickeln. Die  
2777 Unterstützung bei der Suche nach einem Arbeitsplatz muss dabei über eine  
2778 Erstberatung hinausgehen.

2779 **Unterstützung für Betriebe, deren Mitarbeiter\*innen einen Migrations- bzw. einen**  
2780 **Fluchthintergrund haben**

2781 Wir werden uns für eine **aufsuchende Betreuung** dieser Firmen einsetzen. Gemeinsam  
2782 mit der Landesagentur für berufliche Weiterbildung, der Handels- und der  
2783 Handwerkskammer wollen wir prüfen, ob durch zentrale Beratungen Abläufe und  
2784 Weitervermittlung verbessert werden können.

2785 **Sprach- und Integrationsvermittler\*innen dauerhaft absichern**

2786 Die deutsche Sprache ist zentral für wirtschaftliche Teilhabe und Integration am  
2787 Arbeitsplatz. Die Sprach- und Integrationsvermittler\*innen (Sprinter\*innen) sind  
2788 eine Bremer Erfolgsgeschichte. Sie kommen dort zum Einsatz, wo Migrant\*innen  
2789 aufgrund sprachlicher Barrieren und komplizierten behördlichen Anforderungen an  
2790 die Grenzen eines eigenverantwortlichen Handelns kommen. Wir wollen darauf  
2791 hinwirken, dass diese **Herangehensweise auf Unternehmen ausstrahlt** und diese  
2792 ebenfalls Sprinter\*innen einsetzen.

2793 **Starke Teilhabe – mit Recht**

2794 **Gleichstellung aller Geschlechter überall**

2795 Wir stehen als queerfeministische Partei geschlossen gegen jede Inter\*-und  
2796 Trans\*feindlichkeit. Wir erkämpfen Teilhabe für alle Geschlechter und in allen  
2797 gesellschaftlichen Bereichen.

2798 **Glaubens- und Weltanschauungsfreiheit**

2799 Wir stehen als Partei schützend an der Seite der Religionsgemeinschaften und tun  
2800 alles dafür, die freie Ausübung der Religionen und die Sicherheit ihrer  
2801 Gotteshäuser zu gewährleisten. Gleichzeitig treten wir entschlossen für einen  
2802 vollständig säkularen Staat ein.

2803 **Gleichstellung, Queerpolitik und Antidiskriminierung ist die Verantwortung aller**  
2804 Wir integrieren Antidiskriminierung, Queerpolitik und die Gleichstellung aller  
2805 Geschlechter in alle Gesellschaftsbereiche und machen sie zur  
2806 Querschnittsaufgabe im Senat. Detaillierte Maßnahmen für nahezu alle  
2807 Politikfelder finden sich in den Fachkapiteln dieses Programms.

2808 **Was wir bereits erfolgreich umgesetzt haben und jetzt weiter ausbauen wollen:**

- 2809 • Wir haben ein Landesantidiskriminierungsgesetz verabschiedet, mit  
2810 Fortbildungsangeboten wollen wir nun kontinuierlich weiter daran arbeiten,  
2811 Antidiskriminierung und Diversität im öffentlichen Dienst zu stärken.
- 2812 • Wir haben eine Landesantidiskriminierungsstelle auf den Weg gebracht, um  
2813 das Beratungsangebot in Bremen zu bündeln, einheitliche und klare  
2814 Strukturen zu schaffen und so die Angebote für Betroffene zugänglicher zu  
2815 machen. Wo dies zu mehr Arbeit für die einzelnen Beratungsstellen führt,  
2816 werden wir diese besser ausstatten.
- 2817 • Wir haben das Landesgleichstellungsgesetz bereits deutlich verbessert,  
2818 noch ist es aber kein wirklich inklusives Gesetz für alle Geschlechter.  
2819 Sobald das Selbstbestimmungsgesetz auf Bundesebene die Basis gelegt hat,  
2820 wollen wir das so schnell wie möglich ändern.
- 2821 • Wir haben die Erstellung eines Landesaktionsplans gegen Rassismus  
2822 beschlossen, um dem Alltagsrassismus in unserer Gesellschaft  
2823 entgegenzuwirken. Wir sorgen dafür, dass der Plan nun unter Einbeziehung  
2824 der Betroffenen erarbeitet wird.
- 2825 • Wir haben außerdem das Integrationskonzept in ein Rahmenkonzept  
2826 gesellschaftliche Teilhabe und Diversity überführt.
- 2827 • Wir haben den queerpolitischen Beirat ins Leben gerufen.
- 2828 • Uns ist es gelungen, Beratungsangebote für queere Menschen auszubauen und  
2829 zu verstetigen. Insbesondere im Bereich geschlechtliche Vielfalt (trans\*,  
2830 inter\*, nicht-binär).

2831 **Darüber hinaus unsere wichtigsten Projekte:**

- 2832 • Mit geschlechtersensibler Berufsberatung wollen wir erreichen, Klischees  
2833 bei der Berufswahl von jungen Menschen zu lösen.
  
- 2834 • Wir wollen erfassen, welche Behörden und Betriebe bereits  
2835 Beschwerdestellen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz  
2836 eingerichtet haben.
  
- 2837 • Wir stoßen die Erarbeitung eines Konzepts zum Schutz von Gotteshäusern an.
  
- 2838 • Die Gebühr für Kirchenaustritte schaffen wir ab.
  
- 2839 • Wir arbeiten eng mit dem Forum zur Förderung des jüdischen Lebens zusammen  
2840 und unterstützen die dort gefassten Initiativen.
  
- 2841 • Wir wollen Berufsausbildungen inklusiver gestalten, damit mehr Menschen  
2842 mit Behinderung Ausbildungen abschließen können.
  
- 2843 • Der Lohn für Menschen mit Behinderung soll auskömmlich gestaltet werden.  
2844 Auch die Übergänge von Werkstätten für Menschen mit Behinderung auf den  
2845 regulären Arbeitsmarkt wollen wir erleichtern.
  
- 2846 • Mit Allgemeines-Gleichstellungs-Gesetz-Beschwerdestellen reduzieren wir  
2847 Diskriminierung in Behörden und stärken zusätzlich die Mehrsprachigkeit,  
2848 um Barrieren abzubauen.
  
- 2849 • Wir wollen den Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans\*- und Inter\*phobie bis  
2850 2035 fortschreiben.

2851 **Mehr Diversität und Antidiskriminierung in die Verwaltung**

2852 Wir brauchen mehr Diversity- und Antidiskriminierungskompetenz in staatlichen  
2853 Einrichtungen, um der Vielfalt unserer Migrationsgesellschaft gerechter zu  
2854 werden. Ziel ist, die entsprechende Weiterbildungsquote zu Diversity im  
2855 öffentlichen Dienst deutlich zu erhöhen. Wir wollen niedrigschwellige  
2856 Empowermentangebote für Menschen, die aufgrund rassistischer Zuschreibungen,  
2857 ihres sozialen und sexuellen Status diskriminiert werden, im Fortbildungsangebot  
2858 verankern. Wir wollen eine Fortbildungsveranstaltung zur Unterstützung der  
2859 Wirkung des Landesantidiskriminierungsgesetzes anbieten. Wir ermöglichen es den  
2860 Mitarbeiter\*innen **neue Impulse** zu sammeln, durch europäische Austauschprogramme

2861 und Weiterbildungsmöglichkeiten und kompensieren ihren Ausfall für die  
2862 Dienststellen.

2863 Wir fördern die Ausübung der eigenen Religion und bieten eine sichere und  
2864 unterstützende Atmosphäre für Coming-out und Transition. Wir wollen  
2865 Mitarbeitende, die ihre Persönlichkeit nicht zu Arbeitsbeginn ablegen müssen,  
2866 sondern sie gerade auch im Dienst leben können. Wir wollen deshalb die **Vorgaben**  
2867 **hinsichtlich des Erscheinungsbilds von Richter\*innen, Staatsanwält\*innen und**  
2868 **Justizbediensteten überprüfen**. Wichtig sind die Qualität der Arbeit und nicht  
2869 die persönliche Haltung. Als Ausdruck der persönlichen Freiheit muss es auch für  
2870 diese Berufsgruppen stärker erlaubt sein, Tattoos zu tragen.

2871 Bewerbungsverfahren wollen wir so weit wie möglich anonymisieren, damit nicht  
2872 das Aussehen oder der Nachname den ersten Eindruck prägen. Um qualifiziertes  
2873 Personal zu gewinnen, werden wir unsere Einstellungsverfahren beschleunigen und  
2874 vollständig digitalisieren, bei Stellenausschreibungen kürzere Fristen setzen  
2875 und ein Monitoring der Bewerbungsprozesse einrichten, das die Dauer und Qualität  
2876 der Verfahren durch die Bewerber\*innen beurteilt. Wir wollen ermöglichen, dass  
2877 sich auch Tandems auf Stellen bewerben können, um sich die Arbeitszeit zu  
2878 teilen. Zudem wollen wir die Ausbildung stärken und Mentoring- und  
2879 Traineeprogramme dort einrichten, wo sie hilfreich sind.

#### 2880 **Mehrsprachigkeit in den Behörden**

2881 Dafür bieten wir Verwaltungsmitarbeiter\*innen mit Kundenkontakt zukünftig  
2882 Sprachkurse als Fortbildungsmöglichkeiten an. Das ist komfortabel für die  
2883 Nutzer\*innen und hilft zugleich der Verwaltung, Ressourcen einzusparen. So  
2884 können sich deren Mitarbeiter\*innen besser um persönliche Belange und  
2885 Einzelfälle kümmern.

#### 2886 **Mehr Schutz vor Diskriminierung in Behörden**

2887 Wir brauchen eine Bestandsaufnahme, welche Behörden, öffentliche Betriebe und  
2888 Gesellschaften bereits Allgemeines-Gleichstellungsgesetz (AGG)-Beschwerdestellen  
2889 eingerichtet haben. Dort, wo Leerstellen vorhanden sind, werden wir **AGG-**  
2890 **Beschwerdestellen einrichten**. Zum Umgang mit bestätigten Diskriminierungsfällen  
2891 wollen wir einen einheitlichen Maßnahmenkatalog schaffen. Im **Kampf gegen Gadjé-**  
2892 **Rassismus**, der immer wieder auch als Antiziganismus bezeichnet wird, wollen wir  
2893 Empfehlungen der unabhängigen Kommission Antiziganismus aufnehmen und eine  
2894 kritische Auseinandersetzung in der öffentlichen Verwaltung anstoßen. Mit einer  
2895 Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes wollen wir einen großen Schritt  
2896 in Richtung Gleichbehandlung aller Geschlechter im öffentlichen Dienst gehen.

## 2897 **Gleichbehandlung im Betrieb**

2898 Zwar beinhaltet das AGG die Pflicht des Arbeitgebers, eine Beschwerdestelle  
2899 einzurichten. Die Praxis zeigt jedoch, dass es leider nur wenige Betriebe gibt,  
2900 die tatsächlich funktionierende innerbetriebliche Beschwerdestellen eingerichtet  
2901 haben. Um das AGG zu einem wirksamen Instrument zu machen, braucht es aber  
2902 kompetente Beschwerdestellen. Wir werden daher sicherstellen, dass alle  
2903 Beschäftigten im Land Bremen ihre im AGG verbrieften Rechte auch wahrnehmen  
2904 können. Kleine und mittlere Unternehmen wollen wir darin unterstützen, dass sie  
2905 ihrer Verantwortung nachkommen können, beispielsweise indem sie sich für eine  
2906 Beschwerdestelle zusammenschließen oder eine externe Stelle mit der Durchführung  
2907 des Beschwerdeverfahrens betrauen.

## 2908 **Demokratie geht nur geschlechtergerecht**

2909 Wir haben mit feministisch-grüner Politik schon viel erreicht, sind aber längst  
2910 noch nicht am Ziel. Denn Frauen sind noch immer unterrepräsentiert in  
2911 Parlamenten und Führungsebenen, sie erhalten weniger Lohn für gleichwertige  
2912 Arbeit, sie sind als alleinerziehende oder alte Frauen besonders von Armut  
2913 betroffen, sie werden häufiger Opfer von Sexismus und Gewalt und leisten immer  
2914 noch einen Großteil der unbezahlten Sorge- und Pflegearbeit.

2915 Für die Erreichung von Geschlechtergerechtigkeit müssen alle betroffenen Gruppen  
2916 solidarisch zusammenstehen. Wir lehnen daher Trans\*feindlichkeit ab und stehen  
2917 ausdrücklich für eine **inklusive feministische Bewegung**, die gemeinsame Ziele  
2918 verfolgt. Das Land Bremen ist reich an frauen\*bewegten Initiativen, auf dieses  
2919 Netzwerk zählen wir, um Sexismus und strukturelle Benachteiligungen aufgrund des  
2920 Geschlechts zu bekämpfen. Wir fördern daher weiterhin die wichtige Arbeit der  
2921 Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) und  
2922 anderer engagierte Akteur\*innen, wie etwa Beratungs-, Bildungs- und  
2923 Anlaufstellen für Frauen, inter\*-, nicht-binäre und trans\*Personen.

## 2924 **Parität in der Bremischen Bürgerschaft**

2925 Wir halten am Ziel der **Parität in der Bremischen Bürgerschaft** trotz des  
2926 skeptischen Gutachtens fest. Wir sind überzeugt, dass Vielfalt im Parlament zu  
2927 besseren politischen Entscheidungen führt. Geschlechtergerechtigkeit ist  
2928 unverzichtbar für eine echte demokratische Gesellschaft, die Durchsetzung daher  
2929 staatliche Aufgabe.

## 2930 **Gender Mainstreaming und Gender Budgeting**

2931 Der konsequenten Anwendung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting wollen  
2932 wir mehr Nachdruck verleihen. Die erfolgreiche Anwendung des Gender Budgeting  
2933 beim Bremen-Fonds wird der Maßstab für alle Ressort-Haushalte und politische  
2934 Entscheidungen.

#### 2935 **Geschlechtersensible Pädagogik**

2936 Wir Grüne stehen für Selbstbestimmung und lehnen vermeintlich „typisch  
2937 weibliche“ und „typisch männliche“ Rollenbilder ab. Wir fördern eine  
2938 **geschlechtersensible Pädagogik**, die Kinder individuell wahrnehmen. Frauen in  
2939 Naturwissenschaften und Technik, Frauen aus Politik und Zeitgeschehen, Frauen  
2940 und ihre historischen Leistungen finden im Unterricht bisher zu wenig Platz.  
2941 Junge Menschen wählen sehr häufig ihre Ausbildungsberufe geschlechtertypisch  
2942 aus. Wir wollen bei der Jugendberufsagentur **geschlechtersensible**  
2943 **Berufsberatungsangebote** weiter ausbauen.

#### 2944 **FINTA\* Personen stützen**

2945 FINTA\* Personen (FINTA\* steht für Frauen, inter\* ,nicht-binäre, trans\* und  
2946 agender Personen, also alle Personen, die in einer patriarchal geprägten  
2947 Gesellschaft struktureller Diskriminierung ausgesetzt sind) müssen  
2948 selbstbestimmt und unabhängig von männlicher und staatlicher Einmischung leben  
2949 können. Dies ist noch viel zu oft nicht der Fall. Wir wollen, dass FINTA\*  
2950 Personen im Land Bremen selbstständig einen **existenzsichernden Lebensunterhalt**  
2951 verdienen können. Daher werden wir Niedriglohnbeschäftigungen eindämmen, unsere  
2952 geschlechterspezifischen Arbeitsmarktprogramme und eine flexible Kita-Versorgung  
2953 ausbauen und die vorliegende Entgeltgleichheitsstrategie zügig umsetzen.

#### 2954 **Gut und sicher begleitet: queer durchs Leben**

2955 In den vergangenen Jahren ist es uns gelungen, **Beratungsangebote für queere**  
2956 **Menschen** auszubauen und zu verstetigen. Insbesondere im Bereich geschlechtliche  
2957 Vielfalt (trans\*, inter\*, nicht-binär) werden auch zukünftig qualifizierte  
2958 Beratungsangebote von hoher Bedeutung sein. Wir sehen es daher als unsere  
2959 Aufgabe an, insbesondere diese **Angebote im Bereich der geschlechtlichen Vielfalt**  
2960 **weiter zu fördern und wo nötig an Bedarfe anzupassen**. Gleichzeitig haben wir mit  
2961 der Landesantidiskriminierungsstelle einen wichtigen ersten Anlaufpunkt  
2962 geschaffen, der es vielen Menschen vereinfacht, die richtige Beratungsstelle zu  
2963 finden. Dadurch ist aber auch anzunehmen, dass die Anzahl der Beratungsanfragen  
2964 bei den vielfältigen Beratungsstellen steigen wird – darauf wollen wir mit  
2965 ausreichenden Mittelerhöhungen reagieren.

2966 Wir stärken queere Jugendliche. Außerdem wollen wir **Orte** für Frauen, Lesben,  
2967 inter\*-, trans\* und agender-Personen unterstützen, an denen sie zusammenfinden  
2968 und sich gegenseitig stärken können.

#### 2969 **Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans\*- und Inter\*phobie bis 2035 fortschreiben**

2970 Alle Menschen haben ein Recht auf ein gewaltfreies Leben. Für viele queere  
2971 Menschen entspricht das aber nicht der Realität. Wir werden den  
2972 **Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans\*- und Inter\*phobie bis 2035 fortschreiben.**  
2973 Der Landesaktionsplan soll in der Umsetzung zunehmend mit den regelhaften  
2974 Strukturen von Politik und Verwaltung verzahnt werden, so dass er als  
2975 Grundelement öffentlichen Handelns verankert wird.

2976 Abneigung oder Hass gegen LGBTIAQ\*-Personen zeigen sich in Beleidigungen oder  
2977 körperlicher Gewalt in der Öffentlichkeit. Auch wenn in jüngster Zeit die  
2978 Hassverbrechen erschreckend sichtbar zunehmen, ist das Dunkelfeld dieser Taten  
2979 immer noch groß. Täter\*innen verlassen sich dabei häufig darauf, dass die  
2980 Betroffenen sich fügen, Umstehende wegsehen und keine Anzeige erstattet wird.

#### 2981 **Landesgleichstellungsgesetz überarbeiten**

2982 Wir wollen das **Landesgleichstellungsgesetz** (LGG) überarbeiten und darin **alle**  
2983 **Geschlechtsidentitäten** (anstatt aktuell nur „Mann und Frau“) **berücksichtigen.**

#### 2984 **Religionsgemeinschaften als Orte der Gemeinschaft**

2985 Religionsgemeinschaften und Kulturvereine organisieren gelebte Solidarität und  
2986 Gemeinschaft in großem Umfang. Sie bieten ihren Mitgliedern Halt und Hoffnung in  
2987 Zeiten von Trauer, Schmerz und Wandel. Wir wollen fördern, dass  
2988 Religionsbegegnungen zur Brücke werden und nicht spalten. Wir Grüne stehen für  
2989 eine Gesellschaft ein, in der jede\*r selbstbestimmt glauben kann. Ziele unserer  
2990 Religionspolitik sind die Achtung der individuellen Religions- und  
2991 Weltanschauungsfreiheit, die Gleichstellung der Religionsgemeinschaften sowie  
2992 die Trennung von Kirche und Staat.

#### 2993 **Schutz vor Diskriminierung aufgrund von Religion oder Weltanschauung**

2994 Die Freiheiten des Glaubens und der Religionsausübung sowie die Freiheit, nicht  
2995 zu glauben, sind wichtige Grundsteine unserer vielfältigen Gesellschaft.

2996 Leider wurden unterschiedliche Gemeinden in Bremen und Bremerhaven in den

2997 vergangenen Jahren immer wieder Opfer von Gewalt. Die Sicherheit von  
2998 Gotteshäusern und Gemeindemitgliedern muss konsequent gewährleistet sein. Daher  
2999 bedarf es eines Konzepts, wie Gotteshäuser in Bremen und Bremerhaven wirksamer  
3000 geschützt und Sicherheitsbehörden, Staatsanwaltschaften und Richter\*innen  
3001 stärker sensibilisiert werden können.

3002 Wir möchten die freie Entscheidung für oder gegen eine Religionszugehörigkeit  
3003 stärken. Deshalb schaffen wir die Gebühr für Kirchenaustritte beim Standesamt ab  
3004 und ermöglichen es, den Austritt auch digital durchzuführen.

### 3005 **Sichtbarmachung jüdischer Kultur und jüdischen Glaubens**

3006 Im Menschheitsverbrechen der Shoah wurden Millionen von jüdischen Menschen  
3007 ermordet und vertrieben. Auch heute noch erleben viele von ihnen Diskriminierung  
3008 und Gewalt in Deutschland. Wir sehen es als gesamtgesellschaftliche  
3009 Verantwortung, Antisemitismus effektiv zu bekämpfen und jüdische Kultur und  
3010 jüdischen Glauben aktiv zu fördern und mehr Sichtbarkeit zu ermöglichen. Daher  
3011 werden wir uns weiterhin intensiv am "Forum zur Förderung jüdischen Lebens"  
3012 beteiligen und so die vielfältigen jüdischen Initiativen im Land Bremen  
3013 unterstützen.

### 3014 **Gesellschaft stärken durch interreligiösen Dialog**

3015 Das Land Bremen hat mit Staatsverträgen schon früh für gleiche Bedingungen für  
3016 unterschiedliche Religionsgemeinschaften gesorgt. Aus Grüner Sicht ist es an der  
3017 Zeit, die bestehenden Regelungen und ihre Wirkungen zu evaluieren und, wenn  
3018 notwendig, zu überarbeiten und auszuweiten. Für ein solidarisches Zusammenleben  
3019 ist es besonders wichtig, dass wir den interreligiösen Austausch ermöglichen.  
3020 Die vorhandenen Formate des interreligiösen Dialogs werden wir daher weiter  
3021 fördern.

### 3022 **Trennung von Religion und Staat**

3023 Die in Deutschland historisch gewachsene Verbindung von christlichen Kirchen und  
3024 Staat führt in vielen Bereichen dazu, dass christliche oder nichtreligiöse  
3025 Lebensweisen oft unreflektiert als gesellschaftliche Norm dargestellt und  
3026 wahrgenommen werden. Hier wollen wir den Blick weiten, um Religionsfreiheit  
3027 vielfältig zu ermöglichen. Das gilt für Zugänge zu seelsorgerlichen Angeboten in  
3028 Krankenhäusern, für Wohnformen im Alter, für eine diversere Trägerschaft bei  
3029 Kinderbetreuungseinrichtungen oder für Ausweichtermine für universitäre  
3030 Prüfungen am Schabbat und religiösen Feiertagen. Staatliches Handeln muss sich  
3031 in Zukunft darauf konzentrieren, Teilhabebarrieren aufgrund von

3032 Religionszugehörigkeiten abzubauen und religiöse Vielfalt zu schützen, sodass  
3033 alle verfassungstreuen Kirchen und Religions- sowie  
3034 Weltanschauungsgemeinschaften sich frei entfalten können.

3035 Erheblichen Reformbedarf sehen wir beim sogenannten kirchlichen Arbeitsrecht,  
3036 dessen Regelungen angesichts der zunehmenden religiös-weltanschaulichen Vielfalt  
3037 und einer Vielfalt an Lebensformen an ihre Grenzen stoßen. Notwendig sind  
3038 insbesondere Änderungen hinsichtlich der Geltung grundlegender  
3039 Arbeitnehmer\*innen\*innenrechte (Stichwort: Streikrecht) sowie bei den  
3040 außerdienstlichen Lebensführungspflichten. Daher wollen wir in einen Dialog  
3041 treten mit den karitativen und sozialen Einrichtungen in kirchlicher  
3042 Trägerschaft im Land Bremen sowie den Gewerkschaften. Wir wollen Vereinbarungen  
3043 erreichen, durch die die Betriebe auf die Anwendung des kirchlichen  
3044 Arbeitsrechts verzichten.

#### 3045 **Menschen mit Behinderung – Inklusion mit Leben füllen**

3046 Wir Grüne setzen uns für **guteinklusive Bildung** in allen KiTas und Schulen ein.  
3047 Wir wollen **Studienbedingungen inklusiver gestalten**. Für Menschen mit Seh- oder  
3048 Hörbeeinträchtigungen müssen die nötigen technischen Hilfen, die  
3049 Gebärdensprachdolmetschung und Studienassistenz bereitgestellt werden. Die  
3050 **Berufsausbildung** soll weniger in besonderen Berufsbildungswerken, sondern  
3051 **inklusiv** und dual in Betrieben und Berufsschulen stattfinden. Mit mehr Angeboten  
3052 theoriereduzierter Ausbildungen wollen wir die Zugangshürden zu  
3053 Berufsausbildungen senken, denn wer eine Berufsausbildung hat, hat deutlich  
3054 größere Chancen auf eine sichere Arbeitsstelle.

#### 3055 **Maßnahmen für einen inklusiven Arbeitsmarkt**

3056 Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN-BRK) verpflichtet  
3057 alle Unterzeichnerstaaten auf das Ziel der Inklusion in allen Lebensbereichen.  
3058 Wir Grüne arbeiten im Dialog mit Betroffenen und Verbänden dafür, dass Inklusion  
3059 konsequent umgesetzt wird. Artikel 27 der Behindertenrechtskonvention fordert,  
3060 dass Menschen mit Behinderungen das **gleiche Recht auf Arbeit** wie Nichtbehinderte  
3061 haben und ihren Lebensunterhalt durch Arbeit in einem **inklusiven Arbeitsmarkt**  
3062 verdienen können. Eine Arbeitsstelle und ein auskömmlicher Lohn bedeuten  
3063 **Selbstbestimmung und Teilhabe** in unserer Gesellschaft. Viele Menschen mit  
3064 Behinderungen finden aktuell keine Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt und  
3065 ihnen steht nur die Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) offen.

3066 Die bereits bestehenden Möglichkeiten, in den allgemeinen Arbeitsmarkt wechseln  
3067 zu können, sind in Bremen noch unzureichend ausgebaut. Wir werden den Zugang zum

3068 Budget für Arbeit und Ausbildung deutlich verbessern und die rechtlichen  
3069 Instrumente der Berufsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit besser  
3070 nutzen: Den Übergang von der Werkstatt behinderter Menschen auf den allgemeinen  
3071 Arbeitsmarkt werden wir weiter ausbauen, die berufliche Bildung und Vorbereitung  
3072 auf den allgemeinen Arbeitsmarkt in den WfbM verbessern.

3073 Wir werden in der **Gesundheitsversorgung für Menschen mit Behinderungen** den  
3074 **gleichberechtigten Zugang** sicherstellen. Dazu muss die Assistenz im Krankenhaus  
3075 allen denjenigen gewährt werden, die diese für eine erfolgreiche  
3076 Krankenhausbehandlung benötigen. Mit einer Bundesratsinitiative wollen wir die  
3077 Unterstützung auf alle pflegebedürftigen und intensiv pflegebedürftigen Menschen  
3078 erweitern, die diese benötigen.

#### 3079 **Strukturen ändern, Selbstermächtigung fördern**

3080 Wir bekämpfen alle menschenfeindlichen Ideologien strukturell, institutionell,  
3081 immer und überall. Neben einklagbaren Rechten wollen wir die Selbstermächtigung  
3082 für die Betroffenen von Diskriminierung stärker in den politischen Fokus rücken.  
3083 Mit dem **Landesantidiskriminierungsgesetz** wollen wir uns zu Gleichbehandlung auch  
3084 jenseits von Beschäftigung und Dienstleistungsangeboten verpflichten und  
3085 ermöglichen es Bürger\*innen Schadensersatz einzuklagen.

#### 3086 **Abbau von Diskriminierung mit Beteiligung und wissenschaftlicher Basis**

3087 Für eine wissenschaftsbasierte Antidiskriminierungspolitik wollen wir **den Bremen-**  
3088 **Monitor einführen**. Er soll als Forschungsvorhaben Erfahrungen der Bremer\*innen  
3089 und Bremerhavener\*innen in Bezug auf ihr Zusammenleben in unseren zwei Städten  
3090 untersuchen: Erfahrungen von Diskriminierung und Abwertung, politischer Teilhabe  
3091 und Politikdistanz; Anerkennung und dem Entdecken gemeinsamer  
3092 Handlungsmöglichkeiten. Mit dem Monitor sollen Probleme identifiziert und  
3093 passgenaue Lösungen entwickelt werden.

#### 3094 **Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen**

#### 3095 **Stadtentwicklung für Familien, Kinder und Jugendliche**

3096 Wir wollen Orte, an denen Kinder sicher spielen können, Jugendliche sich  
3097 ausleben können und Gemeinschaft entsteht. Das geht, indem wir den öffentlichen  
3098 Raum so gestalten, dass er für Familien besser nutzbar ist.

#### 3099 **Junge Menschen beteiligen**

3100 Ob in der Stadtentwicklung, wenn es darum geht, Quartiere so zu gestalten, dass  
3101 sie auch für junge Menschen attraktiv sind oder an den Wahlurnen zur  
3102 Bürgerschaftswahl: Wir wollen Jugendlichen eine Stimme geben. Das Wahlalter auf  
3103 14 Jahre abzusenken ist einer von vielen Schritten.

#### 3104 **Kinder vor Gewalt schützen**

3105 Nach wie vor erfahren zu viele Kinder Gewalt. Wir wollen daher die  
3106 Schutzstrategien ausbauen: Mit Präventionsprogrammen, der Stärkung der  
3107 Erziehungskompetenz von Eltern und einer besseren Vernetzung der lokalen  
3108 Akteur\*innen in der Familienpolitik.

#### 3109 **Was wir bereits erfolgreich umgesetzt haben und jetzt weiter ausbauen wollen:**

- 3110 • Kinderrechte haben wir in der Landesverfassung verankert und ihnen so noch  
3111 mehr Gewicht gegeben. Sie sind für uns weiterhin handlungsleitend.
  
- 3112 • Wir haben die Investition für öffentliche Spielplätze in den letzten  
3113 Jahren erhöht und werden weiterhin Spielflächen modernisieren und dabei  
3114 die Wünsche der Kinder berücksichtigen.
  
- 3115 • Die Mittel für die Offene Jugendarbeit wurden deutlich erhöht und  
3116 abgesichert. Auch weiterhin geben wir damit Mittel in die Stadtteile, um  
3117 sie dort verteilen zu können, wo die Menschen die Belange der Kinder und  
3118 Jugendlichen kennen. Wir haben zudem mit den Mitteln für Angebote  
3119 überregionaler Bedeutung und Bewegungsangebote neue Töpfe geschaffen, um  
3120 gezielt Angebote zu fördern.
  
- 3121 • Wir erstellen mit allen Akteuren einen Jugendbericht, der Grundlage für  
3122 die Weiterentwicklung der Jugendarbeit sein soll.
  
- 3123 • Das Jugendamt in Bremen haben wir im Rahmen einer Personalbemessung  
3124 personell gestärkt und setzen diesen Prozess fort.

#### 3125 **Darüber hinaus unsere wichtigsten Projekte:**

- 3126 • Präventionsprogramme gegen Gewalt an Kindern in Vernetzung mit  
3127 Kinderärzt\*innen und Beratungsstellen.
  
- 3128 • Wir kämpfen für eine effektive Kindergrundsicherung auf Bundesebene.

- 3129 • Azubi-Kulturticket und Ausbau kultureller Angebote für junge Menschen.
- 3130 • Ein gut ausgebauter ÖPNV, der (junge) Menschen sicher und auch in der  
3131 Nacht z.B. nach einer Party in die entfernteren Stadtteile nach Hause  
3132 bringt.
- 3133 • Wir wollen das Wahlalter auf 14 Jahre senken.
- 3134 • Jugendbeteiligung in der Stadtentwicklung stärker verankern.
- 3135 • Den öffentlichen Raum besser für Familien, Kinder und Jugendliche nutzbar  
3136 machen.
- 3137 • Institutionelle Förderung für die Stadtteilmärkte.

3138 Familien sind vielfältig: ob mit einem oder zwei Elternteilen, mit und ohne  
3139 Kinder, mit gleichen oder verschiedenen Geschlechtern, mit oder ohne Hochzeit,  
3140 Patchwork, Regenbogen, mit Großeltern. Familien leisten viel für unsere  
3141 Solidargemeinschaft, von der Erziehung über freundschaftliche Bindungen,  
3142 füreinander sorgen hin zu gemeinschaftlichen Feiern und Trauern. Gleichzeitig  
3143 sind Familien häufig stark belastet und die Sorgearbeit ist nicht gleich  
3144 verteilt auf die Familienmitglieder unterschiedlicher Geschlechter. Die  
3145 ungleiche Stellung von Frauen in unserer Gesellschaft beginnt häufig beim  
3146 Wäschewaschen, Bad putzen, Geburtstage erinnern und die kranke Tante bedenken  
3147 und beinhaltet auch Gewalt an Frauen im häuslichen Umfeld. Wir wollen Familien in  
3148 ihrer Vielfalt stärken und entlasten, damit sie für Kinder wie Erwachsene ein  
3149 sicheres Zuhause sein können.

3150 Kinder und Jugendliche brauchen Freiheiten zum Spielen und sich ausprobieren,  
3151 zum Lachen und Weinen, zum Scheitern und Lernen, um sich gesund entwickeln zu  
3152 können. Gleichzeitig ist es unsere gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung,  
3153 sie zu schützen vor psychischer, körperlicher und insbesondere sexualisierter  
3154 Gewalt. Kinder haben zurecht Kinderrechte. Um diese zu wahren und einfordern zu  
3155 können, brauchen sie jedoch Unterstützung und verbündete Erwachsene. Es ist auch  
3156 politische Verantwortung, Rahmenbedingung zu schaffen, in denen Kinder sich  
3157 äußern und beteiligen können, in denen ihnen geglaubt und zugehört wird.

3158 Die Jugend ist eine Zeit des sich Ausprobierens und sich Findens. Junge Menschen  
3159 suchen Zugehörigkeit und Abgrenzung, wollen mitsprechen und gehört werden. Wir  
3160 Grüne wollen Bremen und Bremerhaven als attraktive Städte für junge Menschen in  
3161 ihrer Vielfalt weiterentwickeln und inklusiver machen.

3162 **Mehr Hebammen und Geburtshäuser**

3163 Erste Hürden für (werdende) Familien ergeben sich häufig schon vor der Geburt  
3164 eines Kindes, denn in Bremen gibt es viel zu wenig verfügbare **Hebammen** und  
3165 Plätze in **Geburtshäusern**. Das wollen wir anpacken.

3166 **KiTa-Kinderbetreuung verbessern**

3167 Im Kleinkindalter ist es wichtig, dass Kinder ein sicheres und anregendes Umfeld  
3168 haben. Ihnen das zu bieten, ist für Familien in Armut besonders schwer. Deswegen  
3169 verbessern wir die Möglichkeiten der **Kinderbetreuung** in Kitas und  
3170 Ganztagschulen, sodass **alle Elternteile auch arbeiten und anderen**  
3171 **Beschäftigungen nachgehen können** und somit für ein **sicheres Familieneinkommen**  
3172 sorgen können.

3173 **Modellprojekt Elternvollzeit**

3174 Außerdem wollen wir ein **Modellprojekt Elternvollzeit** in der Verwaltung einführen  
3175 und wissenschaftlich begleiten lassen. Dabei werden angelehnt an das Prinzip der  
3176 Partner\*innenmonate im Rahmen des Elterngeldes Lohneinbußen von Eltern von  
3177 Kindern unter 12 Jahren kompensiert. Bedingung dafür ist, dass beide Elternteile  
3178 im selben Zeitraum ihre Arbeitsstunden reduzieren und maximal 35 aber auch nicht  
3179 weniger als 25 Wochenstunden arbeiten. Für Alleinerziehende soll das  
3180 selbstverständlich auch möglich sein. In der wissenschaftlichen Begleitung soll  
3181 evaluiert werden, was so eine Elternvollzeit für die Lebenszufriedenheit von  
3182 Familien und Geschlechtergerechtigkeit leisten kann. Wir wollen uns über den  
3183 Bundesrat auch für die Elternvollzeit auf Bundesebene einsetzen.

3184 **Präventivprogramm gegen Gewalt an Kindern**

3185 Wir wollen verstärkt Präventionsprogramme gegen Gewalt an Kindern auflegen, die  
3186 aufsuchende Fachberatungsstelle für Kinder und Jugendliche, die Zeugen von  
3187 häuslicher Gewalt werden, bekannter machen und Schnittstellen zum Jugendamt und  
3188 andere Beratungsstellen verbessern. Über gezielte Ansprache wollen wir auch  
3189 möglichst viele Eltern damit erreichen. Damit Familien unabhängig vom KiTa-  
3190 Besuch durch solche Angebote erreicht werden können, suchen wir neue Wege – zum  
3191 Beispiel durch die Beratung in der Kinderarztpraxis, auf die bei den U-  
3192 Untersuchungen hingewiesen werden kann. Allerdings sollte die  
3193 Präventionsberatung nicht auch noch den Kinderärzt\*innen aufgebürdet werden,  
3194 sondern durch zusätzliche Kräfte geleistet werden.

3195 Wenn Kinder psychische oder physische Gewalt erleben, ist diese oft auf

3196 Unwissenheit und Überforderung der Erziehungspersonen zurückzuführen. Wir wollen  
3197 deshalb die **Erziehungskompetenz** von Eltern **stärken** und werden vorhandene  
3198 Programme weiterführen und ausbauen. Die Unterstützung von Eltern in Bezug auf  
3199 verschiedene pädagogische Themen wie Vielfalt, seelische sowie körperliche  
3200 Gesundheit oder Gewaltprävention kann für Kinder den entscheidenden Unterschied  
3201 machen. Deshalb müssen vorhandene Angebote noch besser beworben, mehrsprachige  
3202 Angebote geschaffen und Unterstützung beim Deutschlernen ausgebaut werden.

3203 Wir wollen die **Vernetzung und den aktiven Austausch zwischen lokalen**  
3204 **familienpolitischen Akteur\*innen fördern**. Dazu setzen wir uns für die  
3205 Einrichtung eines jährlichen Netzwerktreffens aller familienpolitischen  
3206 Organisationen im Land Bremen ein.

### 3207 **Allen jungen Menschen Teilhabe ermöglichen**

3208 Junge Menschen sind im Land Bremen zu oft von Armut betroffen. Diese Armut wirkt  
3209 sich erheblich auf die Lebenschancen dieser Jugendlichen aus. Grüne setzen sich  
3210 deshalb auf Bundesebene für die Kindergrundsicherung ein. Der **Kampf gegen Armut**  
3211 der Eltern unterstützt also auch Jugendliche. Außerdem ist es von elementarer  
3212 Bedeutung, dass **alle jungen Menschen einen Schulabschluss erreichen** und eine  
3213 Berufsausbildung oder ein Studium antreten können.

### 3214 **Azubi-Kulturticket**

3215 Über attraktive **kulturelle Angebote** wie Festivals, Konzerte, Raves oder auch die  
3216 Anerkennung von Urban Arts wie Graffiti- und Sticker-Kunst in der Kulturpolitik  
3217 können besonders junge Menschen angesprochen und an Bremen als attraktive Stadt  
3218 zum Leben gebunden werden. Wir setzen uns daher dafür ein, diese Kulturen zu  
3219 ermöglichen und zu unterstützen. Gleichzeitig ist es wichtig, auch staatlich  
3220 geförderte Angebote wie Museen und Theater und Filmkunst für junge Menschen  
3221 programmatisch attraktiv zu gestalten und günstig vorzuhalten. Deswegen wollen  
3222 wir parallel zum Kultur-Semesterticket für Studierende ein **Azubi-Kulturticket**  
3223 einführen und die Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen an geförderten  
3224 Kultureinrichtungen verbessern.

### 3225 **ÖPNV – auch in der Nacht – und auch regional**

3226 Ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr, der auch am Wochenende und nachts  
3227 in hoher Taktung fährt, ermöglicht jungen Menschen **Mobilität und Sicherheit** in  
3228 unseren Städten. Insbesondere sind dabei auch Verbindungen nach Bremen-Nord, ins  
3229 Umland und zwischen Bremen und Bremerhaven zu nennen, die für viele junge  
3230 Menschen entscheiden, ob sie kulturelle Angebote und Partys besuchen können oder

3231 nicht. Für Mädchen, junge Frauen und queere Personen ist dabei besonders  
3232 wichtig, dass sie sich an den Stationen und in den Zügen und Bussen auch nachts  
3233 sicher fühlen können. Das wollen wir durch die entsprechende Gestaltung der  
3234 Haltestellen in Kooperation mit den Verkehrsunternehmen sicherstellen.

#### 3235 **Wahlalter 14**

3236 Wir wollen das Wahlalter bis zur nächsten Bürgerschaftswahl auf 14 Jahre  
3237 absenken und jungen Menschen dadurch mehr Möglichkeiten geben, frühzeitig  
3238 mitentscheiden zu können und ihren Anliegen politisch mehr Gehör zu verschaffen.

#### 3239 **Kinder und Jugendliche in der Stadtplanung berücksichtigen**

3240 In der Stadtplanung und Stadtentwicklung wollen wir Kinder und Jugendliche und  
3241 ihre Interessen stärker berücksichtigen. Häufig sind Aufenthaltsorte von  
3242 Jugendlichen mit Stigmatisierung verbunden oder sie sind von Anwohner\*innen  
3243 unerwünscht. Das Schaffen von attraktiven öffentlichen Aufenthaltsorten wie  
3244 Sportplätzen, Bewegungsangeboten und Freiräumen, draußen wie drinnen, ohne  
3245 Konsumpflicht, aber mit der Möglichkeit, auch mal laut sein zu können, ist  
3246 deshalb von besonderer Bedeutung. Besonders den öffentlichen Raum wollen wir  
3247 besser für sie nutzbar machen.

3248 Kinder brauchen Räume, um sich zu bewegen und sich auszuprobieren, die  
3249 gleichzeitig sicher sind. Zur **kindgerechten Stadtentwicklung** gehören ausreichend  
3250 Spielplätze, aber auch sichere Gehwege und die Verlangsamung und Verlagerung von  
3251 Autoverkehr können wichtige Bestandteile davon sein. Wir wollen daher z.B. **vor**  
3252 **KiTas und Schulen in der Stadt Bremen Spielstraßen** einrichten. Viele Spielplätze  
3253 sind für Kinder nicht erreichbar, da Schulgelände und KiTa-Spielplätze an  
3254 Nachmittagen und Wochenenden geschlossen sind. Wir wollen gemeinsam mit den  
3255 Einrichtungen gute Lösungen finden, wie wir **KiTa-Gelände und Schulhöfe** außerhalb  
3256 der Öffnungszeiten zum Spielen **öffnen** können. Darüber hinaus wollen wir einen  
3257 Jugend-Check bei Gesetzgebungsprozessen einführen. Mögliche Auswirkungen auf  
3258 unterschiedliche Gruppen junger Menschen zwischen 12 bis 27 Jahren sollen so  
3259 dargestellt und ausgewertet werden.

#### 3260 **Gemeinschaftliches Wohnen stärken**

3261 Wir wollen Modellprojekte für gemeinschaftliches Wohnen anstoßen. Mit  
3262 öffentlichen Cafeterias, Kitas und Waschsalons direkt im Quartier wollen wir  
3263 dazu beitragen, dass Sorge- und Erziehungsarbeit zur Gemeinschaftsaufgabe wird  
3264 und Familien dadurch entlastet werden. So füllen wir die sprichwörtliche  
3265 „Erziehung durch das ganze Dorf“ mit Leben. Menschen in den Quartieren sollen in

3266 Mieter\*innenbeiräten über die Gestaltung ihres Quartiers oder ihrer Wohnanlage  
3267 mitbestimmen können. Auch über spezielle Modellquartiere hinaus wollen wir  
3268 solche Aspekte einer **familiengerechten Stadtplanung** berücksichtigen und sichere  
3269 Wege ohne Auto zu Spiel- und Sportplätzen und wichtigen Einrichtungen des  
3270 alltäglichen Lebens ermöglichen.

#### 3271 **Jugendarbeit absichern und ausbauen**

3272 In der Begleitung junger Menschen kommt der **Offenen Jugendarbeit (OJA)**,  
3273 Jugendzentren und -Treffs eine wichtige Rolle zu. Hier verbringen viele junge  
3274 Menschen ihre Freizeit, erleben Gemeinschaft und können neue Erfahrungen machen.  
3275 Wir wollen die **wertvolle Arbeit der Jugendeinrichtungen weiter fördern und die**  
3276 **Qualität sichern und ausbauen**. Dafür legen wir die Ergebnisse des erstmals  
3277 erstellten Jugendberichtes zugrunde. Gerade beim Ausbau der Ganztagschulen, der  
3278 in den kommenden Jahren immer weiter vorangetrieben wird, bietet sich eine  
3279 verstärkte Zusammenarbeit mit der offenen Jugendarbeit an.

3280 Wichtige Player für Kinder und Jugendliche sind auch die **Stadtteulfarmen** in den  
3281 Quartieren. Die bisherige Finanzierung über die OJA-Mittel halten wir jedoch für  
3282 überholt und setzen uns für eine institutionelle Finanzierung ein.

3283 In den Quartieren, in denen die Jugendeinwohnerzahl deutlich gestiegen ist und  
3284 die Sozialindikatoren den Bedarf an zusätzlichen Freizeit- und Sportangeboten  
3285 verdeutlichen, wollen wir Neues ermöglichen. Dazu zählt auch die Oslebshäuser-  
3286 Multisport-Area. Dort sollen Jugendlichen attraktive Sportangebote wie z.B.  
3287 Fitness, Klettern oder Trampolin, die gesunde Bewegung ermöglichen und ihnen  
3288 sonst nicht offenstehen.

3289 Die separate und zusätzliche Finanzierung der stadtteilübergreifenden Angebote  
3290 der Offenen Jugendarbeit, die wir in der letzten Legislatur beschlossen und  
3291 umgesetzt haben, werden wir verstetigen und ausbauen. Dieser zusätzliche Topf  
3292 schafft freie Kapazitäten für andere lokale Angebote.

#### 3293 **Personal für die Kinder- und Jugendhilfe**

3294 Die **Förderung und Sicherung des ehrenamtlichen Engagements** in Vereinen und  
3295 Jugendverbänden sind von enormer Bedeutung. Sie soll angehoben werden, damit  
3296 Angebote weitergeführt und ausgebaut werden können und eine gute Zusammenarbeit  
3297 zwischen haupt- und ehrenamtlich Tätigen ermöglicht wird. In der öffentlichen  
3298 **Kinder- und Jugendhilfe** haben wir die Personalzielzahl deutlich erhöht. Nun  
3299 müssen wir durch berufsbegleitende Maßnahmen die neuen Mitarbeiter\*innen binden,  
3300 damit sie motiviert und auf hohem qualitativen Niveau die offene Jugendarbeit

3301 begleiten. Das Gleiche gilt auch für die Beschäftigten bei den freien Trägern  
3302 der Kinder- und Jugendhilfe. Unterstützende Angebote sollen insbesondere  
3303 Berufseinsteiger\*innen und Quereinsteiger\*innen zugutekommen. Wir wollen zudem  
3304 die Diversität der Beschäftigten erhöhen, um allen Jugendlichen eine positive  
3305 Identifikation und Vorbilder zu ermöglichen.

3306 Wir stehen zu der an Sozialindikatoren orientierten Vergabe von Mittel zur  
3307 offenen Jugendarbeit: Dort, wo sich die Indikatoren und damit die Bedingungen im  
3308 Stadtteil verbessert haben, wollen wir bestehende Träger dennoch erhalten und  
3309 diese dabei unterstützen, neue Angebote zu entwickeln, um andere  
3310 Problemstellungen von jungen Menschen zu adressieren.

### 3311 **Gemeinsam sportlich unterwegs**

### 3312 **Jedes Kind muss schwimmen können**

3313 Dass Kinder früh schwimmen lernen, kann lebensrettend sein. Damit Kinder auch in  
3314 ihrer Freizeit mehr schwimmen, sprechen wir uns für den freien Eintritt von  
3315 Kindern bis zum Grundschulalter in Schwimmbäder aus. Um die Städte Bremen und  
3316 Bremerhaven bei diesem Vorhaben zu unterstützen, prüfen wir hierfür einen  
3317 finanziellen Zuschuss.

3318

### 3319 **Sportvereine unterstützen**

3320 Vereine spielen im Bremer Sport eine herausragende Rolle. Wir unterstützen neue  
3321 Initiativen, Sport zu organisieren, und individuelle Angebote im öffentlichen  
3322 Raum. Bei der Organisation des Breiten- wie des Leistungssports haben die  
3323 Vereine, Fachverbände und der Landessportbund große Kompetenzen, in die sich die  
3324 Politik nicht einmischen muss. Unterstützung brauchen die Vereine und Verbände  
3325 bei der Finanzierung ihrer Arbeit. Die Sanierung oder gar der Neubau von  
3326 Sportstätten kostet viel Geld. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Akteuren  
3327 nach Lösungen suchen, insbesondere um mehr energetisch modernisierte  
3328 Sportanlagen zu haben.

### 3329 **Was wir bereits erfolgreich umgesetzt haben und jetzt weiter ausbauen wollen:**

- 3330 • Wir haben das Horner Bad neugebaut, sanieren als Nächstes das Westbad und  
3331 haben die Sanierung des Vegesacker Bades vorangetrieben. Parallel setzen  
3332 wir uns weiterhin dafür ein, dass die Bremer Bäder GmbH ausreichend Mittel  
3333 erhalten, um die Bäder beständig zu sanieren und weiterzuentwickeln. Wir  
3334 setzen uns für flexiblere Öffnungszeiten ein.

- 3335 • Die finanzielle Unterstützung für ausgebildete Übungsleiter\*innen haben  
3336 wir in den vergangenen Jahren angehoben, dies wollen wir kontinuierlich  
3337 steigern. Die Übernahme der Ausbildungskosten für Übungsleiter\*innen-  
3338 Lizenzen durch die Stadt Bremen werden wir fortführen sowie ggf. ausbauen.  
3339 Außerdem prüfen wir eine Ausweitung auf das Land. Des Weiteren möchten wir  
3340 prüfen, in welche Berufsausbildungen (z.B. pädagogische Berufe) die  
3341 Ausbildung zu Übungsleiter\*innen integriert werden könnte. Auf Bundesebene  
3342 werden wir uns für eine Anhebung des pauschalen Steuerfreibetrags für  
3343 Übungsleiter\*innen einsetzen.
- 3344 • Im *Aktionsplan für die Zukunft des Sports in Bremen* haben wir  
3345 übergeordnete Prinzipien für die Sportförderung benannt, die sich gegen  
3346 jede Form der Diskriminierung stellen. Es ist uns wichtig, davor nicht die  
3347 Augen zu verschließen. Die Bremer Vereine und Verbände haben in den  
3348 letzten Jahren gezeigt, wie wichtig ihnen dieses Thema ist und viele gute  
3349 Initiativen gestartet. Die Gleichstellung aller Geschlechter, viele  
3350 Aktionen gegen Rassismus oder die Sensibilisierung für Formen sexueller  
3351 Gewalt – der Bremer Sport handelt hier sehr verantwortlich, das wollen wir  
3352 weiter fördern.

#### 3353 **Darüber hinaus unsere wichtigsten Projekte:**

- 3354 • Wir unterstützen die Vereine in Bremen in der aktuellen Energiekrise mit  
3355 einem Förderprogramm für nachhaltige Investitionen und  
3356 Energieeinsparmaßnahmen.
- 3357 • Mit einer stadtteilbezogenen Kapazitätsanalyse schaffen wir die  
3358 Planungsgrundlage für die Entwicklung der Bremer Sportstätten.
- 3359 • Wir unterstützen auch weiterhin den Spitzensport in Bremen.

#### 3360 **Vereine bei der Sanierung unterstützen**

3361 Viele Vereine werden durch steigende Energiekosten belastet und die aktuellen  
3362 Energiekostenzuschüsse sind gering. Wir werden sie in dieser schwierigen  
3363 Situation nicht im Stich lassen und stützen sie durch ein **Förderprogramm** für  
3364 nachhaltige Investitionen und Energieeinsparmaßnahmen. Zusätzlich werden wir uns  
3365 dafür einsetzen, dass Programme auf Bundes- und EU-Ebene zur energetischen  
3366 Sanierung auch für Sportvereine und -verbände zugänglich sind bzw., sie davon  
3367 profitieren. Die städtischen Sportanlagen sollen, wo immer möglich, mit  
3368 Photovoltaik ebenso ausgestattet werden wie mit einer Ladeinfrastruktur für  
3369 Elektromobilität.

3370 Die Sanierung oder gar der Neubau von Sportstätten – von der Turnhalle bis zum  
3371 Volleyballfeld – kostet viel Geld. Wir Grünen halten nichts von kurzfristigen  
3372 leeren Versprechen. Darum wollen wir gemeinsam mit dem Landessportbund und den  
3373 Vereinen eine **stadtteilbezogene Kapazitätsanalyse** auf den Weg bringen. Damit  
3374 schaffen wir eine langfristige Planungsgrundlage für die Entwicklung der Bremer  
3375 Sportstätten und werden im Rahmen der Möglichkeiten die notwendigen  
3376 Investitionen zur Verfügung stellen.

#### 3377 **Schule und Sport besser vereinbar machen**

3378 In den KiTas haben Kinder viel Zeit zum Klettern, Rennen und Spielen. Dies  
3379 ändert sich in der Schule. Hier dominiert ein Lernalltag, in dem Bewegung nur zu  
3380 bestimmten Zeiten möglich ist. Zudem bieten viele Schulhöfe dafür nur begrenzten  
3381 Raum. Um es mehr Kindern in der Ganztagsgrundschule zu ermöglichen, in Vereinen  
3382 Sport zu treiben, werden wir **Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen**  
3383 **unterstützen**, um den Übergang nach dem Ende des Unterrichts zu erleichtern. Um  
3384 allen Kindern den Zugang zu Vereinen zu erleichtern, werden wir die Projekte  
3385 *Kids in die Clubs* und *Kids in die Bäder* fortsetzen und ausbauen.

#### 3386 **Mit Schulschwimmen das Schwimmen fördern**

3387 Wichtig ist das **Schulschwimmen** in der Grundschule. Bremerhaven hat zum Schuljahr  
3388 2018/19 das Modell „Schulschwimmen intensiv“ eingeführt und damit sehr gute  
3389 Resultate erzielt. Mit dem Schulschwimmkonzept ist Bremen auf einem guten Weg  
3390 mehr Kindern schwimmen beizubringen. Von Bremerhaven ließ sich hier durch das  
3391 Modell „Schulschwimmen intensiv“ lernen. Damit Kinder auch in ihrer Freizeit  
3392 mehr schwimmen, sprechen wir uns für den freien Eintritt von Kindern bis zum  
3393 Grundschulalter in Schwimmbäder aus. Um die Städte Bremen und Bremerhaven bei  
3394 diesem Vorhaben zu unterstützen, prüfen wir hierfür einen finanziellen Zuschuss.

#### 3395 **Sport und Bewegung im öffentlichen Raum**

3396 Ob in Parks, am Werdersee, auf Bolzplätzen, in Skateparks, Laufstrecken,  
3397 Trainingsparcours oder Schulhöfen – es gibt in Bremen viele öffentliche Orte,  
3398 die sich für Sport und Spiel eignen. Diese Infrastruktur für Bewegung, Training  
3399 und Spaß werden wir pflegen und weiter ausbauen. Diese Plätze sind frei  
3400 zugänglich, stehen allen Sportarten offen und darum ein niedrigschwelliges  
3401 Angebot, das gerade für Kinder und Jugendliche attraktiv ist. Kinder,  
3402 Jugendliche, aber auch Erwachsene dürfen Sport wohnortnah praktizieren, auch  
3403 wenn damit teilweise ein erhöhter Geräuschpegel einhergehen kann. Bei der  
3404 Planung von Flächen berücksichtigen wir auch Trend- und Freestyle-Sportarten.  
3405 Bestehende Parks und Flächen wollen wir mit Beachvolleyballfelder,

3406 Tischtennisplatten, Slackline-Pfeiler, aber auch mit Sitzgruppen attraktiver  
3407 machen.

### 3408 **Bessere Rahmenbedingungen für den Spitzensport in Bremen**

3409 Wir unterstützen die weitere Entwicklung der "Eliteschule des Sports" in der  
3410 Stadt Bremen, verbunden mit den hierfür gegebenen Kriterien wie der Errichtung  
3411 eines Internats. Zudem werden wir das erfolgreiche Trainer\*innen-Lehrkräfte-  
3412 Modell in der Stadt Bremen ausbauen. Für den Bundesstützpunkt der Rhythmischen  
3413 Sportgymnastik und die für die Eliteschule des Fußballs wollen wir die  
3414 Rahmenbedingungen verbessern.

### 3415 **Sport für eine offene Gesellschaft**

3416 Wir unterstützen den organisierten Sport dabei, weitere Präventions- und  
3417 Antidiskriminierungskonzepte zu erstellen. Zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt  
3418 im Sport haben wir die Bremer Sportjugend personell gestärkt. Dies werden wir  
3419 auch zukünftig fortsetzen, ebenso wie die Förderung von Konzepten, die die  
3420 gesellschaftliche Vielfalt fördern. Homophobie, Rassismus oder die  
3421 Stigmatisierung von Menschen mit wenig Geld sind Alltagsphänomene, denen wir  
3422 gerade im Sport wirksam entgegentreten können. Wir fördern konkrete Angebote für  
3423 Menschen mit Behinderungen, die Überwindung von Geschlechterstereotypen oder die  
3424 Auseinandersetzung mit strukturellem Rassismus im Sport. Wir setzen uns zudem  
3425 für ein Förderprogramm ein, das mehr Frauen in die Führungspositionen der  
3426 Vereine und Verbände bringt und sorgen auch zukünftig für die notwendige  
3427 Repräsentanz des Sports im parlamentarischen Raum.

### 3428 **Kunst, Kultur, Feiern**

#### 3429 **Kulturelle Teilhabe für Alle ermöglichen:**

3430 Wir möchten allen Menschen in Bremen und Bremerhaven kulturelle Teilhabe  
3431 ermöglichen. Für uns heißt dieser Anspruch: Alle Menschen – also Menschen  
3432 verschiedener Altersgruppen, Geschlechter, Bildungsgrade oder Lebensstile und  
3433 aus unterschiedlichen Quartieren – sollen sich von Kulturangeboten angesprochen  
3434 fühlen. Ein Schlüssel dafür liegt in der kulturellen Bildung. Durch kulturelle  
3435 Angebote an ungewöhnlichen Orten, z.B. im Park oder im Altenheim, können wir  
3436 auch diejenigen erreichen, die bisher nur wenig Kulturangebote wahrnehmen  
3437 können. Gleichzeitig wollen wir Menschen ermutigen und unterstützen, selbst  
3438 künstlerisch und im Kulturbereich aktiv zu werden.

3439

#### 3440 **Kulturelle Vielfalt möglich machen:**

3441 Kulturelle Institutionen wie Theater, Kommunalkinos, Bibliotheken und

3442 Konzerthäuser spielen eine wichtige Rolle, um Sichtbarkeit zu schaffen und große  
3443 Projekte zu ermöglichen. Wir Grüne berücksichtigen gleichwertig auch Clubs,  
3444 Spielstätten, Musikkneipen, sozio-kulturelle Zentren und experimentelle  
3445 kulturelle Nutzungen in der Stadtentwicklung, helfen ihnen bei der Ansiedlung  
3446 und schützen sie planungsrechtlich vor Verdrängung.

3447  
3448 **Kulturhäuser in allen Stadtteilen:**  
3449 Kultur soll eine Bereicherung im Leben aller Menschen und niedrigschwellig  
3450 erreichbar sein. Deshalb setzen wir uns für **Kulturhäuser in allen Stadtteilen**  
3451 ein. Wenn sich von Schulen nicht nur Sporthallen für Vereine öffnen, sondern  
3452 auch die Aula, Gruppen- und Proberäume, können wir solche Kulturhäuser schaffen.

3453 **Ein Festivalgelände für Bremen:**  
3454 Festivals begeistern Bremer\*innen weit über die junge Zielgruppe hinaus. Wir  
3455 wollen ein **dauerhaftes Festivalgelände** an einem geeigneten Ort **in Bremen**  
3456 umsetzen Ein dauerhaftes Festivalgelände würde die Durchführung von Festivals  
3457 erheblich vereinfachen und Bremens Reputation in der Kultur- und Festivalszene  
3458 überregional stärken.

3459 **Was wir bisher erfolgreich gemacht haben und weiter anpacken wollen:**

- 3460 • Über das Kultursemesterticket wurde für viele junge Menschen der günstige  
3461 Zugang zu Museen und Theatern erheblich verbessert. Wir wollen  
3462 Gleichbehandlung stärken und auch für Auszubildende ein **Azubi-Kulturticket**  
3463 einführen.
- 3464 • Das System der Förderung von Popkultur, Bands und Clubs aus Bremer-Bühnen-  
3465 Budget, Schallschutz-Fond, Pop-Büro und Clubkulturförderung wollen wir  
3466 fortsetzen, entwickeln und ausbauen. Für die Vergabe der  
3467 Clubkulturförderung wollen wir eine Jury einsetzen.
- 3468 • Die **ZwischenZeitZentrale** hat sich seit vielen Jahren um die Belebung von  
3469 Leerständen in der Stadt Bremen verdient gemacht und dadurch vielen  
3470 sozialen, kulturellen oder wirtschaftlichen Projekten ein Dach über dem  
3471 Kopf geboten. Wir wollen sie personell **stärken**, damit sie diese wichtige  
3472 Aufgabe weiterhin gut erfüllen kann. Damit soziale und kulturelle Projekte  
3473 mehr Unterstützung im Prozess der Etablierung erfahren, ergänzen wir die  
3474 Zwischenzeitzentrale um eine **Baurechtsberatung für kleinere Projekte**.
- 3475 • Wir Grüne erkennen die Arbeit an, die viele Akteur\*innen im Kunst- und  
3476 Kulturbereich jeden Tag leisten und damit Bremens und Bremerhavens  
3477 lebendige Kulturlandschaft prägen. Viele von ihnen konnten durch die

3478 **Corona-Pandemie** in den vergangenen Jahren ihre Arbeit jedoch nur  
3479 eingeschränkt, immer wieder auch gar nicht nachgehen. Durch unseren  
3480 Einsatz konnten ihnen mit **Mikroförderungen und Stipendienprogramme** unter  
3481 die Arme gegriffen und so Sicherheiten in einem sehr unsicheren Bereich  
3482 geschaffen werden.

#### 3483 **Darüber hinaus unsere wichtigsten Projekte:**

- 3484 • Open Library möglichst flächendeckend umsetzen und Sonntagsöffnung der  
3485 Bibliotheken ermöglichen.
- 3486 • Kulturelle Teilhabeforschung und Nicht-Besucher\*innenbefragungen einführen  
3487 und Kulturelle Teilhabe als Kriterium für die Förderpolitik etablieren.
- 3488 • Mit einer zentralen Anlaufstelle für alle Fragen der Förderung (One-Stop-  
3489 Agency) den bürokratischen Aufwand der Träger\*innen für ihre Arbeit in der  
3490 kulturellen Bildung reduzieren.
- 3491 • Ein dauerhaftes Festivalgelände für Bremen.
- 3492 • Mit einem Clubkataster Musik-Spielstätten und weitere kulturelle Nutzungen  
3493 vor Verdrängung schützen.
- 3494 • Wir wollen das Thema Erinnerungskultur bei der Landeszentrale für  
3495 politische Bildung stärken.

#### 3496 **Offene Bibliotheken im digitalen Raum und am Sonntag**

3497 Wir setzen uns für **offene Bibliotheken** ein. Um auch die Randzeiten in der Woche  
3498 abzudecken, ist **Open-Library** der richtige Weg: Dadurch werden die Angebote einer  
3499 Bibliothek auch nutzbar, wenn die Bibliothek geschlossen hat. Längere  
3500 Öffnungszeiten kommen z.B. Menschen zugute, die in Schichtarbeit tätig sind.  
3501 Neben anderen Kulturinstitutionen wie Museen und Theatern, Restaurants und  
3502 vielen anderen Orten sollen Bibliotheken endlich auch an Sonntagen öffnen, um  
3503 bspw. Familien einen besseren Zugang zu ermöglichen. Dabei wollen wir eine gute  
3504 rechtliche Regelung für die Angestellten in Bibliotheken schaffen. Für die  
3505 Umsetzung der **Sonntagsöffnung von Bibliotheken** wird mehr Personal benötigt, für  
3506 das wir uns einsetzen. Wir wollen auch Bremen Nord besser abdecken.

#### 3507 **Kultur in allen Stadtteilen**

3508 Wir wollen, dass die Kultur niederschwellig ist. Wir setzen uns daher dafür ein,  
3509 Kulturangebot für die verschiedensten Zielgruppen auch in den jeweiligen  
3510 Quartieren zu verankern. Wir setzen uns für **Kulturhäuser in allen Stadtteilen**  
3511 ein. Wenn sich von Schulen nicht nur Sporthallen für Vereine öffnen, sondern  
3512 auch die Aula, Gruppen- und Proberäume, können wir solche Kulturhäuser schaffen.  
3513 Dafür braucht es gute Kooperationen und die Unterstützung bei der Umsetzung,  
3514 z.B. durch zusätzliche Hausmeister\*innen. So wollen wir ermöglichen, dass noch  
3515 mehr Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen ihren Ort in  
3516 der Kulturlandschaft Bremens finden.

### 3517 **Kultur in der Stadtentwicklung**

3518 Wir Grüne sehen **Kultur als zentrales Feld der Stadtentwicklung**. Wir setzen uns  
3519 daher für kreative Umnutzung sowie die Schaffung und wo möglich die Verstetigung  
3520 von Zwischennutzungen ein. Wir vereinfachen die Nutzung von Parkplätzen und  
3521 Parks für kostenlose Kulturangebote ohne Konsumzwang. Wir stehen weiterhin zum  
3522 Freiluftpartygesetz und setzen uns dafür ein, dass die Möglichkeiten für  
3523 Kollektive, unkommerzielle Partys zu veranstalten, nicht durch immer härtere  
3524 Auflagen untergraben werden. Aufkommende Konflikte lösen wir im ernstesten und  
3525 vertrauensvollen Dialog mit der Szene.

### 3526 **Mit kultureller Teilhabeforschung das Kulturangebot verbessern**

3527 Die Nutzung staatlich geförderter Kultur ist ungleich verteilt und gerade  
3528 Menschen mit geringerer Bildung, kleinerem Einkommen, Lebensstilen, die nicht  
3529 durch die etablierten geförderten Einrichtungen angesprochen werden oder jüngere  
3530 Menschen, finden weniger Angebote vor, die sie interessieren. Wir wollen eine  
3531 **kulturelle Teilhabeforschung** etablieren. Außerdem sollen Nicht-Besucher\*innen  
3532 befragt werden, welche Angebote sie vermissen. Kulturelle Großprojekte und  
3533 Investitionen befürworten wir fokussiert im Bereich der Jugendkultur, Popkultur,  
3534 Subkultur und Clubkultur. Wir wollen so mittelfristig zu einer Förderpolitik  
3535 kommen, für die kulturelle Teilhabe ein wesentliches Kriterium ist.

### 3536 **Eine zentrale Anlaufstelle für Fragen zu Kulturförderung**

3537 **Kulturelle Bildung** ist vielfältig. Wir nehmen die alltäglichen Herausforderungen  
3538 der Träger\*innen ernst und wollen ihnen mehr Zeit für die Kernbereiche ihrer  
3539 Arbeit verschaffen. Mit einem zentralen Fördertopf und einer **zentralen**  
3540 **Anlaufstelle für alle Fragen der Förderung** (One-Stop-Agency) wird der  
3541 bürokratische Aufwand der Träger\*innen für ihre Arbeit in der **kulturellen**  
3542 **Bildung** reduziert. Gleichzeitig hat diese Stelle einen Überblick über die  
3543 Angebote in der Stadt und kann diese Information übersichtlich und digital für

3544 alle Bürger\*innen sowie für Schulen zur Verfügung stellen.

#### 3545 **Mit einem Clubkataster den Verdrängungsschutz stärken**

3546 Wir werden mit einem **Clubkataster** Musik-Spielstätten und weitere kulturelle  
3547 Nutzungen in Planungsprozessen besser sichtbar machen, um sie mit Hilfe dieser  
3548 Informationen vor Verdrängung zu schützen. Wir halten fest am Agent-of-Change-  
3549 Prinzip (Verdrängungsschutz) und machen von der Stadt Bremen, durch die  
3550 Bundesregierung einzuführende Experimentierklausel im Baurecht umfassend  
3551 Gebrauch. Darüber hinaus befürworten wir eine generelle Novellierung der  
3552 Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA-Lärm). Neugründungen von Clubs  
3553 und Musikspielstätten unterstützen wir.

#### 3554 **Ein dauerhaftes Festivalgelände für Bremen**

3555 Festivals begeistern Bremer\*innen weit über die junge Zielgruppe hinaus. Wir  
3556 wollen ein **dauerhaftes Festivalgelände** an einem geeigneten Ort **in Bremen**  
3557 umsetzen und die notwendige Grundfinanzierung für eine Trägerstruktur und dessen  
3558 Unterhaltung als Kulturförderung bereitstellen. Ein dauerhaftes Festivalgelände  
3559 würde die Durchführung von Festivals erheblich vereinfachen und Bremens  
3560 Reputation in der Kultur- und Festivalszene überregional stärken.

3561 Wir wollen den öffentlichen Raum attraktiv und sinnstiftend gestalten. Dazu kann  
3562 **Kunst am Bau** mit mutigen, kreativen oder auch praktischen Werken beitragen. Hier  
3563 prüfen wir Finanzierungsmechanismen und beziehen urban arts ein.

#### 3564 **Kultur für und mit Menschen in Kultur-Berufen**

3565 Wir wollen die Kulturlandschaft im Land Bremen beim Wandel unterstützen. Gerade  
3566 für **kleine Kulturbetriebe** ist es häufig schwer, den Generationenübergang zu  
3567 gestalten und dabei notwendiges Know-how und gewachsene Kontakte weiterzugeben.  
3568 Viel Wissen ist in den Köpfen langjährig Engagierter gesammelt. Dieses Wissen  
3569 macht viele kleine Kulturbetriebe aus und muss weitergegeben werden.

3570 Der freien Kunst- und Kulturszene haben wir eine große Diversität zu verdanken.  
3571 Ihre Bedingungen zur Aufführung und Produktion wollen wir weiterhin verbessern.  
3572 Wir bestärken die Künstler\*innen in ihrem Einsatz für Mindesthonorare und werden  
3573 nach Möglichkeiten für **dauerhafte Förderprogramme** suchen.

#### 3574 **Aktive Erinnerungskultur stärken**

3575 Als Grüne stehen wir seit vielen Jahren in der Stadt Bremen für eine  
3576 Erinnerungspolitik, die den aktiven zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen zur  
3577 Seite steht und beharrlich Verbesserungen für sie erstreitet. Denn im  
3578 gemeinsamen Erinnern können so auch Hindernisse für ein gutes Zusammenleben  
3579 heute entdeckt, aufgearbeitet und überwunden werden. Die Erinnerung an die  
3580 Verbrechen der NS-Zeit und der kolonialen Vergangenheit, ihre Opfer sowie an die  
3581 unterschiedlichsten Widerstandskämpfer\*innen und ihre mutigen Taten müssen in  
3582 unserer Gesellschaft lebendig gehalten werden. Ob in der Auseinandersetzung um  
3583 das „Arisierungs“-Mahnmal oder den Gedenkort für Laye-Alama-Condé haben wir das  
3584 immer wieder gezeigt. Für die vielen aktiven Gruppen und Initiativen der  
3585 Erinnerungskultur gibt es auf der Seite der Verwaltung gegenwärtig leider kein  
3586 wirklich handlungsfähiges Gegenüber. Aufgrund der großen Relevanz des Themas ist  
3587 es erforderlich, eine Zuständigkeit zu schaffen und diese auch mit Personal zu  
3588 hinterlegen.

3589 **Die Landeszentrale für politische Bildung** ist eine der Säulen der demokratischen  
3590 Bildung in unserem Bundesland und bearbeitet neben Themen der allgemeinen  
3591 politischen Bildung auch die wichtigen Themenfelder: Extremismus,  
3592 Verschwörungsideologien und Fehlinformationen. Doch nicht nur die tagesaktuellen  
3593 politischen Themen sollten Beachtung finden, deswegen setzen wir uns auch für  
3594 die Stärkung von erinnerungspolitischen Themen und Strategien bei der  
3595 Landeszentrale ein und wollen diese daher finanziell sowie personell breiter  
3596 aufstellen.

3597 Die wichtige Arbeit der **Gedenkorte** für die Bildung und Vermittlung von  
3598 Erinnerungskultur wollen wir weiterhin **fördern und ausbauen**.

3599 Queere Widerstandskämpfe und die Unterdrückung queerer Menschen an verschiedenen  
3600 Punkten der Geschichte sind vielfältig, aber nur wenigen Menschen bekannt. Wir  
3601 wollen **queere Erinnerungskultur stärken**, unter anderem durch die Thematisierung  
3602 im Geschichtsunterricht in Schulen.

### 3603 **Dokumentationszentrum zur Demokratiefeindlichkeit**

3604 Ausgehend von der Idee eines zentralen Ortes zu Gedenken und Dokumentation zum  
3605 Kolonialismus und kolonialen Kontinuitäten gehen wir einen Schritt weiter: Wir  
3606 wollen es zu einem umfassenden Dokumentationszentrum zu  
3607 Demokratiefeindlichkeit mit einem intersektionalen Ansatz weiterentwickeln und  
3608 Wirklichkeit werden lassen.

3609

### 3610 **Koloniale Spuren im Stadtbild**

3611 Koloniale Spuren im Stadtbild wollen wir nicht unverändert stehen lassen,  
3612 sondern neben der Sichtbarmachung des problematischen Hintergrundes von  
3613 Kunstwerken und Statuen auch Aufarbeitung leisten und die Ablehnung dieser  
3614 Politik aus heutiger Perspektive im öffentlichen Raum mindestens ebenso sichtbar  
3615 klarstellen.

## 3616 **Stadtentwicklung**

### 3617 **Mit mehr (sozialem) Wohnraum Platz für alle in der Stadt schaffen**

3618 Mit einer verbindlichen Sozialwohnungsquote von 30 Prozent bei Neubauten mit  
3619 mehr als 20 Wohneinheiten schaffen wir mehr Sozialwohnungen. Unser Ziel ist, bis  
3620 Ende 2023 die Zahl der Sozialwohnungen in Bremen auf 8000 zu erhöhen.

### 3621 **Mit einer Stadtentwicklungsgesellschaft die Einflussmöglichkeit der Kommune erhöhen**

3623 Mit einer Stadtentwicklungsgesellschaft wollen wir Flächen zur Schaffung  
3624 bezahlbaren Wohnraums und innerstädtischer Gewerbelagen sichern und so der  
3625 Kommune mehr Möglichkeiten geben, die dortige Entwicklung zu steuern. Dazu  
3626 gehört eine aktive Bodenpolitik: Die Stadt sollte ihren Besitz an Flächen und  
3627 Immobilien ausweiten und städtische Grundstücke grundsätzlich nur noch in  
3628 Erbbaurecht vergeben.

### 3629 **Öffentlicher Raum für Menschen**

3630 Mit sauberen und attraktiven Grünflächen, Seen, Skateparks und vielem mehr  
3631 schaffen wir Orte, an denen sich Menschen unabhängig vom Geldbeutel gerne  
3632 aufhalten. Durch mehr Mülleimer und Aufklärung reduzieren wir die Verschmutzung.  
3633 Mit Parkplätzen kann man auch andere Dinge anfangen, als Autos zu parken: Wir  
3634 wollen uns für den Erhalt von den in der Pandemie entstandenen Außengastronomie  
3635 Flächen einsetzen.

### 3636 **Klimagerecht Bauen**

3637 Damit Wohnen in Bremen und Bremerhaven für alle bezahlbar bleibt, brauchen wir  
3638 mehr Wohnungen. Bauen ist energieintensiv und versiegelt Flächen. Darum setzen  
3639 wir neben dem Neubau auch auf intelligente Lösungen der Umnutzung, Sanierung,  
3640 Effizienzsteigerung und Baustoffrecyclings sowie ein Landesprogramm  
3641 „Klimagerechtes Bauen“.

3642 **Was wir schon getan haben und ausbauen wollen**

- 3643 • Einen besonderen Fokus wollen wir auf die Förderung von Baugemeinschaften  
3644 und Wohngenesschaften legen. Gerade weil das aktuelle  
3645 bauwirtschaftliche Umfeld durch massive Preissteigerungen für solche  
3646 Initiativen erhebliche Schwierigkeiten aufwirft, wollen wir ihnen künftig  
3647 noch mehr Unterstützung bieten. 2013 haben wir bei der Baubehörde eine  
3648 Koordinierungsstelle für Baugemeinschaften geschaffen, 2021 haben wir ein  
3649 eigenes Förderprogramm für genossenschaftliches Wohnen aufgelegt und es  
3650 vor kurzem aufgestockt. Bauen in Gemeinschaft werden wir nachdrücklich  
3651 fördern. Interessierte Gruppen wollen wir bei der Standortsuche noch  
3652 stärker unterstützen und die Berücksichtigung von Baugemeinschaften  
3653 künftig stärker mit planungs- und baurechtlichen Instrumenten verankern:  
3654 Eine Steigerung der Baugemeinschaftsquote ist aus unserer Sicht ein  
3655 Beitrag zur Stabilisierung des Wohnungsmarkts.
- 3656 • Wir haben in der laufenden Legislatur die bau- und genehmigungsrechtlichen  
3657 Grundlagen für über 10.000 neue Wohneinheiten im gesamten Stadtgebiet  
3658 geschaffen. Viele dieser Bauvorhaben befinden sich in Vorbereitung und  
3659 teilweise auch schon in der Umsetzung. Um beispielhaft einige zu nennen:  
3660 Die größten Zuwächse werden im Tabakquartier in Woltmershausen mit rund  
3661 2500 Wohnungen geschaffen, auf dem ehemaligen Gelände von Coca-Cola und  
3662 Könecke in Hemelingen entstehen 1300 Wohnungen, dazu kommen mehrere  
3663 Projekte in der Überseestadt und in weiteren Teilen der Stadt Bremen.
- 3664 • Bremer Standard: Wir haben klimafreundliche Standards für den Neubau  
3665 entwickelt. Ab jetzt wird kein Haus mehr gebaut ohne die aktuell höchsten  
3666 energetischen Standards, erneuerbare Energien und  
3667 Klimaanpassungsmaßnahmen. Wir wollen den Standard noch weiterentwickeln,  
3668 sodass weniger energieintensiver Beton und Stahl eingesetzt wird.

3669 **Darüber hinaus unsere wichtigsten Projekte:**

- 3670 • Wir wollen eine aktive Bodenpolitik, die es dem Land ermöglicht, an  
3671 strategisch bedeutsamen Orten durch Vorkaufsrechte oder Ankauf von  
3672 Grundstücken die Stadt im Sinne des Gemeinwohls zu formen.
- 3673 • Ein integriertes Entwicklungskonzept für Bremen-Nord entwickeln und  
3674 umsetzen.
- 3675 • Mit dem Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030 schaffen wir neuen Wohnraum und  
3676 senken das Mietniveau.

- 3677 • Wir wollen mehr Begegnungsräume in den Quartieren schaffen durch  
3678 Sitzgelegenheiten, Barrierefreiheit, Aufenthaltsqualität, moderne  
3679 öffentliche Toiletten und mehr Trinkwasserspender.
- 3680 • Wir legen ein Förderprogramm auf, das es vereinfacht, große Wohnungen zu  
3681 teilen oder Einfamilienhäuser zu Mehrparteien-Häusern umzubauen. So  
3682 schaffen wir neue Wohnungen im Bestand.
- 3683 • Die Überseestadt binden wir mit einer neuen Straßenbahntrasse besser an.

3684 Wir Grüne verfolgen unsere Zielsetzungen in der Stadtentwicklung für alle  
3685 Quartiere gleichermaßen. Zu diesen Zielen gehören eine gute verkehrliche  
3686 Erreichbarkeit, sozial durchmischte Nachbarschaften durch mehr bezahlbaren  
3687 Wohnraum, ausreichend Grünflächen in hoher Qualität, angemessene  
3688 Versorgungsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf, eine **grundlegende Sauberkeit**  
3689 **und Sicherheit des öffentlichen Raums** sowie klimaangepasste und nachhaltige  
3690 Bauformen. Alle Bremer\*innen haben einen Anspruch auf die kontinuierliche Pflege  
3691 und gezielte Aufwertung ihres städtischen Umfelds – wir setzen uns dafür ein,  
3692 dass auch vor Ihrer Haustür die Einlösung dieses Anspruchs konkret erfahrbar  
3693 wird.

#### 3694 **Leitlinien Grüner Stadtentwicklungspolitik**

3695 Wir bekennen uns zum Prinzip der **funktionalen Mischung**, das Wohnen und Arbeit,  
3696 Kultur und Freizeit miteinander verbindet und Verkehre in der Stadt reduziert.  
3697 Für brachgefallene Flächen setzen wir auf eine **ausgewogene Konversion**, die einen  
3698 Anteil gewerblicher Flächen vor der Verdrängung durch Wohnprojekte schützt,  
3699 damit wir Arbeitsplätze in den Quartieren halten. Wir folgen der Idee der  
3700 **doppelten Innenentwicklung**: Wir vermeiden die Neuversiegelung von Flächen im  
3701 Außenbereich und achten bei der Verdichtung im Inneren darauf, dass die  
3702 baulichen Lösungen den heutigen Anforderungen gerecht werden. Wir prüfen  
3703 konsequent Optionen zur Überbauung von Parkplätzen, Aufstockung von Häusern und  
3704 Schließung von Baulücken. Generell gilt für uns das Motto „**Umbau vor Neubau**“.  
3705 Dort, wo Neubauprojekte geplant werden, haben wir mit dem **Bremer Standard** einen  
3706 zukunftsweisenden Kriterienkatalog definiert, der u.a. einen sparsamen Umgang  
3707 mit Flächen, Mobilitätsmanagement, Begrünung, CO<sub>2</sub>-reduzierte Bauweise, Wärme aus  
3708 erneuerbaren Quellen und hohe energetische Niveaus beinhaltet. All diese  
3709 Leitgedanken verdichten an **neuen Orten der Produktiven Stadt**.  
3710 Quartiersübergreifend stellen wir die Zielsetzung in den Mittelpunkt, eine **Stadt**  
3711 **der kurzen Wege** zu schaffen.

#### 3712 **Mit aktiver Bodenpolitik Einfluss auf Stadtentwicklung nehmen**

3713 Wir sind der Überzeugung, dass die öffentliche Hand eine **aktive Bodenpolitik**  
3714 betreiben muss. Die Stadt sollte ihren Besitz an Flächen und Immobilien  
3715 ausweiten, denn wer ein Grundstück besitzt, hat letztlich die Gestaltungshoheit  
3716 darüber. Damit die Stadt als Eigentümerin auf dem Grundstücks- und  
3717 Immobilienmarkt auftreten kann, wollen wir städtische Grundstücke grundsätzlich  
3718 nur noch in **Erbbaurecht** vergeben. Um diesem Ziel näher zu kommen, haben wir uns  
3719 in der letzten Legislatur auf eine Anpassung des Erbbauzinses verständigt. Damit  
3720 wird der Boden spekulativen Wirtschaftsmechanismen entzogen, die Spirale weiter  
3721 steigender Grundstückspreise wird durchbrochen.

3722 Als Grüne unterstützen wir den Vorschlag, eine **Stadtentwicklungsgesellschaft** zu  
3723 gründen und prüfen, ihr einen großen Teil der Grundstücke aus den Sondervermögen  
3724 der Ressorts Bau, Wirtschaft und Finanzen sukzessive zu übertragen. Sie soll als  
3725 ein Instrument der strategischen Stadtentwicklung wirken und insbesondere zur  
3726 sozialen Stabilisierung unserer Stadt beitragen, indem Flächen zur Schaffung  
3727 bezahlbaren Wohnraums und innerstädtischer Gewerbeflächen gesichert werden.

#### 3728 **Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum**

3729 Eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre ist es, den Menschen attraktiven,  
3730 bezahlbaren und passenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Im  
3731 **Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030 (STEP Wohnen 2030)** haben wir die maßgeblichen  
3732 Handlungsfelder bestimmt, um für Entspannung auf dem Bremer Wohnungsmarkt zu  
3733 sorgen.

3734 Um dabei alle Einkommensschichten zu erreichen, setzen wir auf eine **verbindliche**  
3735 **Sozialwohnungsquote von 30 Prozent** bei Neubauten mit mehr als 20 Wohneinheiten.  
3736 Wir wollen bis Ende 2023 die Zahl der Sozialwohnungen auf 8000 erhöhen und nach  
3737 einer Evaluation der Entwicklungsprozesse und absehbaren Bedarfe eine feste  
3738 Zielzahl für das Jahr 2030 ableiten. In sozial gefördertem Wohnraum sehen wir  
3739 einen essentiellen Beitrag zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts. Zudem ist  
3740 es notwendig, das Angebot auf dem Wohnungsmarkt generell auszuweiten.

#### 3741 **Mit Förderprogrammen und Beratung Umzug in kleineren Wohnraum erleichtern**

3742 Im Sinne der bremischen Klimaschutzziele müssen wir gleichzeitig der  
3743 langjährigen **Tendenz zu immer mehr Wohnfläche pro Person etwas entgegensetzen**  
3744 und vorhandenen Wohnraum effizienter nutzen. Ein Förderprogramm für Umbauten und  
3745 Umzügen, die Einrichtung einer Wohnungstauschbörse und gesetzliche Unterstützung  
3746 von Wohnungstausch sowie flexiblere Wohnformen und Grundrisse halten wir für  
3747 geeignete Instrumente. Bremen wird sich auch auf Bundesebene dafür einsetzen,  
3748 entsprechende Beratungen und Fördertöpfe zu entwickeln und auszubauen. Die

3749 Förderung sollte dabei über eine bloß finanzielle Unterstützung hinausgehen und  
3750 eng mit der Beratung verknüpft werden. Das bestehende Förderprogramm der KfW für  
3751 Umbauten zur Teilung von Wohnungen sollte in Bremen bekannter gemacht werden.

## 3752 **Anlauf für eine bessere Zukunft: Bremen-Nord vor Entwicklungssprung**

3753 Jeder Stadtbezirk hat seine eigene Geschichte mit besonderen Wegmarken. In  
3754 manchen Fällen gab es regelrechte Zäsuren, wie etwa in Bremen-Nord mit dem  
3755 Niedergang der Werften. In den letzten Jahren sind jedoch die Anfänge eines  
3756 neuen Entwicklungszyklus deutlich erkennbar geworden:

3757 In **Blumenthal** sind wir einen wichtigen Schritt zur **Wiederbelebung des**  
3758 **Stadtteilzentrums** gegangen, indem wir es baurechtlich zum Sanierungsgebiet  
3759 erklärt haben. Dies erleichtert es in enger Abstimmung mit den Menschen vor Ort  
3760 neue Ideen für Wohnen, Gewerbe und Verkehr zu realisieren. Mit den öffentlichen  
3761 Mitteln wollen wir private Investitionen mobilisieren und die Eigentümer\*innen  
3762 für eine Aufwertung ihrer Immobilien gewinnen. Die Umgestaltung des Areals ist  
3763 als langfristiges Projekt angelegt, weshalb wir ein **integriertes**  
3764 **Entwicklungskonzept** aufgestellt haben, das diesem Prozess klare Orientierung und  
3765 Zielsetzungen verschafft. In diesen Kontext gehören auch Fragen nach der  
3766 städtebaulichen Ausgestaltung des künftigen **Berufsschulcampus** und seiner  
3767 Einbindung in das regionale Verkehrsnetz.

3768 **Vegesack** ist ein traditionsreicher Stadtteil. Rund um das 400-jährige Jubiläum  
3769 des Vegesacker Hafens hat die Stadt gemeinsam mit privaten Investoren eine Reihe  
3770 von Entwicklungen angeschoben: Mit dem **Speicherquartier** wird auf dem früheren  
3771 Gelände des Haven Hööv't das Prinzip der funktionalen Mischung Wirklichkeit neben  
3772 neuen Wohnungen finden hier von Kita bis Polizei auch andere Nutzungen ihren  
3773 Platz. Nebenan soll in den kommenden Jahren das **Strandlust-Quartier** entwickelt  
3774 werden. Darüber hinaus wird der **Sedanplatz** umgestaltet: Die alte Markthalle und  
3775 das Finanzamt werden abgerissen und dafür Wohn- und Geschäftshäuser gebaut. Eine  
3776 Nutzungsvielfalt aus Wohnungen, Praxen, Büros, Gastronomie und Gewerbe soll den  
3777 Bedürfnissen der Vegesacker\*innen in zentraler Lage gerecht werden.

3778 In **Grohn** entsteht mit dem neuen **Steingutquartier** ein neuer Ort der produktiven  
3779 Stadt. Auf dem neu zu gestaltenden Gelände eines Industriebetriebs sollen bis zu  
3780 1000 Menschen leben und arbeiten. Die Verbindung von Wohnen und Gewerbe soll mit  
3781 einer gezielten ökologischen Aufwertung des Areals einhergehen. In der Planung  
3782 werden ein für den Standort angemessenes Mobilitätskonzept, ein innovatives  
3783 Energiekonzept sowie Konzepte für eine Reduzierung der Flächenversiegelung  
3784 erarbeitet.

3785 **Zur Ausgestaltung der Überseestadt: Mehr Qualität für das alltägliche Leben**

3786 Die Bremer **Überseestadt** ist ein Stadtumbauprojekt, wie es in Europa kaum ein  
3787 zweites gibt: Das großflächige Areal hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten zu  
3788 einem bundesweit und international beachteten Beispiel für die ökonomische  
3789 Regeneration von ehemaligen Industrie- und Hafenflächen entwickelt. Die  
3790 Baudynamik in der Überseestadt ist weiterhin hoch.

3791 Bei allen Erfolgen war der Alltag für die Bewohner\*innen bisher auch von  
3792 spezifischen Defiziten geprägt, die erst in jüngster Zeit gelöst werden konnten.  
3793 Und noch immer ist viel zu tun: Die Planungen für eine **neue Straßenbahntrasse**  
3794 wollen wir zielstrebig zu Ende bringen und zügig in die Umsetzung gehen. Die  
3795 Mitte der Überseestadt am Franz-Pieper-Karree wollen wir umgestalten und die  
3796 trennende Wirkung des Großmarkts weiter aufbrechen: Dazu wollen wir den gesamten  
3797 **östlichen Rand des Großmarktgeländes** planungsrechtlich und baulich anpassen, um  
3798 einen lebendigen Begegnungsraum zu schaffen. Dafür wollen wir ein  
3799 Entwicklungskonzept zur Zukunft des Großmarkts erarbeiten.

3800 **Gewerbe weg und nun?**

3801 An vielen Orten in Bremen werden und wurden aus alten Industriestandorten Orte  
3802 zum Leben. Ziel ist es, aus Industriebrachen nachhaltige urbane Stadtquartiere  
3803 zu entwickeln, die sich zum Beispiel durch eine Mischung aus Gewerbe, Wohnraum,  
3804 Gastronomie und Co-Working auszeichnen.

3805 Bei allen Entwicklungsprojekten legen wir großen Wert darauf, dass in den  
3806 Quartieren eine gute Abstimmung zwischen Anwohner\*innen, Investor\*innen,  
3807 Beiräten und der Baubehörde erfolgt. Durch verschiedene Beteiligungsformate und  
3808 gemeinsam verabredete Verfahrensschritte versuchen wir alle Beteiligten mit  
3809 ihren Anliegen und Ansprüchen mitzunehmen. Wo uns das nicht auf Anhieb gelingt,  
3810 wollen wir mit den Betroffenen stets das direkte Gespräch suchen, um Konflikte  
3811 im Einvernehmen auszuräumen.

3812 **Leider zugeparkt: Potenziale des Straßenraums**

3813 Die Auseinandersetzung über Verkehr – insbesondere parkende Autos – ist Teil  
3814 einer umfassenderen Debatte über die Notwendigkeit der Verkehrswende und der  
3815 Mittel ihrer Umsetzung, wie z.B. der Parkraumbewirtschaftung. Aus Sicht der  
3816 Stadtentwicklung geht es vor allem um die Frage, wer unsere Straßen wie nutzt.  
3817 Gemeinsam mit den Anwohner\*innen und Beiräten muss die konkrete Lage im  
3818 jeweiligen Quartier betrachtet werden: Dass beispielsweise auf den zentralen  
3819 Straßen des Viertels – **Ostertorsteinweg, Vor dem Steintor, Sielwall und Am**

3820 **Dobben** – noch Autos parken dürfen, ist der Bedeutung dieser Straßen für dieses  
3821 lebendige Quartier, seine Einkaufsmeile und gastronomische Landschaft  
3822 unangemessen. Das soll sich aus unserer Sicht endlich ändern, damit Platz fürs  
3823 Flanieren, für sicheres Radfahren, für Außengastronomie und vielleicht sogar den  
3824 einen oder anderen Baum entsteht.

3825 In vielen Quartieren haben die Menschen in den letzten Jahren begonnen, sich **den**  
3826 **Straßenraum zurückzuerobern**: Während der Pandemie entstanden in vielen Straßen  
3827 lebendige Orte auf Parkplätzen, sei es vor Kneipen, vor Restaurants oder vor  
3828 Kultureinrichtungen. Diese Veränderungen zu mehr Lebensqualität wollen wir auch  
3829 über die Pandemie hinaus bewahren! Für alle Flächen, an denen neue Orte  
3830 geschaffen wurden, soll die Verstetigung ermöglicht werden. Wir wollen, dass  
3831 Interessierte auch in Zukunft Anträge für dauerhafte Außengastronomie auf  
3832 Parkflächen stellen können und diese wo immer möglich genehmigt bekommen.

### 3833 **Gepflegte öffentliche Räume für Begegnung und gesellschaftlichen Austausch**

3834 Die Pandemie hat aufgezeigt, wie wenig Spielräume im wörtlichen Sinn vielen  
3835 Bürger\*innen in den eigenen vier Wänden zur Verfügung stehen. Bremen bietet mit  
3836 seinen ausgedehnten Kleingartengebieten grundsätzlich ein großzügiges Angebot  
3837 für viele Bürger\*innen – diese Gebiete verteidigen wir auch weiterhin gegen  
3838 etwaige Umnutzungen. Doch für viele Menschen ist die Qualität und Nutzbarkeit  
3839 öffentlicher Räume entscheidend für die Lebensqualität. Kinder, die keinen  
3840 eigenen Raum haben, brauchen öffentliche Räume und Grünflächen, in denen Spiel  
3841 und Bewegung in unbeschwerter Weise möglich sind. Wir werden **mehr**  
3842 **Begegnungsflächen in den Quartieren** schaffen, die attraktiv sind, um Menschen  
3843 zusammenzubringen – Spielplätze, Grünoasen, Flächen für Urban Gardening, frei  
3844 zugängliche Sportflächen, Skateparks oder Fitnessanlagen sind einige Beispiele  
3845 hierfür. Mit dem **Rennbahnpark** entsteht zwischen Vahr und Hemelingen eine neue,  
3846 vielfältig nutzbare Sport-, Freizeit- und Naherholungsanlage mit hohem  
3847 ökologischen Nutzen. Wir wollen sicherstellen, dass Orte wie diese stets frei  
3848 zugänglich sind und keinem Konsumzwang unterliegen. Für diese Ertüchtigungen des  
3849 öffentlichen Raumes für die gemeinschaftliche Nutzung werden wir mehr Mittel zur  
3850 Verfügung stellen.

3851 Damit möglichst alle Menschen ihren Alltag unbeschwerter gestalten können,  
3852 müssen wir zudem **bei der Berücksichtigung grundlegender Bedürfnisse ansetzen**,  
3853 etwa durch mehr seniorengerechte **Sitzgelegenheiten**, der Gewährleistung von  
3854 **Barrierefreiheit** sowie der Unterhaltung moderner öffentlicher **Toiletten**. Wir  
3855 wollen zudem noch **mehr Trinkwasserspender** aufbauen, denn so tragen wir zur  
3856 Verwirklichung des Menschenrechts auf Zugang zu sauberem Trinkwasser bei und  
3857 fördern die Widerstandsfähigkeit gegenüber künftigen Hitzewellen.

3858 **Dem Müll den Kampf ansagen:**

3859 Die Sauberkeit von Straßen und Plätzen bestimmt maßgeblich, wie wohl man sich  
3860 dort fühlt. Gegen die in den letzten Jahren zunehmende Vermüllung braucht es in  
3861 allen Stadtteilen eine **höhere Zahl von öffentlichen Mülleimern mit Mülltrennung**,  
3862 die auch regelmäßig entleert werden, barrierefrei zugänglich und vor Wildtieren  
3863 geschützt sind. Dabei lassen wir die Bürger\*innen digital mitentscheiden, wo es  
3864 konkrete Bedarfe an öffentlichen Mülleimern gibt und beziehen das Wissen der  
3865 Beiräte ein. Zudem starten wir eine mehrsprachige **Aufklärungskampagne**, wie die  
3866 unterschiedlichen Müllarten in Bremen zu entsorgen sind.

3867 **Illegale Müllkippen sollen aus dem Stadtbild verschwinden.** Daher haben wir eine  
3868 einheitliche Verantwortlichkeit und einen gut zu erreichenden Kontaktpunkt für  
3869 die Bürger\*innen bei der Bremer Stadtreinigung geschaffen, die für die  
3870 Entfernung und Ahndung solcher Müllkippen zuständig ist. Die personellen  
3871 Kapazitäten für deren Beseitigung wollen wir erhöhen. Dies wollen wir zum Teil  
3872 über eine Erhöhung der Bußgelder gegenfinanzieren. Wir stehen für eine  
3873 konsequente Sanktionierung der Verursacher\*innen durch den Ordnungsdienst. Die  
3874 **Mängelmelder-App** machen wir bekannter. Mit dieser kann die Vermüllung des  
3875 öffentlichen Raums gemeldet werden.

3876 **Werbung im öffentlichen Raum regulieren**

3877 Zu unserem Stadtbild gehört aktuell auch Werbung: Im öffentlichen Raum können  
3878 wir sie nicht ignorieren oder wegklicken, sondern werden permanent mit Angeboten  
3879 und Ankündigungen adressiert. Die immer häufiger eingesetzten Videowerbetafeln  
3880 verstärken diesen Effekt. Dabei können bislang vor allem finanzstarke  
3881 Akteur\*innen auf sich aufmerksam machen. Als Grüne wollen wir in Bremen den  
3882 **Einsatz von Werbemitteln im öffentlichen Raum mit einem Werberegulierungsgesetz**  
3883 einschränken. Eine solche gesetzliche Regelung muss zum Ziel haben, die  
3884 Sichtbarkeit des lokalen Einzelhandels und lokaler Veranstalter\*innen zu erhöhen  
3885 und die allgemeine Reizüberflutung sowie Lichtverschmutzung durch Werbung zu  
3886 reduzieren.

3887 **Innenstadt für alle(s)**

3888 **Wissenschaft in die Innenstadt**

3889 Wir sind von den Vorteilen eines Teilumzuges der Universität in die Innenstadt  
3890 überzeugt. Dabei sollen alle Hochschulen und deren Bedarfe berücksichtigt und  
3891 verschiedene Immobilien geprüft werden.

3892 **Neue Impulse für die Innenstadt**

3893 Mit Kunst- und Kultur, mit Aufenthaltsorten für Jung und Alt, mit mehr Raum für  
3894 Menschen statt für Autos können neue Entwicklungen in der Innenstadt angestoßen  
3895 werden. Statt mit unbezahlbaren Straßenbahnverlegungen beschäftigen wir uns  
3896 lieber gleich damit, wie wir den vorhandenen Raum so attraktiv nutzen können.

3897 **Mit Entwicklungsperspektiven statt Konflikten das Bahnhofsumfeld aufwerten**

3898 Unser Ziel ist ein Bahnhofsumfeld, in dem sich alle aufhalten können und wollen.  
3899 Verdrängung und Repression allein reichen nicht. Durch eine Vielzahl von  
3900 Angeboten wollen wir die Situation entschärfen und räumlich verteilen. Die  
3901 Polizei wollen wir in ihrer Aufgabe unterstützen, einen sicheren Ort für alle  
3902 Menschen zu schaffen.

3903 **Was wir bereits getan haben und nun ausbauen wollen:**

- 3904 • In einem Beteiligungsverfahren mit den Bürger\*innen, Eigentümer\*innen,  
3905 Kulturschaffenden, Gewerbetreibenden, Anrainer\*innen, Interessenverbänden  
3906 und Initiativen haben wir die „**Strategie Centrum Bremen 2030+**“ erarbeitet.  
3907 Zusammen mit dem Projektbüro Innenstadt ist Bremen gut aufgestellt, um die  
3908 Neuausrichtung seines Zentrums aktiv mitzugestalten.
- 3909 • Mit den Konzept- und Pop-up-Stores gibt es bereits ein Programm zur  
3910 Erprobung neuer wirtschaftlicher, zumeist konsumorientierter Nutzungen. Da  
3911 diese Nutzungsform die Innenstadt bereits prägt, sollte ergänzend ein  
3912 **Förderprogramm „Stadtlabore“** aufgelegt werden, um neue Nutzungen in der  
3913 Innenstadt zu erproben und ggf. fest zu etablieren – seien es Spielhäuser  
3914 für Kinder, Kulturzentren, Literatursalons oder Musikclubs; sei es in leer  
3915 stehenden Ladenflächen, in Innenhöfen oder auf Dachterrassen.

3916 **Darüber hinaus unsere wichtigsten Projekte:**

- 3917 • Die Bremer Innenstadt bis 2030 autofrei machen. Weiterhin zugelassen sind  
3918 dann Ver- und Entsorgungsfahrzeuge, Notdienste und Handwerk sowie  
3919 mobilitätseingeschränkte Personen und Anlieger mit entsprechenden  
3920 Ausnahmegenehmigungen.
- 3921 • Den ÖPNV stärken und die Erreichbarkeit der Innenstadt für alle Menschen  
3922 durch einen barrierefreien Umbau der Haltestelle Domsheide gewährleisten.
- 3923 • Das Mietniveau in der Innenstadt muss sinken, wir suchen dazu den Dialog

3924 mit Eigentümer\*innen und wollen mit Mitteln aus der Städtebauförderung des  
3925 Bundes und dem besonderen Städtebaurecht helfen, ihre Bestandsimmobilien  
3926 an neue Erfordernisse anzupassen.

3927 • Einen Teilumzug der Uni in die Innenstadt wollen wir mit einem  
3928 eigenständigen Entwicklungskonzept für den aktuellen Standort der  
3929 Universität unterstützen, um die dort potentiell frei werdenden Flächen  
3930 bestmöglich zu nutzen.

3931 • Mit einer Online-Börse für Plätze und Flächen sowie einer  
3932 Möglichkeitenmesse Innenstadt erleichtern wir es (neue) Orte für die  
3933 kulturelle Nutzung zu erschließen.

3934 • Mit mehr Streetworker\*innen, einem dauerhaften und am Bedarf  
3935 ausgerichteten Drogenkonsumraum und dezentralen Substitutionsorten  
3936 verbessern wir die Lage und Beratung für Drogenabhängige. So reduzieren  
3937 wir auch Konflikte rund um den Hauptbahnhof.

#### 3938 **Plädoyer für eine immobilienwirtschaftliche „Ermöglichungskultur“**

3939 Die Stadt besitzt in der City nur eine überschaubare Zahl an Flächen – der  
3940 Immobilienmarkt wird maßgeblich von den privatwirtschaftlichen Akteur\*innen  
3941 geprägt. Neue Nutzungen für alte Gebäude und der Übergang von großen  
3942 Handelsflächen zu kleinen Ladeneinheiten setzen einen anspruchsvollen  
3943 Umbauprozess voraus. Es ist entscheidend, dass sich die Eigentümer\*innen  
3944 entschlossen der ambitionierten **Konversion von großflächigen Einzelhandels- und**  
3945 **Büroimmobilien** zu verwenden.

3946 Der Einzelhandel befindet sich durch den Online-Handel unter massivem Druck.  
3947 Daraus leitet sich ein zentrales Erfordernis ab, um die Wiederbelebung der City  
3948 zu ermöglichen: Nur wenn die Eigentümer\*innen bereit sind, **das Mietniveau der**  
3949 **neuen Situation anzupassen**, kann aus der Krise heraus eine neue  
3950 Entwicklungsdynamik entfaltet werden. Das einer neuen Generation von kreativen  
3951 Unternehmer\*innen mit einem nach unten angepassten Mietniveau zu ermöglichen, in  
3952 der City Fuß zu fassen und diese dauerhaft zu prägen, wäre ein bedeutender  
3953 Beitrag für die Zukunft der Innenstadt!

3954 Natürlich muss auch die Stadt eine zentrale Rolle in dieser Ermöglichungskultur  
3955 einnehmen. Wir wollen die Innenstadtentwicklung mit **Mitteln aus der**  
3956 **Städtebauförderung des Bundes und dem besonderen Städtebaurecht** begleiten. Das  
3957 Bau- und Planungsrecht muss konsequent nach den Spielräumen für die Umgestaltung  
3958 der Innenstadt abgesehen werden, insbesondere zum Zweck der Stärkung des

3959 Wohnens.

3960 **Wissenschaft in der Innenstadt: Kein normales Projekt, sondern eine**  
3961 **Weichenstellung**

3962 Der Entwicklungsansatz „Wissenschaft in der Innenstadt“ ist aus unserer Sicht  
3963 eine historische Chance – sowohl für unsere Hochschulen als auch für die  
3964 Innenstadt selbst. Der Standort des ehemaligen Sparkassengeländes am Brill wurde  
3965 für einen Teilumzug der Universität vertieft geprüft. Jedoch war eine Engführung  
3966 auf diesen einen Standort nicht zielführend. Es gilt, den Blick zu weiten: Eine  
3967 Standortplanung für wissenschaftliche Einrichtungen in der Innenstadt sollte  
3968 **alle Hochschulen berücksichtigen, deren Bedarfe systematisch ermitteln und die**  
3969 **Prüfung mehrerer Immobilien** umfassen.

3970 Wir werben für einen **Teilumzug der Universität in die Innenstadt** aus der  
3971 Überzeugung, dass darin eine riesige Chance für die Universität selbst besteht:  
3972 Kooperationen und Austausch verschiedener Hochschulen, zivilgesellschaftlicher  
3973 Akteure und Kultureinrichtungen zueinander wären aufgrund der Nähe zueinander  
3974 einfacher. Wissenschaftliche Tätigkeiten sind auf eine soziale Infrastruktur  
3975 angewiesen. Es braucht bezahlbare Wohnangebote, Rückzugsräume ohne Konsumzwang  
3976 für die Zeit zwischen den Lehrveranstaltungen sowie eine attraktive Gastronomie-  
3977 und Kulturlandschaft für junge Menschen, gerade in den Abendstunden.

3978 Mit Blick auf die Flächen, die durch einen Teilumzug in die Innenstadt  
3979 freiwerden würden, wollen wir daher ein **eigenständiges Entwicklungskonzept für**  
3980 **den aktuellen Standort** der Universität erarbeiten: Die natur- und  
3981 ingenieurwissenschaftlichen Fächer bilden eine hochproduktive Einheit mit dem  
3982 privaten Umfeld des Technologieparks – wie etwa am Beispiel des neuen Digital  
3983 Hub Industry deutlich wird. Der gesamte Prozess verlangt zwingend die  
3984 gleichberechtigte und kontinuierliche **Einbindung der verschiedenen Interessens-**  
3985 **bzw. Statusgruppender Hochschulen**. Diese Fragestellungen müssen sich in eine  
3986 Analyse der Bedarfe aller Hochschulen und damit in einen umfassenden Ansatz zur  
3987 Fortschreibung des Wissenschaftsplans 2025 einfügen.

3988 **Innenstadt ist für alle(s) da!**

3989 Wir wollen die Innenstadt auch als einen **Raum der Kultur und der Kreativität**  
3990 sowie als Aufenthaltsort nutzen. Ein Schlüssel für die Zukunft ist daher die  
3991 Stärkung von Angeboten für Gruppen, die bisher zu selten in dieser Diskussion  
3992 auftauchen: Kinder, junge Leute und ältere Menschen, Neubremer\*innen und solche  
3993 Menschen, die von der auf Konsum ausgerichteten Struktur ausgegrenzt sind. Es  
3994 muss darum gehen, **eine Vielfalt von Orten mit unterschiedlichen Profilen** zu

3995 entwickeln: Dazu gehören Orte, an denen Familien mit Kindern sicher spielen  
3996 können und Orte für Sport und Bewegung. Genauso muss es Orte geben, die jungen  
3997 Menschen erlauben, sich in größeren Gruppen zu treffen, an denen sie laut sein  
3998 dürfen, an denen es öffentliche Toiletten auch in den Abendstunden gibt, an  
3999 denen Nachtleben auch außerhalb von Clubs und Gastronomie im öffentlichen Raum  
4000 stattfinden kann.

#### 4001 **Kunst und Kultur in der City**

4002 Die Innenstadt bildet bereits **das kulturelle Herz der Stadt**: Mit vielen  
4003 Einrichtungen ist hier die Dichte an staatlich geförderten Kultureinrichtungen  
4004 größer als in allen anderen Stadtteilen zusammen. Gleichzeitig zeigt sich in der  
4005 Zielgruppe der jüngeren oder weniger an klassischen Kulturangeboten  
4006 interessierten Menschen eine Lücke: Popkulturelle Konzerte und Clubs,  
4007 alternative Kulturnutzungen und soziokulturelle Zentren, Mischnutzungen aus  
4008 Ateliers und Galerien für junge Künstler\*innen und vergleichbare Angebote sind  
4009 in der Innenstadt kaum zu finden. Diesen Zielgruppen auch im Zentrum der Stadt  
4010 attraktive Angebote zu unterbreiten, ist das Ziel unserer an kultureller  
4011 Teilhabe und Diversität orientierten Kulturpolitik.

#### 4012 **Mit Möglichkeitenmesse und Onlinebörse (neue) Kulturorte ermöglichen**

4013 Für all diese Nutzungsmöglichkeiten müssen in Kooperation mit den  
4014 Eigentümer\*innen Flächen mobilisiert werden: Die Innenstadt verfügt bereits über  
4015 Flächenpotentiale unter freiem Himmel, im öffentlichen Raum und in privater  
4016 Hand. Diese sollten in einer **Online-Börse für Plätze und Flächen** anhand  
4017 prägnanter und optisch ansprechender Steckbriefe gelistet und mit  
4018 Nutzungsmöglichkeiten kommentiert werden. Berlin liefert hier mit dem  
4019 Verzeichnis an Locations der „Draußen Stadt“ ein gutes Beispiel. Viele  
4020 Akteur\*innen der Kulturszene bevorzugen bisher Leerstände außerhalb der  
4021 Innenstadt. Ein aktives Werben um sie sollte in regelmäßigen Abständen auf einer  
4022 **Möglichkeitenmesse Innenstadt** erfolgen. Ein offener Rundgang durch bestehende  
4023 Leerstände ermöglicht es dabei viele Möglichkeitsräume an einem Tag  
4024 kennenzulernen. Eigentümer\*innen haben die Chance, gebündelt verschiedenste  
4025 Projektideen mit Interessent\*innen zu besprechen.

4026 Dort, wo erfolgreiche Konzepte entstehen, müssen diese auf dem Weg ihrer  
4027 Etablierung unterstützt werden. Dies gilt insbesondere für den **Güterbahnhof**:  
4028 Dort muss dauerhafte Planungssicherheit für die Kulturschaffenden ermöglicht und  
4029 finanziell unterstützt werden, denn nur so können Investitionen in die  
4030 Infrastruktur und bessere Nutzbarkeit des Geländes getätigt werden. Die  
4031 Zwischennutzung im Jakobushaus durch Subkulturellen Akteur\*innen soll,  
4032 mindestens im aktuellen Umfang, weiter zugesichert werden.

4033 **Rund um den Hauptbahnhof: Konflikte reduzieren, Menschen unterstützen,**  
4034 **Entwicklungsperspektiven schaffen**

4035 Wir wollen den **Bahnhofsvorplatz zu einem** sicheren Ort machen, für alle Menschen,  
4036 die sich dort aufhalten oder leben oder ihn passieren wollen. Wir wollen hier  
4037 gezielt mehr Kontrollen, um den ausufernden Drogenhandel- und Konsum in den  
4038 Griff zu bekommen. Zudem wollen wir verstärkt mit den Betroffenen arbeiten und  
4039 ihnen konkrete Handlungsoptionen bieten. Wir adressieren das  
4040 Sicherheitsbedürfnis von allen, die sich an diesen Orten aufhalten und dort  
4041 arbeiten, indem wir die Polizei in ihrer Aufgabe unterstützen, den Bereich auch  
4042 für Pendelnde, Tourist\*innen und Gewerbetreibende sicher und störungsfrei zu  
4043 halten. Unsere Priorität heißt: **Entzerrung der verschiedenen Zielgruppen**, auch  
4044 durch die Schaffung von Toleranzflächen. Die Kooperation der verantwortlichen  
4045 Behörden mit den beauftragten Anbietern der sozialen Arbeit und Suchthilfe sowie  
4046 die Ausweitung von Angeboten kann die Gesamtlage entspannen.

4047 Wir setzen uns dafür ein, dass mehr muttersprachliche **Streetworker\*innen**  
4048 eingesetzt werden, dass der Szenetreff ansprechender wird und länger geöffnet  
4049 ist. Besonders am Herzen liegt uns die Ausweitung des Streetworkanteils von  
4050 „ElternPlus“: Dieses Projekt richtet sich an suchtkranke und substituierende  
4051 Schwangere und Eltern mit Kindern im Alter von 0 bis 2 Jahren. Ziel ist es,  
4052 insbesondere die schwangeren Drogenabhängigen, die sich unter prekären Umständen  
4053 im Bahnhofsumfeld aufhalten, früher anzubinden und in weitere Hilfsangebote zu  
4054 vermitteln.

4055 Wir haben in dieser Legislatur einen provisorischen **Drogenkonsumraum** geschaffen,  
4056 in dem die Konsument\*innen Aufklärung, Beratung und Unterstützung erfahren. Die  
4057 dauerhafte Lösung muss zügig umgesetzt werden. Sein Angebot reicht aktuell  
4058 allerdings nicht aus. Wir wollen daher die Öffnungszeiten ausweiten, die  
4059 räumlichen und personellen Kapazitäten erhöhen und einen extra Schutzraum für  
4060 Frauen und queere Menschen einrichten. Die vorhandenen  
4061 Substitutionsabgabestellen liegen in Bahnhofsnähe, dies trägt zur Gruppenbildung  
4062 am Bahnhof bei. Wir wollen deshalb eine dezentrale Beratung und Versorgung sowie  
4063 dezentrale **Substitutionsangebote**. Dazu gehören zum Beispiel **Automaten für**  
4064 **Drogenkonsumutensilien** wie im Hohentorsumfeld sowie in der Alten Neustadt.

4065 **Bahnhofsvorstadt aufwerten**

4066 Auch wenn die unmittelbare Umgebung des Hauptbahnhofs den Charakter eines  
4067 Durchgangsraums hat, ist die **Bahnhofsvorstadt** als solche ein eigenständiges  
4068 Quartier mit vielen Beschäftigten, dessen Bewohner\*innen Bedürfnisse jenseits  
4069 grundlegender Hygiene- und Sicherheitsaspekte haben. Eine große Chance liegt in  
4070 der Entwicklung des Sanierungsgrundstücks Falkenstraße (ehemaliges

4071 Bundeswehrhochhaus) sowie dem vorgesehenen integrierten Entwicklungskonzept. Bis  
4072 Ende des Jahres 2023 werden wir die Auswertung der Bedarfe der Bewohner\*innen  
4073 abschließen und daraus Empfehlungen für die längerfristige Entwicklung des  
4074 Quartiers ableiten.

#### 4075 **Autoverkehr in der Innenstadt reduzieren: Der Fahrplan steht**

4076 Es ist unser erklärtes Ziel: Die Bremer **Innenstadt wird bis 2030 autofrei**.  
4077 Weiterhin zugelassen sind dann Ver- und Entsorgungsfahrzeuge, Notdienste und  
4078 Handwerk sowie mobilitätseingeschränkte Personen und Anlieger mit entsprechenden  
4079 Ausnahmegenehmigungen. Die stufenweise Einführung von Kfz-Zufahrtsbeschränkungen  
4080 im Innenstadtkern folgt dem beschlossenen Verkehrsentwicklungsplan (VEP). In  
4081 dieser Frage ist es verkürzt, die Innenstadt künstlich am Theater am Goetheplatz  
4082 zu beenden. Wir wollen, dass der **Ostertorsteinweg vom Goetheplatz bis zur**  
4083 **Haltestelle St.-Jürgen-Straße ebenso autoarm** wird.

4084 Die Martinistraße werden wir auf eine Spur für den Autoverkehr in jede Richtung  
4085 zurückbauen, dem Fuß- und Radverkehr mehr Platz einräumen und diesen Stadtraum  
4086 zwischen City und Weserufer begrünen und attraktiver gestalten Die große  
4087 Mehrheit der Bremer\*innen möchte eine konsequente Verkehrswende – wir werden  
4088 dafür Sorge tragen, alle Menschen auf diesem Weg noch besser mitzunehmen. Die  
4089 Realisierung der Radpremiumrouten sind dafür ein wichtiger Schritt.

4090 Wir wollen drei der fünf Parkhäuser in der Innenstadt in der nächsten  
4091 Legislaturperiode umnutzen oder schließen. So reduzieren wir den Parkverkehr und  
4092 auch den Anreiseverkehr in die Innenstadt langfristig. Bis 2030 wollen wir die  
4093 autoarme Innenstadt aber noch weiter fassen: Wir wollen auch in der Neustadt bis  
4094 zur Westerstraße und die Bahnhofsvorstadt bis zum Breitenweg autofrei gestalten.  
4095 Auf diesem Weg wollen wir die Bahnhofstraße in der nächsten Legislaturperiode  
4096 autofrei machen. Die Hochstraße ist seit ihrem Bau höchst umstritten. Wir wollen  
4097 nach dem Ringschluss der A281 die Hochstraße abreißen und den Rembertikreisel  
4098 für eine moderate klimafreundliche und grüne Bebauung weiterentwickeln.

#### 4099 **Mit guter ÖPNV Anbindung einfach in die Innenstadt**

4100 Zu einer autofreien Innenstadt gehört auch eine gute Erreichbarkeit mit dem  
4101 ÖPNV. Dazu müssen wir die Domsheide umgestalten, um die Kapazität der  
4102 Haltestelle zu erhöhen. Wir setzen dabei die barrierärmste Lösung um – das  
4103 bedeutet keine Verlegung der Gleise in die Balgebrückstraße, sondern eine  
4104 Haltestelle für alle Bahnen vor der Glocke. Die Anliegen des traditionsreichen  
4105 Konzerthauses berücksichtigen wir, indem wir den Abstand der Haltestelle und  
4106 Eingangsbereich auf das maximal mögliche ausdehnen, den Bereich ansprechend

4107 gestalten und Flüstergleise und Federsysteme zur Lärmreduktion einsetzen.

#### 4108 **Wissenschaft fürs Land**

##### 4109 **Starke Hochschulen im Land Bremen:**

4110 Wir Grüne setzen uns dafür ein, unsere vier öffentlichen und zwei privaten  
4111 Hochschulen im Land Bremen noch besser zu machen. Wir wollen den über 30.000  
4112 Studierenden und 4.000 Mitarbeitenden ihren Alltag erleichtern und sie in der  
4113 Vereinbarkeit von Studium, Berufstätigkeit und Familie unterstützen. Wir wollen  
4114 unsere Hochschulen so stärken, dass mehr junge Menschen nach Bremen und  
4115 Bremerhaven kommen, um hier zu studieren.

##### 4116 **Das Potential von Wissenschaft stärken:**

4117 Wissenschaft kann beflügeln und die Vielfalt unserer Stadtgesellschaften  
4118 stärken, wenn sie nur überall ankommt. Durch gezielte Projekte wollen wir es  
4119 ermöglichen, dass Wissenschaft für Bremer\*innen und Bremerhavener\*innen  
4120 erlebbar wird. So kann Wissenschaft beflügeln, mehr Menschen mitnehmen und die  
4121 kulturelle, wirtschaftliche und politische Vielfalt unserer Stadtgesellschaften  
4122 stärken.

##### 4123 **Für Wissenschaft, die für alle Wissen schafft:**

4124 Wir wollen die Sichtbarkeit wissenschaftlicher Forschung für eine breite  
4125 Öffentlichkeit steigern und die Wissenschaft in unsere beiden Städte  
4126 hineinbringen. Dabei können wir von Bremerhaven lernen: Wir wollen die  
4127 Hochschulen in Bremen in die Innenstadt bringen.

##### 4128 **Wissenschaftsplan 2030:**

4129 2025 läuft der Wissenschaftsplan 2025 aus. Wir wollen mit einer Neuauflage für  
4130 verlässliche Rahmenbedingungen und eine solide Finanzierungsbasis sorgen. So  
4131 stärken wir unsere Wissenschaftsstandorte.

4132

##### 4133 **Für ein Studium ohne Sorgen:**

4134 Wir wollen, dass alle Studierenden ohne Existenzängste ihrem Studium nachgehen  
4135 können. Genauso wichtig ist es auch, andere alltägliche Hindernisse im Blick zu  
4136 haben. Psychologische Beratung in Krisenzeiten, die Möglichkeit eines  
4137 Teilzeitstudiums, wenn man Pflegearbeit nachkommen muss, sprachliche oder  
4138 physische Barrieren auf dem Campus oder Diskriminierung. Das wollen wir  
4139 beseitigen.

4140

##### 4141 **Klimaneutrale Hochschulen:**

4142 Unser Ziel ist ein klimaneutraler Campus mit Wohlfühlfaktor an allen  
4143 Hochschulen. Den Weg dahin wollen wir ermöglichen durch die Schaffung von  
4144 Studien- und Forschungsprojekten zu vielfältigen Themen aus den Bereichen der

4145 Klimaforschung, Klimaanpassung, Klimaneutralität und Klimagerechtigkeit. So  
4146 sollen verschiedene Fachbereiche eingebunden werden.

4147 **Was wir bereits erfolgreich umgesetzt haben und weiter ausbauen wollen:**

- 4148 • Wir wollen die gesamte Forschung auch weiterhin fördern und unterstützen,  
4149 und dabei gleichzeitig gezielt Schwerpunkte setzen. Wir wollen in Zukunft  
4150 die Verknüpfung von verschiedenen Forschungsthemen der Klimaforschung, wie  
4151 zum Beispiel Klimafolgenanpassung und Stadtplanung oder Gesundheit und  
4152 Klimawandel, weiter unterstützen und vorantreiben. In der Klimaforschung  
4153 spielen Meereswissenschaften eine große Rolle.
- 4154 • Wir werden die bestehenden Angebote von psychosozialer Beratung weiter  
4155 ausbauen, sodass es an jedem Standort entsprechende Ansprechpersonen gibt.  
4156 Auch werden wir darauf setzen, Online-Hilfe genauso zu ermöglichen wie  
4157 Hilfestellung vor Ort – damit alle die Form von Hilfe erhalten können, die  
4158 in der jeweiligen Situation benötigt wird.
- 4159 • Wir werden auch in Zukunft für den weiteren Ausbau und eine gute  
4160 Instandhaltung von Studierendenwohnheimen sorgen. Darüber hinaus müssen  
4161 wir auch finanzierbaren Wohnraum in der Innenstadt für Studierende  
4162 sicherstellen.
- 4163 • Genau wie für Beratungsangebote gilt auch für Mensaangebote, dass diese am  
4164 jeweiligen Standort gut erreichbar sein müssen. Dies werden wir weiter  
4165 unterstützen und fördern, sodass beispielsweise auch Randbereiche des  
4166 Universitätscampus mit einem vielfältigen Essensangebot versorgt werden.
- 4167 • Erfolgreiche Kooperationen in gemeinsamen Forschungsprojekten oder  
4168 Studiengängen, wie z.B. im norddeutschen Raum mit der Universität  
4169 Oldenburg, wollen wir weiter ausbauen.

4170 **Darüber hinaus unsere wichtigsten Projekte:**

- 4171 • Wir werden dafür sorgen, dass der Wissenschaftsplan 2030 allen  
4172 öffentlichen Hochschulen eine solide, realistische Finanzplanung aufzeigt  
4173 und gleichzeitig die Bedeutung und Ziele der Wissenschaft im Land Bremen  
4174 im Sinne aller Forschungsinstitute abbildet.
- 4175 • Wir unterstützen weiterhin das Bekenntnis der Bremer Hochschulen zur  
4176 Zivilklausel - dem Selbstbekenntnis, nicht für militärische Zwecke zu

4177           forschen.

4178           • Um die Perspektiven junger Wissenschaftler\*innen in Bremerhaven weiter zu  
4179           verbessern, werden wir gemeinsam mit der Hochschule Bremerhaven  
4180           Möglichkeiten der Promotion an der Hochschule ausloten.

4181           • Wir wollen, dass BAföG-Sätze soweit angehoben werden, dass sie auch  
4182           steigende Mieten- und Lebenshaltungskosten decken. Studieren muss ohne  
4183           hohe Gebühren möglich sein. Mit uns wird der Verwaltungskostenbeitrag auch  
4184           in Zukunft nicht wieder eingeführt.

4185           • Studierende dürfen nicht als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden. Um  
4186           dies sicherzustellen, unterstützen wir auf der Tarifrunde der Länder auch  
4187           die TVStud-Kampagne auf dem Weg zu einem Tarifvertrag für studentische  
4188           Beschäftigte.

4189           • Wir wollen, dass eine verbindliche Nachhaltigkeitsstrategie für alle  
4190           Hochschulen entwickelt wird. Dazu verstetigen wir das  
4191           Klimaschutzmanagement.

4192           • Wir wollen mehr unbefristetes Personal für Studiengangsorganisation und  
4193           Lehre

4194           • Wir führen den Studiengang Sportpädagogik an der Universität Bremen wieder  
4195           ein

#### 4196   **Die Wissenschaft ihrer Rolle entsprechend aufstellen**

4197   2025 läuft der Wissenschaftsplan aus. Wir werden dafür sorgen, dass der  
4198   Wissenschaftsplan 2030 allen öffentlichen Hochschulen eine solide, realistische  
4199   Finanzplanung aufzeigt und gleichzeitig die Bedeutung und Ziele der Wissenschaft  
4200   im Land Bremen im Sinne aller Forschungsinstitute abbildet. Hierzu werden wir  
4201   die verschiedenen Institute und alle dort ansässigen Statusgruppen in den  
4202   Prozess zur Erstellung des Wissenschaftsplans 2030 aktiv einbeziehen.  
4203   Gleichzeitig werden wir uns für eine nachhaltige Finanzierung und stärkere  
4204   Unterstützung von Wissenschaft und Hochschulbildung durch Bundesmittel  
4205   einsetzen. Für die Jacobs-University hat sich inzwischen eine neue private  
4206   Finanzierungslösung gefunden, wir setzen uns dafür ein, dass sie zukünftig ohne  
4207   öffentliche Zuschüsse auskommen wird.

#### 4208   **Spitzenforschung made in Bremen**

4209 **Gesundheitswissenschaften** ist ein Forschungsbereich, der sich bereits an  
4210 mehreren Hochschulen in unserem Land wiederfindet. Wir wollen dies weiter  
4211 stärken und den Aufbau eines zentralen Gesundheitscampus in Bremen oder  
4212 Bremerhaven mit weiteren Forschungs- und Ausbildungsmöglichkeiten prüfen.  
4213 **Konsumforschung**, ein Aspekt der Sozialwissenschaften, spielt für das Klima eine  
4214 große Rolle und ist eine Komponente, die Potential zur Zusammenarbeit bietet.  
4215 Ebenfalls bereits ein Schwerpunkt in der bremischen Forschung, den es zu stärken  
4216 gilt, ist die **Materialforschung**. Diese spielt beispielsweise für nachhaltiges  
4217 Bauen eine große Rolle und kann Alternativen aufzeigen, die unsere Bauweise an  
4218 die begrenzten Ressourcen unseres Planeten anpasst. Informatik, Digitalisierung  
4219 und maschinelles Lernen birgt ein großes Potential, um beispielsweise Prozesse zu  
4220 optimieren und Arbeitsabläufe zu erleichtern und zu beschleunigen. Hier gibt es  
4221 Forschungsfelder, in denen Bremen zu den Besten gehört – beispielsweise im  
4222 Bereich Robotics. Auch diese wollen wir weiter unterstützen. Auch die in Bremen  
4223 fest verankerte Forschung im Bereich **Luft- und Raumfahrttechnik** werden wir  
4224 weiter fördern.

4225 In der Vergangenheit hat die sogenannte **Exzellenzinitiative der Universität**  
4226 **Bremen** Ansehen und finanzielle Möglichkeiten eingebracht. Sosehr wir die  
4227 Universität und ihre Forschung als exzellent ansehen, so kritisch betrachten wir  
4228 diese konkrete Initiative auch – denn das System basiert darauf,  
4229 Forschungseinrichtungen und Universitäten, an denen bereits viel Geld für gute  
4230 Forschung vorhanden ist, noch weiter zu fördern und Eliten zu schaffen.  
4231 Gleichzeitig sehen wir jedoch auch die positiven Effekte dieses Titels und  
4232 dieser Förderung. Wir werden einen erneuten Prozess und eine Bewerbung als  
4233 Exzellenzuniversität in Zusammenarbeit mit der Universität unter den genannten  
4234 Gesichtspunkten konstruktiv und kritisch begleiten.

#### 4235 **Hochschule in Bremerhaven stärken**

4236 Die **Hochschule Bremerhaven** wollen wir weiter kontinuierlich ausbauen und dafür  
4237 entsprechende Professuren und Fakultäten einrichten. Dazu sollen sowohl die  
4238 Studienfachangebote als auch die Studierendenzahl weiter erhöht werden. Wir  
4239 begrüßen es, dass das Angebot von dualen Studiengängen mit dem neuen Studiengang  
4240 "BWL praxisintegriert dual" bereits ausgebaut wurde. Wir wollen die in Bremen  
4241 und Bremerhaven vorhandenen dualen Studienplätze und Studiengänge weiter  
4242 ausbauen und weitere Studiengänge einrichten, die auch die Möglichkeit des  
4243 Masterabschlusses beinhalten. Sie spielen für den Bremer Wirtschaftsstandort  
4244 eine große Rolle. Denn das duale Studium bietet lokalen Unternehmen die  
4245 Möglichkeit, den eigenen Führungskräftenachwuchs auszubilden und an sich zu  
4246 binden. Gerade heimatverbundenen Berufseinsteiger\*innen bietet es die  
4247 Möglichkeit, vor Ort eine bezahlte akademische Ausbildung mit guten  
4248 Karrieremöglichkeiten zu absolvieren.

#### 4249 **Gute Forschung durch gute Arbeitsbedingungen**

4250 Die besten Ergebnisse lassen sich dann erzielen, wenn gute Arbeitsbedingungen  
4251 vorherrschen. Nicht erst seit der Debatte um das Wissenschaftszeitvertragsgesetz  
4252 (WissZeitVG) und #IchBinHannah ist klar, dass Kettenbefristungen im  
4253 Wissenschaftsbetrieb nicht für Innovation, sondern für Unsicherheit und  
4254 Zukunftssorgen sorgen. Wir haben daher ganz konkret  **feste Stellen für feste**  
4255 **Aufgaben** geschaffen und wollen das noch stärker ausbauen. Eine Befristung soll  
4256 auch an wissenschaftlichen Instituten und Hochschulen nur dann möglich sein,  
4257 wenn nicht überwiegend Daueraufgaben übernommen werden. Bei Anstellungen für  
4258 wissenschaftliche Qualifizierungen (wie Promotionen) ist gesetzlich geregelt,  
4259 dass mindestens 50 Prozent der Arbeitszeit für eben diese Qualifizierung zur  
4260 Verfügung stehen, dies muss sichergestellt werden. Außerdem muss die  
4261 Arbeitsvertragsbefristung hier der durchschnittlichen Qualifizierungsdauer  
4262 entsprechen.

#### 4263 **Hochschulen – für alle erreichbar**

4264 Ein Hochschulstudium muss für alle Menschen möglich sein, die es absolvieren  
4265 wollen und die Zugangsvoraussetzungen erfüllen – ganz egal, woher sie kommen,  
4266 was ihre finanziellen Mittel sind oder welche Einschränkungen sie haben. Wir  
4267 fördern weiterhin den hohen Internationalisierungsgrad an unseren Hochschulen,  
4268 beseitigen finanzielle Hürden und gestalten die Hochschulen **barrierefrei**. Wir  
4269 wollen **sprachliche Zugangsbeschränkungen an den Hochschulen** in den Fächern, für  
4270 die das sehr gute Beherrschen der deutschen Sprache nicht entscheidend  
4271 ist, entfernen oder absenken und das Hochschulzugangsgesetz entsprechend ändern.  
4272 Das macht Bremen als Hochschulstandort für internationale Studierende  
4273 attraktiver.

#### 4274 **Studieren – möglichst frei von finanziellen Sorgen**

4275 Wir wollen, dass alle Studierenden ohne finanzielle Sorgen studieren. Ein  
4276 Studium für alle ist nur dann möglich, wenn es sich alle leisten können. Die  
4277 Bundesregierung hat bereits erste **Reformen desBAföG** auf den Weg gebracht, um es  
4278 für mehr Menschen zugänglich zu machen und eine Alltagsfinanzierung damit zu  
4279 ermöglichen. Wir werden uns auf Bundesebene weiterhin dafür einsetzen, dass  
4280 BAföG-Sätze soweit angehoben werden, dass sie auch steigende Mieten- und  
4281 Lebenshaltungskosten decken und Studierende sich voll auf ihr Studium  
4282 konzentrieren können. Auch machen wir uns für ein Elternunabhängiges BAföG  
4283 stark. Mit uns wird der Verwaltungskostenbeitrag auch in Zukunft nicht wieder  
4284 eingeführt.

## 4285 **Gleiche Mitspracherechte für alle**

4286 Studierende, wissenschaftliche und sonstige Mitarbeitende sind ein wesentlicher  
4287 Bestandteil der Hochschulen. Dennoch haben in Gremien der akademischen  
4288 Selbstverwaltung derzeit Professor\*innen ein größeres Mitspracherecht. Das  
4289 wollen wir ändern und eine **viertelparitätische Besetzung aller Gremien**  
4290 einführen. Wir sind uns der rechtlich offenen Fragen hierzu bewusst.

4291 Die Besetzung von offenen Stellen ist ein zentraler Faktor, um die Diversität in  
4292 der Wissenschaftslandschaft zu erhöhen. **Berufungskommissionen müssen daher**  
4293 **divers und paritätisch besetzt** und die Suche nach geeigneten Bewerber\*innen  
4294 dokumentiert werden. Gleichzeitig bedeutet eine paritätische Besetzung derzeit  
4295 eine große Belastung, insbesondere für Wissenschaftlerinnen in Fachbereichen, in  
4296 denen der Männeranteil derzeit noch deutlich höher ist. Eine Mitarbeit in  
4297 entsprechenden Gremien und Kommissionen muss mit entsprechender Entlastung durch  
4298 Arbeitszeitanpassung und finanzielle Vergütung einhergehen, sodass sie nicht zu  
4299 einer Behinderung in der eigenen Karriere führen. Eine solche Entlastung werden  
4300 wir auch für alle Frauenbeauftragten an den Hochschulen und in den  
4301 unterschiedlichen Statusgruppen prüfen.

## 4302 **Nachhaltigkeit an den Hochschulen ausbauen**

4303 Wir wollen, dass eine verbindliche Nachhaltigkeitsstrategie für alle Hochschulen  
4304 entwickelt wird, die ökologische, ökonomische und soziale Aspekte gleichermaßen  
4305 berücksichtigt und konkrete Ziele und Maßnahmen zur Umsetzung nennt. Wir wirken  
4306 darauf hin, dass in den verbindlichen Zielvereinbarungen mit den Hochschulen  
4307 verpflichtende Kurse zur Bildung **für nachhaltige Entwicklung** angeboten werden.  
4308 Wir wollen alle Hochschulen in unserem Bundesland auf dem Weg zur  
4309 Klimaneutralität unterstützen, indem wir das **Klimaschutzmanagement an allen**  
4310 **Hochschulen verstetigen**.

4311 Wir wollen die Verbindung der Öffentlichkeit mit der Forschung stärken, indem  
4312 wir Reallabore einrichten: Hier können beispielsweise Aspekte des Klimaschutzes  
4313 und der Klimaanpassung wie Reparatur und Recycling, Zero Waste und Urban  
4314 Gardening gelebt werden. Die wissenschaftliche Begleitung kann hierbei  
4315 erforschen, wie sich solche Projekte auswirken – auf das Sozialgefüge der Stadt,  
4316 auf die Biodiversität, und vieles mehr.

## 4317 **Studienangebote für Zukunftsfähigkeit**

4318 Die vielfältigen Studiengänge im Land Bremen dienen auch dazu, Fachkräfte  
4319 auszubilden, die in verschiedensten Bereichen dringend gebraucht werden. Einer

4320 dieser Bereiche sind unsere Schulen. Die Lehramtsausbildung ist immens wichtig,  
4321 um Lehrkräfte in unser Bundesland zu bringen und hier zu halten. Deshalb werden  
4322 wir den **Studiengang Sportpädagogik an der Universität Bremen wieder einführen**.  
4323 Außerdem achten wir in allen Lehramtsstudiengängen auf die Vermittlung digitaler  
4324 Basiskenntnisse. Auch wollen wir insgesamt die Lehramtsausbildung stärken und  
4325 hierbei auch auf eine enge Kooperation zwischen Bremen und Bremerhaven setzen.  
4326 So bekämpfen wir den Lehrkräftemangel in beiden Städten. Den sukzessiven Abbau  
4327 der **Gender Studies** in den Sozial- und Erziehungswissenschaften, zuletzt auch in  
4328 den Rechtswissenschaften, sehen wir sehr kritisch. Daher werden wir in den  
4329 Zielvereinbarungen mit den Hochschulen verstärkt darauf achten, dass Gender  
4330 Studies wieder zu einem integralen Bestandteil von Forschung und Lehre werden.

### 4331 **Ein starker Studiengang Hebammen**

4332 Seit dem Wintersemester 2021/22 gibt es an der Hochschule Bremen den  
4333 **Internationalen Studiengang Hebammen B.Sc.**, welcher einen wichtigen Grundstein  
4334 bildet, um die Versorgung mit Hebammen sicherzustellen. Genauso wichtig wie neu  
4335 qualifizierte Hebammen sind diejenigen, die zuvor eine Ausbildung absolviert  
4336 haben und als hervorragend ausgebildete Fachkräfte tätig sind. Für diese braucht  
4337 es eine einfache Möglichkeit der **Nachqualifizierung**. Es gilt möglicherweise  
4338 drohenden Gehaltsunterschieden, durch eine unterschiedliche Eingruppierung in  
4339 Tarifverträge sowie weiteren Nachteilen entgegenzuwirken. Hierfür werden wir  
4340 eine Ausnahmeregelung im Bremer Hochschulgesetz (BremHG) aufnehmen, welche eine  
4341 abgeschlossene Hebammenausbildung zu 75 Prozent im Hebammenstudiengang anrechnen  
4342 lässt. Der bestehende Umfang von 25 Prozent ermöglicht **Hebammen eine**  
4343 **nebenberufliche Qualifizierung** zur Erlangung des Bachelors, und somit  
4344 gleichzeitig eine erhöhte fachliche Expertise sowie Gleichstellung mit im neuen  
4345 Studiengang ausgebildeten Kolleg\*innen.

### 4346 **Gutes Lernen durch gute Lehrkräfte**

4347 Bisher spielt die pädagogische Ausbildung von Dozent\*innen nur eine geringe  
4348 Rolle. Deshalb sollen alle Lehrenden in Zukunft mindestens alle fünf Jahre einen  
4349 **Fortbildungsnachweis im Bereich Lehre** erbringen. Hierzu werden wir entsprechende  
4350 Beratungsmöglichkeiten zu Optionen und notwendigen Fortbildungen zur Verfügung  
4351 stellen. Außerdem muss Lehrpersonal **Qualifizierungen von Diversity-Kompetenzen**  
4352 nachweisen können.

4353 Ein Baustein qualitativer Lehre ist es, dass Ansprechpartner\*innen für  
4354 Studierende langfristig zur Verfügung stehen. Hierfür braucht es mehr  
4355 unbefristetes Personal für Studiengangsorganisation und Lehre. Diese Stellen  
4356 sollen explizit mit Personen besetzt werden, die pädagogisch notwendige  
4357 Anforderungen erfüllen. Die Praxis, dauerhafte Lehr- und Prüfungsaufgaben mit

4358 schlechterer Bezahlung an Lehrbeauftragte auszulagern, werden wir unterbinden.

### 4359 **Digitale Lehre ausbauen**

4360 Zukunftsfähige Studienangebote schaffen bedeutet auch, die **digitale Lehre** weiter  
4361 auszubauen. In den letzten Jahren gab es hier, auch bedingt durch die Pandemie,  
4362 einen massiven Schub. Bei der weiteren Entwicklung muss es insbesondere um das  
4363 Zusammenspiel von digitalen Angeboten vor Ort, hybriden und online Angeboten  
4364 gehen. Sie sollten auf die Bedürfnisse der Studierenden angepasst sein und die  
4365 Qualität der Lehre weiter verbessern. Ein Baustein dessen ist es, Online-Lehre  
4366 dort, wo sie ohnehin durchgeführt wird, öffentlich zur Verfügung zu stellen. Wir  
4367 setzen uns dafür ein, dass die Bremischen Hochschulen Kurse auf sogenannten  
4368 **MOOC-Plattformen**, Plattformen für offene Onlinekurse ("Massive Open Online  
4369 Course") anbieten. Diese sorgen nicht nur für eine einfache und vergleichsweise  
4370 günstige Teilhabe an Bildungsmöglichkeiten, sondern können auch die  
4371 Einnahmemöglichkeiten der Hochschulen und deren internationale Sichtbarkeit  
4372 erweitern.

4373 Das vielfältige Lehrangebot an den Hochschulen im Land Bremen wird durch  
4374 Kooperationen zwischen den Standorten gestärkt. Wir werden diese weiter fördern,  
4375 zentral ist hierbei, dass die Bachelorstudiengänge der Hochschulen an  
4376 Masterstudiengänge anderer Hochschulen im Land anschlussfähig sind. Das gilt  
4377 auch für die Kooperationen zwischen den staatlichen Hochschulen und der Jacobs  
4378 University. Wir unterstützen die neuen Zukunftspläne der JUB, denn sie bieten  
4379 Perspektiven für die internationalen Studierenden, für die hochqualifizierten  
4380 Wissenschaftler\*innen und den Standort Bremen-Nord. Wir erwarten aber eine  
4381 engere Einbindung der JUB in den Hochschulstandort.

### 4382 **Wissenschaft auf dem Fuße der Grundrechte**

4383 Wir lehnen die Kooperation mit dem Konfuzius Institut ab, denn **Grundrechte sehen**  
4384 **wir als Grundlage** unserer Hochschulpolitik – und damit auch als Grundlage für  
4385 Kooperationen. Der direkte Zusammenhang mit der chinesischen Regierung, die  
4386 durchgeführten propagandistischen Veranstaltungen, die Bedrohung kritischer  
4387 Studierenden, all das darf es an unseren Hochschulen nicht geben. Studierende  
4388 sollen an unseren Hochschulen frei von staatlicher Beeinflussung studieren und  
4389 leben können. Dies gehört unabdingbar zu unserem Verständnis von  
4390 Wissenschaftsfreiheit.

### 4391 **Die Basis: Demokratie**

### 4392 **Mehr Demokratie sichert Freiheit**

4393 Damit unsere Demokratie besser wird und mit neuen Anforderungen umgehen kann,  
4394 knüpfen wir an vergangene Erfolge an. Wir entwickeln Parlamente und Beiräte  
4395 weiter und gestalten Wahlen inklusiver. Wir schaffen neuen  
4396 Beteiligungsmöglichkeiten wie Bürger\*innenräte und schaffen unnötige Barrieren  
4397 ab, damit sich möglichst viele Menschen einbringen können.

4398

#### 4399 **Beiräte stärken:**

4400 Wir schaffen Flexibilität für die Beiräte, um demokratische Beteiligung in den  
4401 Stadtteilen an die Rahmenbedingungen einer sich ständig und schnell verändernden  
4402 Welt anzupassen. Krankheit, Pflege von Angehörigen, Auslandssemester, Praktika  
4403 oder Elternschaft während einer Legislaturperiode sind Gründe, die viele –  
4404 insbesondere junge Menschen – bisher davon abgehalten haben, zu kandidieren.

4405

#### 4406 **Demokratische Teilhabe nicht nur an der Wahlurne:**

4407 Damit Demokratie nicht nur alle vier Jahre an der Wahlurne stattfindet, schaffen  
4408 wir Beteiligungsformate, die wir künftig noch ausbauen und verbessern wollen.

4409

#### 4410 **Das Ehrenamt stärken:**

4411 Menschen, die sich in Bremen freiwillig engagieren sowie Vereine und  
4412 Organisationen, in denen Engagement stattfindet - sind für unsere Gesellschaft  
4413 unglaublich wichtig. Ehrenamtler\*innen stärken wir und schaffen arbeitsfreie  
4414 Tage, um unsere Demokratie zu feiern.

4415

#### 4416 **Minderheitenschutz ist Demokratieschutz:**

4417 Essentiell in einer Demokratie ist auch, dass Minderheiten geschützt sind. Wir  
4418 machen uns dafür stark und treten als liberale Rechtsstaatspartei entschieden  
4419 für Menschenrechte, Grundrechte und den Schutz vor einem übergriffigen Staat  
4420 ein.

#### 4421 **Was wir bereits erfolgreich gemacht haben und was wir fortführen wollen:**

4422 • Mit dem Ziel, Freiheiten zu schützen und den Behörden klare Leitlinien für  
4423 die Begleitung von Versammlungen und der Zusammenarbeit mit der  
4424 Veranstalter\*in zu geben, haben wir in dieser Legislatur das liberalste  
4425 Versammlungsfreiheitsgesetz in Deutschland vorgelegt. Auflagen und Verbote  
4426 werden zum Ausnahmefall. Polizeiliche Videoüberwachung wird eingeschränkt.  
4427 Das Vermummungsverbot von einer Straftat zu einer Ordnungswidrigkeit  
4428 herabgestuft, damit die Polizei den nötigen Ermessensspielraum hat, um  
4429 Eskalationen zu vermeiden.

4430 • Nachdem wir bereits das Beirätegesetz evaluiert und angepasst haben,  
4431 wollen wir auch in den kommenden Jahren Möglichkeiten finden, wie wir die  
4432 Beiräte in ihrer Arbeit sowie bei der Nutzung ihrer Rechte unterstützen

4433 können. Damit die Bürger\*innen in ihren Stadtteilen noch mehr von den  
4434 Aktivitäten der Beiräte mitbekommen, wollen wir die Öffentlichkeitsarbeit  
4435 der Beiräte auch im Internet und in sozialen Medien stärken.

- 4436 • In dieser Wahlperiode haben wir beschlossen, sogenannte Bürger\*innenräte  
4437 einzusetzen. Ihre Mitglieder werden per Los bestimmt, beraten zu  
4438 ausgewählten Fragestellungen und geben Empfehlungen an die Politik ab.

#### 4439 **Darüber hinaus unsere wichtigsten Projekte:**

- 4440 • eine Parlamentsreform, um unsere Demokratie zu stärken
- 4441 • Über eine Bundesratsinitiative werden wir uns dafür einsetzen, das  
4442 kommunale Wahlrecht und das Landeswahlrecht auszuweiten auf alle Menschen,  
4443 die ihren Lebensmittelpunkt in Bremen haben.
- 4444 • In der nächsten Legislatur senken wir das Wahlalter auf 14 Jahre ab.
- 4445 • Wir setzen uns dafür ein, vermehrt junge Menschen als Wahlhelfer\*innen zu  
4446 gewinnen.
- 4447 • Die Beiräte wollen wir stärken, indem wir sie personell und finanziell  
4448 besser ausstatten
- 4449 • Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass das politische  
4450 Engagement von Vereinen als gemeinnützig anerkannt wird. Sie sind eine  
4451 wichtige Säule unserer Gesellschaft.
- 4452 • Wir wollen Feiertage am 8. März und 8. Mai schaffen

#### 4453 **Parlamente weiterentwickeln**

4454 Die Bremische Bürgerschaft ist der zentrale Ort gelebter Demokratie in Bremen.  
4455 Sie hat bundesweit das geringste hauseigene Personal und verfügt nicht über  
4456 wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen, die den Abgeordneten zuarbeiten. Die  
4457 Abgeordneten aber nehmen – im Unterschied zu den Flächenländern – zugleich ein  
4458 kommunales und ein Landtagsmandat wahr. Dies tun sie in Teilzeit. Wir wollen  
4459 daher **endlich die Parlamentsreform anpacken** und so die Arbeitsfähigkeit des  
4460 Parlaments erhöhen. Hierzu gehört die Umwandlung der verwaltungsnahen Deputation  
4461 in ordentliche parlamentarische Ausschüsse, die Aufstockung der  
4462 Parlamentsreferent\*innen sowie Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie

4463 bzw. Berufstätigkeit und Mandat. Wir streben außerdem die Einführung eines  
4464 kontinuierlichen Mechanismus zur Ermittlung der notwendigen Anzahl der  
4465 Bürgerschaftsmandate an. Am Ende dieses Prozesses könnte auch eine Verkleinerung  
4466 des Parlaments stehen.

4467 Mit hybriden oder live online mit verfolgbaren Deputations- und  
4468 Ausschusssitzungen wollen wir dafür sorgen, dass es der interessierten  
4469 Öffentlichkeit noch einfacher fällt, den Parlamentsbetrieb zu verfolgen. Wir  
4470 halten am Ziel der **Parität in der Bremischen Bürgerschaft** trotz des skeptischen  
4471 Gutachtens fest. Wir sind überzeugt, dass Vielfalt im Parlament zu besseren  
4472 politischen Entscheidungen führt. Geschlechtergerechtigkeit ist unverzichtbar  
4473 für eine echte demokratische Gesellschaft, die Durchsetzung daher staatliche  
4474 Aufgabe.

#### 4475 **Den Parlamentsbetrieb nachvollziehbarer gestalten**

4476 In der nächsten Legislaturperiode wollen wir sichtbar machen, wer zu welchem  
4477 Zeitpunkt wie **an der Erarbeitung von Gesetzen** mitgewirkt hat. Damit soll der  
4478 Einfluss von Interessenvertretungen auf den Gesetzgebungsprozess dokumentiert  
4479 werden, beispielsweise durch die Verpflichtung, schriftliche Quellen Dritter,  
4480 die bei der Erarbeitung des Gesetzesentwurfs sichtbar berücksichtigt wurden,  
4481 offenzulegen. Außerdem wollen wir uns für eine Verbesserung des  
4482 Parlamentsspiegels einsetzen und so eine offene, barrierearme und  
4483 maschinenlesbare Parlamentsdatenbank für alle schaffen. Wir wollen, dass bei den  
4484 Live-Übertragungen der Parlamentsitzungen die Namen der Redner\*innen und ihre  
4485 Tätigkeiten eingeblendet werden. Auch eine kurze thematische Einordnung zur  
4486 aktuellen Debatte soll es geben.

#### 4487 **Den queerpolitischen Beirat stärken**

4488 Der queerpolitische Beirat hat sich zu einer wichtigen Institution in Bremen  
4489 entwickelt. Wir werden ihn **fortführen und aufwerten**. Wir wollen die  
4490 Aufwandsentschädigungen anheben und dem queerpolitischen Beirat ein eigenes  
4491 Budget für Reisekosten und das Einholen von Fachexpertisen geben.

#### 4492 **Beiräte stärken**

4493 Wir sorgen für personell und finanziell gut aufgestellte Beiräte, die eine  
4494 Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Ehrenamtlichen und Verwaltung  
4495 sicherstellen. Wir stellen **den Beiräten höhere Stadtteilbudgets zur Verfügung**.  
4496 Außerdem stellen wir für die Beiratsmitglieder und Verwaltungsmitarbeiter\*innen  
4497 ständig aktualisierte Fortbildungsangebote sicher, um Voraussetzungen für die

4498 anspruchsvolle (digitale) Beiratsarbeit zu schaffen. **Um Beiräte in ihrem**  
4499 **politischen Ehrenamt zu stärken**, schaffen wir für die Mitglieder der Ortsbeiräte  
4500 die Möglichkeit, ihre Mandate zeitweilig ruhen zu lassen und sich von der  
4501 nächsten Person auf der Wahlliste, bis die nächste Person vorübergehend  
4502 ausscheidet, vertreten zu lassen. So geben wir mehr Menschen die Möglichkeit,  
4503 sich zu engagieren, während die Arbeitsfähigkeit der Beiräte gewahrt bleibt.

#### 4504 **Wahlalter 14**

4505 Wir geben jungen Menschen eine Stimme. In der nächsten Legislatur senken wir das  
4506 **Wahlalter auf 14 Jahre** ab. Oft sind sie von politischen Entscheidungen besonders  
4507 stark betroffen, weil sie die Konsequenzen der Entscheidungen noch besonders  
4508 lange zu spüren bekommen. Es gibt weniger junge Menschen als alte, sodass ihre  
4509 Meinungen im demokratischen Diskurs häufig weniger gehört werden. Das passive  
4510 Wahlrecht fassen wir nicht an, sondern schaffen mehr Möglichkeiten, sich im  
4511 politischen Diskurs einzubringen.

#### 4512 **Wahlen inklusiver gestalten**

4513 Über eine Bundesratsinitiative werden wir uns dafür einsetzen, **das kommunale**  
4514 **Wahlrecht und das Landeswahlrecht auszuweiten** auf alle Menschen, die ihren  
4515 Lebensmittelpunkt in Bremen haben. In jedem Fall wollen wir auch auf anderen  
4516 Wegen die Einflussmöglichkeiten von Menschen aus Nicht-EU-Staaten stärken, indem  
4517 wir zum Beispiel die Kompetenzen des Bremer Rates für Integration erweitern und  
4518 eine engere Zusammenarbeit mit den Parlamenten herstellen.

4519 Wir streben an, immer mehr **barrierefrei zugängliche Wahllokale** anzubieten. Es  
4520 soll sichergestellt werden, dass Stimmzettelschablonen überall zur Verfügung  
4521 stehen. Wir wollen, dass die Wahlbenachrichtigung und die Informationen zur Wahl  
4522 standardmäßig mehrsprachig und in leichter Sprache versendet werden. Die  
4523 **“Briefwahl-vor-Ort”** wollen wir so ausweiten, dass sie bei der Bürgerschaftswahl  
4524 2027 in jedem Stadtteil mindestens zwei Wochen vor dem Wahltag möglich ist. Die  
4525 mobilen Wahlvorstände, die zum Beispiel Altenheime aufsuchen, wollen wir so  
4526 weiterentwickeln, dass auch individuelle Hausbesuche möglich sind. In  
4527 Stadtteilen mit niedriger Wahlbeteiligung bieten wir über die Landeszentrale für  
4528 politische Bildung Wahlsprechstunden an. Durch den Einsatz von Wahlscouts wird  
4529 direkt an der Haustür über Wahlverfahren und die Möglichkeit der Stimmabgabe  
4530 informiert.

#### 4531 **Wahlhelfer\*innen unterstützen**

4532 **Wir setzen uns dafür ein, vermehrt junge Menschen als Wahlhelfer\*innen zu**

4533 **gewinnen.** Wir wollen eine Regelung schaffen, dass Studierende der Hochschulen im  
4534 Land Bremen ihre Tätigkeit als Wahlhelfer\*innen im General Studies Bereich  
4535 anrechnen lassen können. Auszubildende sollen sich diese Tätigkeit in ihrem  
4536 Zeugnis als besonderes Engagement ausweisen lassen können. Wir wollen die  
4537 Qualität und Geschwindigkeit der Arbeit der Wahlvorstände durch intensivere  
4538 Schulung der Wahlvorsteher\*innen, die auch mit einer höheren  
4539 Aufwandsentschädigung einhergeht, erhöhen.

#### 4540 **Ehrenamt stärken**

4541 In dieser Legislaturperiode haben wir den Prozess zur **Erarbeitung einer**  
4542 **landesweiten Engagementstrategie** angestoßen, die das Ehrenamt im Land Bremen  
4543 noch zugänglicher, inklusiver und vielfältiger machen soll. Die Beteiligung der  
4544 ehrenamtlich aktiven Menschen, Vereine und Organisationen ist uns in diesem  
4545 Prozess sehr wichtig. Die Ergebnisse der Engagementstrategie wollen wir schnell  
4546 umsetzen. Die **Ehrenamtskarte** mit ihren Vergünstigungen ist ein Erfolgsmodell,  
4547 das wir gemeinsam mit neuen Partnern fortsetzen werden, den Wirkungskreis  
4548 ausbauen und bekannter machen wollen. Wir wollen weiter einen besonderen Fokus  
4549 auf die Qualifizierung der Freiwilligen legen: Wir ermöglichen den Engagierten  
4550 ein möglichst breites Spektrum an günstigen Aus- und Fortbildungen, um sie zu  
4551 unterstützen und sie als Expert\*innen für ihre Einsatzgebiete anzuerkennen. Auf  
4552 Bundesebene wollen wir die Ehrenamtspauschale weiter anheben und Vereinfachungen  
4553 im Steuer- und Gemeinnützigkeitsrecht vorantreiben.

4554 Beratungs- und Empowerment-Angebote für Ehrenamtler\*innen werden wir im engen  
4555 Austausch mit der Zivilgesellschaft weiterentwickeln. Dabei nehmen wir  
4556 insbesondere den Umgang mit sozialer Ausgrenzung, Klassismus und Diskriminierung  
4557 im digitalen Kontext in den Blick. Auch begegnen wir den (psycho-)sozialen  
4558 Auswirkungen von Diskriminierung systematisch.

#### 4559 **Feiertage für Bremen**

4560 Wir wollen dem Aufruf folgen und den **8. Mai, den Tag der Befreiung, als**  
4561 **gesetzlichen Feiertag festschreiben.** Wie Berlin wollen wir auch den  
4562 internationalen Frauentag am **8. März zu einem gesetzlichen Feiertag machen.** Wir  
4563 wünschen uns auch aufgrund der Tatsache, dass Bremen aktuell zu den  
4564 Bundesländern mit den wenigsten Feiertagen gehört, eine offene Debatte dazu.  
4565 Neben der gesellschaftlichen Bedeutung, bieten Feiertage auch eine wichtige  
4566 Erholungsfunktion. Wie in anderen Ländern längst üblich, soll ein auf einen  
4567 Sonntag fallender Feiertag an einem Werktag der folgenden Woche als  
4568 arbeitsfreier Tag "nachgeholt" werden.

4569 **Medien: frei und vielfältig**

4570 Frei zugängliche Informationen sind Grundlage für Meinungsbildung und  
4571 demokratischen Diskurs. **Gleichberechtigter und barrierefreier Zugang zu**  
4572 **Informationen** sowie Medien sind für eine wirkungsvolle Teilhabe an Demokratie  
4573 unverzichtbar. Ob Zeitungen, Internet, Fernsehen, Radio oder soziale Netzwerke,  
4574 wir alle können uns täglich über verschiedene Kanäle über lokalpolitisches oder  
4575 weltweites Geschehen informieren. Wichtig ist für uns, dass die **vielfältige**  
4576 **undunabhängige Medienlandschaft erhalten** und geschützt wird. Inzwischen weit  
4577 verbreitete Verfälschungen und Manipulationen von Informationen sind ein Angriff  
4578 auf unsere freie Gesellschaft und müssen bekämpft werden.

4579 Wir bekennen uns **zur Pressefreiheit und zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk als**  
4580 **Garant der Informationsgrundversorgung** für kritische, mündige, sich einmischende  
4581 und mitmischende Bürger\*innen. Auch in diesem Bereich begrüßen wir den Abbau von  
4582 Hierarchien und die Einführung von Doppelspitzen. Mit Radio Bremen haben wir  
4583 einen wichtigen kulturellen Faktor für das Land Bremen, den wir stärken wollen.  
4584 Als Zentrum für experimentelle Medienformate wollen wir den Fokus auch weiterhin  
4585 auf die Nachwuchsförderung und Medienkompetenzentwicklung legen.

4586 Bürgermedien stärken in Zeiten von Presse- und Medienkonzentration unsere  
4587 Demokratie und Zivilgesellschaft und tragen zur Vielfaltssicherung bei. Wir  
4588 Grüne fördern auch zukünftig die Bürgermedien im Land Bremen, die mit  
4589 Einrichtungen insbesondere aus den Bereichen Kultur, Jugend, Bildung, Schule,  
4590 Hochschule, Sport, Film und Journalismus erfolgreich kooperieren.

4591 **Zusammenhalt und Solidarität weltweit sichern**

4592 **Internationale Zusammenarbeit ist die Basis**

4593 Wir sind angesichts der aktuellen Lage davon überzeugt, dass wir die  
4594 sicherheitspolitischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen nur auf  
4595 internationaler Ebene bewältigen können. Ganz besonders zählen wir dabei auf  
4596 unsere europäischen Partner\*innen und halten daher mit unseren Netzwerken aus  
4597 Bremen heraus intensiven Kontakt zu unseren europäischen Freund\*innen. Wir  
4598 pflegen unsere europäischen Verbindungen, um gemeinsam ein ökologisches,  
4599 soziales und friedliches Europa zu bauen. Wir sind überzeugt, dass die Zukunft  
4600 Europas nur mit Solidarität und Vertrauen gemeinsam gestaltet werden kann.

4601 **Für eine menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik**

4602 Wir fordern eine solidarische und menschenrechtsbasierte europäische

4603 Flüchtlingspolitik, die allen Menschen, die vor Krieg, Hunger, Verfolgung und  
4604 Gewalt fliehen mussten, Schutz und ein faires und individuelles Asylverfahren  
4605 gewährt. Die Begriffe „gesteuerte und gezielte Zuwanderung“ lehnen wir ab, weil  
4606 damit die Aufteilung in zwei Kategorien, nämlich in ‚gute‘ und ‚schlechte‘  
4607 Migration einhergeht.

#### 4608 **Städtepartnerschaften, die uns stark machen:**

4609 Bremen pflegt **traditionsreiche Städtepartnerschaften** und hat internationale  
4610 Verbindungen in viele Regionen der Welt. All diese Partnerschaften haben den  
4611 gleichberechtigten Austausch und die gemeinsame **Förderung von Demokratie,**  
4612 **Frieden und Menschenrechten** zum Ziel. Wir wollen sie stärken und intensivieren.

#### 4613 **Wir stehen an der Seite der Ukraine**

4614 Russland hat einen Angriffskrieg gegen die Ukraine gestartet. Wir unterstützen  
4615 die Ukraine in ihrem Recht auf Selbstverteidigung.

#### 4616 **Wofür wir uns stark gemacht haben und was wir fortführen wollen.**

- 4617 • Wir werden uns weiterhin in allen Gremien, wie z. B. dem Ausschuss der  
4618 Regionen, für den demokratischen Zusammenhalt in Europa einsetzen und  
4619 unsere demokratischen und rechtsstaatlichen Werte verteidigen. Hierfür  
4620 werden wir die anerkannt gute Arbeit unserer Vertretung in Brüssel sowie  
4621 des EuropaPunktBremen hier vor Ort in Bremen absichern.
- 4622 • Die europäische Bildung muss wieder eine stärkere Bedeutung bekommen. Wir  
4623 haben daher unseren Fokus auf die stärkere Nutzung des Erasmus-Programms  
4624 in Bremen gelegt, den neuen Europäischen Solidaritäts- und  
4625 Freiwilligendienst mitgestaltet und eine neue Erasmus-Koordinierungsstelle  
4626 geschaffen.
- 4627 • Wir stehen zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable  
4628 Development Goals) der Vereinten Nationen. Auch zukünftig setzen wir uns  
4629 dafür ein, Entwicklungspolitik und Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe  
4630 in der Landespolitik zu verankern.
- 4631 • Wir haben dafür gesorgt, dass im öffentlichen Beschaffungs- und  
4632 Vergabewesen des Landes Bremen Umwelt- und Fairness-Kriterien  
4633 berücksichtigt werden. Gemeinsam mit den entwicklungspolitischen  
4634 Akteur\*innen in unserem Bundesland wollen wir auch weiterhin für eine  
4635 nachhaltigere, gerechtere und damit auch friedlichere Welt eintreten.
- 4636 • Ein gutes Beispiel für gelungene internationale Kooperation ist das

4637 Netzwerk YUFE (Young Universities for the Future of Europe – Junge  
4638 Universitäten für die Zukunft Europas), ein Zusammenschluss europäischer  
4639 Universitäten. Die weitere Förderung des Projekts durch die Europäische  
4640 Union wurde im Jahr 2022 um vier Jahre verlängert. Wir werden als Land  
4641 Bremen die notwendige weitere Förderung sicherstellen.

#### 4642 **Darüber hinaus unsere wichtigsten Projekte:**

- 4643 • Das Erasmus-Programm an Schulen ausbauen und mehr Europaschulen initiieren
- 4644 • Internationale Nachhaltigkeits- und Klimaziele bei wirtschaftspolitischen  
4645 Delegationsreisen des Senats prominenter machen
- 4646 • ●Wir wollen eine gerechte Verteilung von Geflüchteten, die sich an den  
4647 Bedürfnissen der ankommenden Menschen und der Kommunen orientiert.
- 4648 • Bremen soll sich mit einer Spenden-Patenschaft für ein ziviles  
4649 Seenotrettungsschiff engagieren

#### 4650 **Solidarität mit der Ukraine**

4651 Am 24.02.2022 hat Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die  
4652 Ukraine begonnen. Wir verurteilen ihn in aller Schärfe. Die Ukraine hat ein  
4653 verbrieftes Recht auf Selbstverteidigung. Wir erklären uns solidarisch mit der  
4654 Ukraine und wollen sie unterstützen. Wir stehen zur Entscheidung, auch  
4655 militärische Unterstützung (etwa durch die Lieferung schwerer Waffen) zu  
4656 leisten. Die Sanktionen gegen Russland sind richtig und notwendig. Sie sind ein  
4657 Mittel, dem Angriffskrieg Russlands ohne Waffengewalt entgegenzutreten. Dass  
4658 diese Sanktionen Deutschland und die EU-Mitgliedsstaaten belasten, ist uns  
4659 bewusst, dennoch sind sie richtig und ein wichtiges Element, um den Krieg  
4660 hoffentlich zu verkürzen. Wir appellieren an die Bundesregierung, mit  
4661 Entlastungspaketen die Schwächsten in unserer Gesellschaft zu stützen und werden  
4662 auf Landesebene unseren Beitrag dazu leisten.

#### 4663 **Starke Städtepartnerschaften**

4664 Wir wollen unsere Städtepartnerschaften intensivieren und finanziell fördern.  
4665 Die Bekämpfung des Klimawandels teilen wir als oberstes Ziel mit unseren  
4666 Partnerstädten. Deshalb engagieren wir uns gemeinsam **für mehr Klimaschutz- und**  
4667 **Anpassungsstrategien** in Netzwerken wie dem „Klima-Bündnis/Climate Alliance e.  
4668 V.“ und dem europaweiten „Konvent der Bürgermeister“. Den Erfahrungsaustausch

4669 wollen wir weiter nutzen, um den Klimaschutz in Bremen und Bremerhaven noch  
4670 stärker als bisher voranzubringen. Aus unserer engen Partnerschaft mit Gdansk  
4671 wissen wir, dass queeres Leben nicht überall in Europa sicher ist. Daher zeigen  
4672 wir uns solidarisch und fördern weiterhin die wichtigen Kooperationen zu den  
4673 **queeren Communities** in unseren Partnerstädten. Auf europäischer Ebene setzen wir  
4674 uns auch zukünftig für die europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften  
4675 und Regenbogenfamilien und die damit verbundene Anerkennung ihrer Rechte ein.

#### 4676 **EU Fördermittel für Bremen und Bremerhaven**

4677 Unser Bundesland, insbesondere Bremerhaven, profitiert in hohem Maße von der  
4678 **Europäischen Förderpolitik**, gerade in den Bereichen der Beschäftigung- und  
4679 Forschungsförderung. Die europäische Förderung hat u.a. das Ziel, den sozialen  
4680 Zusammenhalt in Europa zu sichern. Dies fördert gerade im Bremer Westen, in  
4681 Bremen-Nord und Bremerhaven wichtige beschäftigungspolitische Initiativen. Wir  
4682 erwarten, dass auch weiterhin alle Regionen der EU von diesen Fördermitteln  
4683 profitieren. Dabei wollen wir die für Bremen und Bremerhaven zur Verfügung  
4684 stehenden Mittel zukünftig effektiver einsetzen und transparenter verwalten.

#### 4685 **Erasmus-Programm und Europaschulen ausbauen**

4686 Mehr Bremer Schulen sollen sich am **Erasmus-Programm** beteiligen, um den  
4687 Schüler\*innen und früh europäische Begegnungen und Perspektiven zu eröffnen.  
4688 Unser Ziel ist es, über das Erasmus-Programm genauso viele Auszubildende wie  
4689 Studierende in Bremen zu empfangen und ins europäische Ausland zu entsenden. Wir  
4690 werden mehr Europaschulen mit mehr Partnerschulen initiieren und die Zahl  
4691 internationaler Begegnungen junger Menschen in Schule und Ausbildung erhöhen.

#### 4692 **Nachhaltigkeits- und Klimaziele mit auf Reisen nehmen**

4693 Bei den **außenwirtschaftlichen Beziehungen** treten wir für Menschenrechte,  
4694 Geschlechtergerechtigkeit, Frieden, politische Teilhabe, Demokratie, soziale  
4695 Gerechtigkeit, eine ausgewogene globale Entwicklung und die internationalen  
4696 Nachhaltigkeits- und Klimaziele ein. Wir Grüne wollen, dass diese Ziele bei  
4697 wirtschaftspolitischen Delegationsreisen des Senats weiterhin stark  
4698 berücksichtigt werden.

#### 4699 **Für eine humane Flüchtlingspolitik in Europa**

4700 Wir fordern eine solidarische und menschenrechtsbasierte europäische  
4701 Flüchtlingspolitik, die allen Menschen, die vor Krieg, Hunger, Verfolgung und  
4702 Gewalt fliehen mussten, Schutz und ein faires und individuelles Asylverfahren

4703 gewährt.

4704 Uns schockiert die schleichende Normalisierung von rechtswidrigen "Pushbacks" an  
4705 den europäischen Außengrenzen. Frontex muss ersetzt werden durch eine  
4706 „Europäische Agentur für den Schutz von Flüchtlingen". Diese Agentur muss unter  
4707 effektiver Kontrolle durch das Europäische Parlament stehen und Menschenrechte  
4708 schützen.

4709 Eine Verlagerung der Verantwortung für Schutzsuchende auf Drittstaaten wie die  
4710 Türkei oder Libyen und die Ausweitung der europäischen Liste der sicheren  
4711 Herkunftsstaaten lehnen wir ab. Die **Kriminalisierung der privaten**  
4712 **Seenotrettungsorganisationen verurteilen wir**. Wir wollen sichere Fluchtwege mit  
4713 Kontingenten und eine **gerechte Verteilung, die sich an den Bedürfnissen der**  
4714 **ankommenden Menschen und der Kommunen orientiert**. Als Land Bremen nehmen wir  
4715 frühzeitig und wirksam Einfluss auf die entsprechenden Gesetzesvorhaben auf  
4716 europäischer Ebene.

4717 Wir wollen, dass sich Bremen mit einer **Spenden-Patenschaft** für ein ziviles  
4718 Seenotrettungsschiff engagiert. Der Beitritt Bremens zum Bündnis „Sichere Häfen“  
4719 demonstriert die Bereitschaft zur Hilfe für schutzsuchende Menschen. Die  
4720 Patenschaft würde dieses Bekenntnis weiter mit Leben füllen.

#### 4721 **Mehr Klimagerechtigkeit durch internationale Lösungen**

4722 Die Klimakrise erzwingt Migration, durch Dürren und Extremwetterereignisse oder  
4723 gar weil Inselstaaten im Meer versinken. **Das internationale Recht im Bereich**  
4724 **Flucht und Migration muss weiterentwickelt werden**, sodass Menschen auch aus  
4725 diesen Gründen Schutz und Sicherheit in anderen Staaten finden. Aus Bremen  
4726 heraus wollen wir Impulse Richtung Bund setzen, um die notwendige  
4727 Fortentwicklung des internationalen Rechts voranzubringen.

4728 Die industrialisierten Staaten haben historisch den Großteil der  
4729 Treibhausgasemissionen verursacht. Sie tragen damit eine besondere  
4730 Verantwortung, die Klimakrise zu bekämpfen und für mehr Klimagerechtigkeit in  
4731 der Welt des 21. Jahrhunderts zu sorgen. Dabei müssen finanzielle  
4732 Verpflichtungen zur **Unterstützung armer und besonders stark betroffener Länder**  
4733 unbedingt eingehalten werden.

4734 Bei der Suche nach Lösungen für mehr Klimaschutz dürfen zugleich keine neue  
4735 Ungerechtigkeiten entstehen: Durch den Abbau von Ressourcen, die zum **Gelingen**  
4736 **der Energiewende** benötigt werden, finden allerdings Umweltzerstörungen und  
4737 ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen in den Ländern des Globalen Südens statt,

4738 die die Menschen dort wiederum zu Migration zwingen. Deshalb stehen wir dafür  
4739 ein, dass die Energiewende nachhaltig umgesetzt werden muss, **auf der Grundlage**  
4740 **globaler Mindeststandards beim Arbeits- und Umweltschutz.**

#### 4741 **Unterstützung Exilliteratur und Wissenschaft**

4742 Eine Folge von Krieg und Vertreibung ist, dass Schriftsteller\*innen und  
4743 Journalist\*innen zur dauerhaften Flucht aus ihrer Heimat gezwungen werden. Wir  
4744 wollen daher, dass das geplante Literaturhaus im Rahmen des Projekts  
4745 „Stadtmusikantenhaus“ um ein **Zentrum für Exilliteratur** ergänzt wird.  
4746 Akteur\*innen der lokalen Literatur- und Kulturszene, insbesondere die  
4747 zukünftigen Träger des Literaturhauses, wie auch einschlägige überregionale  
4748 Einrichtungen sind in den Planungsprozess einzubeziehen. Daran möchten wir mit  
4749 einem **Stipendienprogramm für Autor\*innen in Not** anknüpfen.

4750 Internationale Kooperation bedeutet auch, Wissenschaftler\*innen aus aller Welt  
4751 zu unterstützen. Das **Stipendienprogramm für politisch verfolgte**  
4752 **Wissenschaftler\*innen** werden wir daher weiter fördern, um Forschende zu  
4753 schützen.